

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis: Trimenonales: 3.00 Mk., monatlich 1.10 Mk., wöchentlich 26 Pf., frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Vollabonnent: 1.10 Mk. pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Anrechnung für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mk., für das übrige Ausland 3 Mk. pro Monat. Postabonnements rechnen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Interaktions-Gebühr
Beträgt für die sechsgehaltene Kolonelle oder deren Raum 50 Pf., für politische und gesellschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (stetiggedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellensuche und Schließstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.
Telegraphisch-Adressen: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Mittwoch, den 24. Juli 1907.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Die Sprachenfrage im österreichischen Parlament.

Aus Wien wird uns geschrieben:

Das junge Leben des Parlaments war bereits von einer ernststen Gefahr bedroht, und wenn gleich diese durch ein findiges Kompromiß für den Augenblick auch notdürftig beschworen wurde, so bleibt dennoch der Eindruck haften, daß hier die wunde Stelle des neuen Hauses liegt. Die Frage, um die es sich handelt, ist so einfach und doch so kompliziert, daß an ihr auch ein anschauliches Beispiel von den ungewöhnlichen Schwierigkeiten gewonnen wird, die durch die Art des österreichischen Staates hervorgerufen und zur Lösung gestellt werden.

Die Frage ist die denkbar einfachste — so einfach, daß sie außerhalb Österreichs eigentlich gar nicht begriffen werden kann; es ist die Frage: in welcher Sprache im Parlament gesprochen werden soll, oder richtiger die Frage, ob in einem Parlament nur in einer allen Gliedern verständlichen Sprache gesprochen werden darf. Die Antwort scheint aus der Natur des Parlaments von selber zu entspringen: daß nämlich ein Parlament die Sprache als gemeinsames Verständigungsmittel nicht entbehren kann; und daß in Österreich, nach der Sachlage, nur einer Sprache der Charakter eines gemeinsamen Verständigungsmittels zukommt, nämlich der deutschen, das scheint auf den ersten Blick selbstverständlich. Vom Standpunkte des Parlaments betrachtet ist die Antwort auch selbstverständlich; weniger jedoch ist sie es vom Standpunkte der nicht-deutschen Nationen, denen diese Antwort das herbste Opfer zumutet, das Nationen überhaupt auferlegt werden kann: in dem Parlamente, das auch das Parlament ihrer eigenen Nation ist, auf den ursprünglichen und unmittelbaren Ausdruck ihrer Gedanken zu verzichten und sich mit dem Surrogat von Uebersetzungen zu begnügen. Je entwickelter und selbstbewusster eine Nation ist, desto peinlicher wird ihr ein solcher Verzicht erscheinen, und desto stärker wird ihr Drang sein, ihm zu entweichen.

Da nun unter den nicht-deutschen Nationen in Österreich die Tschechen an Zahl und Kultur in erster Reihe stehen, so ist es ganz natürlich und gar nicht so überraschend, wie die oberflächlichen Kritiker inner- und außerhalb Österreichs vermehren, daß die Forderung nach dem vielsprachigen Protokoll vor allem eine tschechische Forderung ist. Die Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses enthält über die Geschäfts- und Verhandlungssprache nicht die geringste Andeutung. Doch ergibt ein seit dem Bestande des österreichischen Konstitutionalismus ausnahmslos gebräuchtes folgendes als parlamentarische Recht: Erstens, daß jeder Abgeordnete in seiner Muttersprache sprechen darf, und zweitens, daß Reden, die nicht in deutscher Sprache gehalten werden, von der Aufnahme ins stenographische Protokoll ausgeschlossen sind. Man kann also in jeder der vielen „österreichischen“ Sprachen reden, und man hat auch immer (obwohl früher nur vereinzelte) in allen gesprochen, aber sie werden als nicht gehalten betrachtet; also weder stenographiert noch vom Präsidenten beachtet, sie kommen nicht ins Protokoll, und die Disziplinargewalt des Vorsitzenden erreicht sie nicht! Die Frage, ob ein Abgeordneter auch in einer anderen als seiner Muttersprache, in der seiner Nationalität reden dürfe, also etwa ein Deutscher tschechisch, ist nie aktuell geworden, wohl aber die, ob man auch in einer anderen als in den in Österreich landesüblichen reden darf: es versuchte nämlich ein russophiler Ruthene in dieser Session eine russische Rede zu halten — mit Berufung darauf, daß das Ruthenische nur ein Zweig, eine Art Dialekt des Großrussentums sei. Doch ließ man sich auf die philologische Untersuchung nicht ein, und der Vorsitzende entzog jenem das Wort.

Die Geschäfts- und Verhandlungssprache werden natürlich immer in deutscher Sprache geführt: die Vertreter der Regierung, die Vorsitzenden, die Berichterstatter sprechen ausschließlich deutsch, und die Regierungsvorlagen und Ausschussberichte werden nur in deutscher Sprache vorgebracht. Dagegen hat man Interpellationen auch in landesüblichen Sprachen entgegengenommen, doch wurden sie dem Protokoll nur in einer von der Regierung besorgten „authentischen“ deutschen Uebersetzung eingelegt. —

An Protesten gegen diese Uebung hat es natürlich nie gemangelt, und schon im Wiener Reichstag ist von slavischen Abgeordneten das Recht auf ihre Muttersprache betont worden. Dennoch waren nichtdeutsche Reden früher Ausnahmefälle, vereinzelte Epiphonen; die deutsche Verhandlungssprache war die Regel. Wohl pflegten besonders eifrige Nationalisten ihre Reden mit einigen Sätzen in der Muttersprache zu beginnen — gleichsam als Bekräftigung ihres Rechtes —, im übrigen war die nicht-deutsche Rede höchstens ein Obstruktionsmittel: daß sich ein Redner, den der Präsident in die geschäftsordnungsmäßigen Schranken wies, damit half, daß er sich in die Muttersprache flüchtete, wo ihn die Disziplinargewalt des Präsidenten nicht erreichte! Aber schon in den letzten Parlamenten bekamen die nichtdeutschen Reden einen anderen Charakter,

zeigte es sich, daß sie nicht bloß Demonstrationen sein wollten — was zur Folge hatte, daß die Forderung nach ihrer Protokollierung immer dringender erhoben wurde. Es ist kein Zufall, daß diese Forderung mit der Verallgemeinerung des Wahlrechtes, mit der fünften Kurie ansteht und daß sie sich jetzt, wo das demokratische Wahlrecht das allgemeine wurde, zu einer ersten Frage verdrängt hat. Das allgemeine Wahlrecht verändert nämlich nicht bloß die Art der Wählerschaft, sondern auch die der Vertretung, der Abgeordneten. So lange das Abgeordnetenhaus das Produkt eines engherzigen Wahlsystems war, das Wahlrecht also auf dem Zensus beruhte, so lange rekrutierten sich auch die Abgeordneten aus einem beschränkten Kreise, waren Doktoren und Literaten, Großgrundbesitzer und Geistliche, also Angehörige der sogenannten gebildeten Schichten, die früher der deutschen Sprache wohl durchwegs mächtig waren. Das allgemeine Wahlrecht demokratisiert aber nicht bloß die Wähler, sondern auch ihre Auslese, die Abgeordneten; heute werden die Abgeordneten keinem beschränkten Intellektuellenkreise mehr entnommen, kommen aus der Mitte des Volkes, sind Bauern, Kleinbürger, Arbeiter. Dadurch wird aber das in Frage gestellt, was die Voraussetzung der bisherigen Uebung war: daß alle Abgeordneten deutsch sprechen können, daß sie, wenn gleich sie auf den oratorischen Schmuck ihrer Rede verzichten müssen, imstande sind, das, was sie sagen wollen und was sie zu sagen haben, in deutscher Sprache zu sagen. So hat also die Tatsache, daß sich die breiten Massen, Bauern so gut wie die Arbeiter, von der Führung durch privilegierte Intellektuelle emanzipierten, die sprachlichen Schwierigkeiten des Parlaments gesteigert. Die Sprachenfrage des Parlaments ist demnach eine unvermeidliche Folgeerscheinung des sozialen und politischen Aufstiegs der nichtdeutschen Nationen. Darum ist es wohl begreiflich, daß trotz aller ihrer Abneigung gegen alles, was nach hohem Chauvinismus ausfiebt, die tschechischen Sozialdemokraten die Vorführer dieser Forderung geworden sind.

Die deutschen Bourgeois sind freilich mit der Antwort rasch fertig: Die nichtdeutschen Abgeordneten sollen eben deutsch lernen! Aber diese Antwort ist mehr als billig bequem. Man hat sich in Europa an die Erscheinung von ausgezeichneten sozialdemokratischen Rednern so gewöhnt, daß der bürgerlichen Welt die Empfindung dafür verloren gegangen ist, welche Unsumme geistiger Arbeit und Energie dazu notwendig war, daß sich diese Arbeiter, Söhne von Proletariern und selbst Proletariern, die nach einer in jedem Betracht unzulänglichen Volksschulerziehung sofort das harte Leben der Lohnarbeit beginnen mußten, daß sie sich Bildung und Kenntnisse angeeignet haben, die sie befähigen, im Hause der Volksvertretung das Wort zu führen. Von den nicht-deutschen Sozialdemokraten erwartet man aber, daß sie gleich in zwei Sprachen zu Hause sein sollen — etwas, was den gebildeten Bourgeois selten gelingt! Wo und wann sollen die tschechischen Arbeiter, die polnischen Bauern Deutsch lernen — wohl gemerkt, so erlernen, daß sie im Parlament, das doch in jedem Betracht ein erhöhter Ort ist, deutsch sprechen können, ohne der Beschämung anheimzufallen, etwas Unzulängliches geleistet zu haben? Tatsächlich befinden sich die nichtdeutschen Abgeordneten, die nicht so glücklich sind, die Kenntnis der deutschen Sprache gleichsam als Erbe miterhalten zu haben, in einer überaus prekären Situation. Auch wenn sie Deutsch kennen, wenn ihnen die deutsche Sprache nicht gerade mechanische Schwierigkeiten bereitet (aber es gibt in dem gegenwärtigen Hause vielleicht hundert Abgeordnete, denen eine deutsche Rede, eine Rede, wie sie eben ein Parlament voraussetzt, große, wenn nicht unbefieglige Schwierigkeiten bereitet), auch dann ist der Zwang, in einer fremden Sprache reden zu müssen, ein bitterer, drückender Zwang. Immer werden sie um die Möglichkeit betrogen, die Hilfe ihrer Begabung zu erweisen, ihr Bestes zu geben, und was sie sagen, kann nur die verblähte Uebersetzung und der Gedanken sein, die ursprünglich und quellfrisch dem Menschen doch nur in der Muttersprache kommen. Man stelle sich vor, daß man die „Intelligenzdeutschen“ zwingen wollte, französisch zu sprechen, und zwar nicht etwa ausnahmsweise auf einem internationalen Kongreß, sondern regelmäßig und in dem Parlamente ihres Vaterlandes, also ihrer eigenen Nation. Sie würden den Zwang wohl unerträglich finden, in ihm die Zumutung einer ungebührlichen Last, das Verlangen nach einer ganz ungewöhnlichen geistigen Leistung sehen. Und was die gebildeten deutschen „Intelligenzler“ nicht treffen würden, das wird von polnischen Bauern und tschechischen Arbeitern als selbstverständliche Leistung erwartet! Und man stelle sich die Situation so vieler Abgeordneter vor, die in ihrer Muttersprache glänzende Redner sind, durchaus befähigt, selbst in improvisierter Rede die Zuhörer hinzureißen, und die nun gezwungen werden, entweder zu schweigen oder deutsch zu reden! Danach begreift man schon, daß in dieser anscheinend so einfachen Frage ein ernstes Problem steckt.

Denn auf der anderen Seite ist ein Parlament ohne ein gemeinsames Verständigungsmittel, ohne eine Sprache schlechthin unmöglich. Man kann das österreichische Parlament nicht etwa mit dem Schweizer Nationalrat vergleichen, wo — freilich mehr in der Theorie — in drei Sprachen verhandelt wird; denn in Österreich handelt es sich um das Haus der Beschaffung eines großen Staates und kommen

acht Sprachen in Betracht! Ihnen allen im Parlament die gleichen Berechtigungen zu geben, das ist einfach unmöglich, und das Ergebnis käme einer Aufhebung des gemeinsamen Parlaments gleich. Vorläufig ist man über die Schwierigkeit mit einem Kompromiß hinweggekommen: Den nichtdeutschen Abgeordneten ist das Recht eingeräumt worden, Anträge und Interpellationen in ihrer Muttersprache einzubringen; diese werden fortan im „Urtext“ protokolliert, die Uebersetzung nur beigelegt. Um aber die formelle Einsprachigkeit des Protokolls zu erhalten, werden Anträge und Interpellationen (das österreichische Abgeordnetenhaus produziert ihrer nicht wenig: in 14 Sitzungstagen 214 Initiativanträge und 425 Interpellationen) in einem gesonderten „Anhang“ vereinigt. Bezüglich der Reden aber hat Herr v. Vecz, der immer noch ein Auskunftsmitglied weiß, folgendes Verfahren erdacht: Die nichtdeutschen Reden werden zwar nicht vom Stenographenbureau aufgenommen, dagegen läßt er sie von seinen Beamten aufnehmen; sie werden nicht ins stenographische Protokoll eingetragen (dort heißt es nach wie vor: Abgeordneter K hält eine Rede in tschechischer Sprache), aber die halbamtliche „Reichsratskorrespondenz“, die für die Zeitungen die Berichte herstellt und ihre Aufzeichnungen im Sitzungssaale macht, bringt den gleichen Auszug wie aus deutschen Reden aus nichtdeutschen. Die „Lösung“ erweckt zweifellos einen einigermaßen wunderlichen Eindruck, und man macht sich denn auch über die „Begleiter“ des Ministerpräsidenten — als solche treten die Stenographierenden und übersetzenden Beamten auf — auch weidlich lustig, aber vorläufig ist nicht wahrzunehmen, wie denn der Konflikt zwischen den Notwendigkeiten des Parlaments und der Not der nichtdeutschen Nationen anders oder besser zu lösen wäre.

Den Konflikt wird, dessen sind wir sicher, die Zeit nicht abschwächen, sondern immer noch verschärfen; denn er flieht aus dem Selbstbewußtsein der nichtdeutschen Nationen, das in der Entwicklung der Zeit nur erstarben wird. Die wahre Lösung liegt auch nicht in mechanischen Hilfsmitteln, sie kann nur erfolgen durch die Verwirklichung der nationalen Autonomie, welche die Nationen unabhängig macht und die Entwicklung jeder Nation der eigenen nationalen Kraft überläßt. Dann wird die Aufgabe des Zentralparlaments freilich ungleich bescheidener werden, dafür wird sie sich ohne Friktionen und ohne den Ballast nationaler Ehrenfragen vollziehen können.

Peters gegen seinen eigenen Kronzeugen.

Die Peterspresse veröffentlichte nach dem Münchener Prozeß einen Brief des Herrn Jahnke, Privatsekretärs des Peters während seiner Kilimandscharo-Zeit. Dieser Brief, der am 20. Oktober 1891 von Jahnke an einen Freund geschrieben wurde, enthielt folgende Stelle:

Es ist prächtig, wenn nur nicht das eigene Leben so oft auf der Kippe stände. Wir stehen nämlich mit den Gebirgsvölkern nördlich von uns in Todfeindschaft bis auf Blut, zu der aber die Leute selbst den Anlaß gegeben haben. Auf ihre Macht und den Schrecken, den sie auf die umliegenden Stämme ausüben, pochend, ernordeten sie zuerst Gesandte eines uns befreundeten Stammes, darauf zwei Boten von uns, nachdem sie ihnen vorher die Augen ausgestochen und die Hände abgehakt hatten. Dies erforderte unbedingt Rache. In den darauf folgenden zwei Gefechten wurden sie zwar geschlagen, aber ein Weiser (Sergeant Schubert) wurde niedergemacht. Wir dagegen hatten zwei Sultane, vier Sultansöhne und etwa 20 ihrer Soldaten erschossen, teils in ihren Höhlen verbrannt. Wir erwarten jede Woche einen Ueberfall, und wer weiß, wie der ausfallen wird, da unsere Besatzung mit jeder kommenden Post verkleinert wird, um an der Küste ein neues Expeditionskorps zu bilden, da unser altes Expeditionskorps dicht bei Nyapapa aufgerieben wurde. Auf unserer Station hier bleiben infolgedessen höchstens 20 Sudanesen und ungefähr 2-3 Weiße, man kann immer auf die letzte Stunde gefaßt sein! Dabei gärt es überall. Ja, ja Bismann fehlt, dessen Name mehr denn Tausende von Soldaten galt. Mit Raschheit und Güte in nichts auszurichten. Gestern haben wir hier einen Schwarzen wegen nächtlichen Einbruchs und großen Vertrauensbruchs gehängt. Wir gehen jetzt mit aller möglichen Strenge vor, und das ist das Beste. Daß wir sämtlich alle nur mit geladenem Gewehr im Arme schlafen, ist selbstverständlich bei diesen Verhältnissen. Wir warten schon wochenlang auf Nachricht von der Küste, und bin ich der Ansicht, daß die Postboten einfach ermordet sind, und niemand kann wissen, ob Dich dieser Brief erreichen wird.“

Dieser Brief Jahnkes, des Peterskomplizen in der Jagodja-Affäre, soll beweisen, daß während der kritischen Zeit, in die die Hängeurteilungen fielen, die Lage am Kilimandscharo eine so äußerst bedrohliche war, daß das Vorgehen des Peters gegen die Jagodja und Mabrak mindestens verständlich gewesen sei.

Herr Prof. Dr. G. Voklenz vom Botanischen Museum in Dahlem-Steglich, der Verfasser des Buches „Der Kilimandscharo“, hat sich nun der dankenswerten Mühe unterzogen, die Behauptungen des Jahnke-Briefes durch einen noch klassischeren Zeugen als abgesehen machte Aufschneidereien entlarven zu lassen, durch — den Peters selbst!

Herr Prof. Voklenz schreibt nämlich der „Voss. Ztg.“: „Ich stelle diesem Briefe Jahnkes nun zunächst, teilweise wörtlich, Aeußerungen seines Chefs, des Herrn

Dr. Peters, aus derselben Zeit gegenüber, wie sie im amtlichen Kolonialblatt vom Jahre 1891 und 1892 veröffentlicht sind. Er berichtet vom 4. August 1891 an den Gouverneur v. Soden (Amtl. Abl. 1891 S. 457), daß er in der Landtschaft Marangu angekommen sei und dort die neue deutsche Station errichten werde. Marale, der Sultan von Marangu, ist ein noch junger Mann von gutem Wesen, sicherlich intelligenter als der Durchschnitts neger und frei von Hebelhaftigkeit. Er macht einen sehr angenehmen Eindruck. „Derlebe habe“, fährt er fort, „20 000 Morgen Land an die kaiserliche Regierung abgetreten. Er berichtet weiter (Amtl. Abl. 1891, S. 488), daß er am 30. August eine Expedition nach der Landtschaft Rombo Mulusa (im Nordosten von Marangu) angetreten habe, deren Bewohner einer ganz anderen Rasse als die übrigen Klimandsharobewohner angehört und mit diesen seit jeher in Todesfeindschaft lebten. Auf der Expedition begleiteten ihn 300 Soldaten der deutsch-englischen Sultane Kumba, Malamia, Marale, Bararia und Kinabo als Hülfstruppe, teilweise mit Flinten bewaffnet, welche die Barombo Mulusa geradezu verschmähen.“ An der Grenze von Keroa (in Rombo Mulusa gelegen), „wo meine beiden Voten ermordet waren“, kommt es am 2. September zu einem Gefecht, in dem der Sergeant Schubert als einziger fällt. Die Eingeborenen versuchten zweimal einen Massenangriff, wurden aber ohne weiteres durch die Salven der Schützengruppe zurückgeworfen. Bis zur Dunkelheit hatten wir bis zu 50 Dörfer verbrannt. Die Gegner hatten eine Reihe von Verlusten, unter denen sich zwei ihrer Sultane, Kalunguli und Kororo, befanden, während wir keinen Mann mehr verloren. Der Zweck der Befestigung des Landes Keroa war jedenfalls erreicht.“

Eine neue Befestigung des bereits totgesagten Kororo findet trotzdem schon drei Wochen später statt, am 27. September, (Amtl. Abl. 1891 S. 649), als Dr. Peters mit dem englischen Grenzkommissar Bateman an Keroa vorüber zum äußersten Osten am Klimandsharo, nach Weru, zieht und dort eine friedliche Bevölkerung vorfindet. Am 11. November 1891, also drei Wochen nach dem Abgange des Jahne-Briefes und zwei Monate vor der Hinrichtung der Jagodja, schreibt Herr Dr. Peters (Amtl. Abl. 1892 S. 20): „Ich betrachte den Aufbau der Marangu-Station als beendet.“ Sie ist so stark befestigt, daß ich sie bei jeder Bewachung und richtiger Verteidigung nicht nur für unangreifbar, sondern für unangreifbar, mit denen wir doch hier hauptsächlich zu rechnen haben, fast unangreifbar erachte. Ich bin überzeugt, daß von nun an die vorgelegene Befestigung von 25 Mann für die Sicherheit dieser Stellung genügend ist.“ Da die Gefahr im Gefecht mit Lanzen vornehmlich darin liegt, daß die Gegner die Schützengruppe überrennen, was durch meine Befestigung vollständig unmöglich gemacht wird, so können wir einem Angriff auch von Tausenden, sei es bei Tage, sei es bei Nacht, ruhig entgegengehen. Des Nachts wird die Station regelmäßig von drei Posten bewacht.“

In einem Bericht vom 30. Dezember 1891, also etwa eine Woche vor der Hinrichtung der Jagodja, teilt Herr Dr. Peters mit (Amtl. Abl. 1892 S. 141), daß er fünf Leute von Marangu zum Wandsharofee (im Westen) geschickt habe, um von dort Salzproben zu holen. „Sie haben ihren Auftrag von hier aus in 18, von Kibonoto (der am Klimandsharo im äußersten Westen gelegenen Landtschaft) in fünf Tagen hin und zurück gemacht. Dies ist zugleich ein Beweis dafür, welchen Wert die nervenschwache Auffassung hat, als müsse man immer Hunderte von Mann als Bedeckung haben, wenn man in Afrika auch nur einige hundert Schritte reisen will. Diese fünf Leute sind als Abgesandte von mir durch dichte Wälder von Wosfats gereist und wohlbehalten wieder zurückgekehrt, obwohl jeder von ihnen nur etwa zehn Schuß Munition besaß.“ Weitere Nachrichten des Herrn Dr. Peters, die alle nicht die geringste Besorgnis zum Ausdruck bringen, deren keine irgend etwas vom Tode des Marabru, der Jagodja und dem Vorgehen wider ihren Schutzherrn Malamia enthält, brechen sich um Gemütsbau u. dergl. Am 24. Februar 1892 verläßt Herr Dr. Peters den Berg.

Ich habe nun aus seinen vorstehenden eigenen Mitteilungen einige Punkte heraus. Der ganze Klimandsharo ist während der ganzen Zeit, in der Herr Dr. Peters an ihm weilte, der deutschen Macht gegenüber durchaus friedlich. Eine einzige Ausnahme macht die drei Tage östlich von der Militärstation gelegene Landtschaft Rombo Mulusa. Die rassenfremden Bewohner derselben sind Todesfeinde aller übrigen Klimandsharobewohner; alle Häuptlinge, die in dem Gebiete zwischen der Militärstation und Rombo Mulusa herrschen, helfen Herrn Dr. Peters, sie zu bekriegen. Ich füge hinzu, die Bewohner von Rombo Mulusa, die vorher durch die Sklavenjagden des Häuptlings Mandara von Wosfats viel zu leiden gehabt hatten, lassen niemand in ihr Gebiet hinein, sie gehen aber auch niemals aus demselben heraus. Sie verschmähen den Gebrauch von Schießwaffen und sind viel zu schwach an Mannschaft, um sich als Angreifer gebärden zu können. — Die deutsche Militärstation Marangu ist zur Zeit, als Herr Jahne seinen Brief schreibt, bereits so fest, daß sie dem Angriff Tausender widerstehen kann, selbst wenn sie nur mit 25 Mann besetzt und nachts von drei Mann bewacht wird. Herr Jahne aber schläft jede Nacht mit dem Gewehr im Arm und fürchtet in jeder Woche einen Ueberfall. Entweder ist das nicht wahr, was Herr Jahne schreibt, oder er ist ein jämmerlicher Hasenfuß.“

Es ist ein besonderes Verdienst des Veters, seinen wichtigsten Kronzeugen in amtlichen Schriftstücken selbst widerlegt zu haben! —

Ein epochemachender Sieg der englischen Sozialisten.

London, 21. Juli. (Eig. Ber.)

Am 19. Juli fand in der hochindustriellen Stadt Colne Halcy jene Wahl zum Parlament statt, die mit dem Siege des Sozialisten Genossen R. Grayson endete. Das Stimmverhältnis dieser Wahl ist folgendes: Grayson 3648, Philip Wright (liberal) 3405, G. Wheeler (konservativ) 3227.

Bei den letzten allgemeinen Wahlen im Jahre 1906 fand im Colne kein Wahlkampf statt, der Liberalen wurde ohne Opposition als Abgeordneter des Kreises erklärt. Es ist jetzt überhaupt erst das zweite Mal, daß ein Sozialist in diesem Wahlkreis aufgestellt war und zwar das erste Mal im Jahre 1896, der den deutschen Genossen wohlbekannte Genosse Tom Mann, der vor einigen Jahren nach vielen politischen Enttäuschungen nach Neuseeland ausgewandert. Damals war das Ergebnis noch folgendes: Sir J. Atkin (liberal) 4276, G. Thomas (konservativ) 3737, Tom Mann 1245 Stimmen. — Bei der Wahl im Jahre 1900 stand außer dem Liberalen nur ein Konservativer im Kampfe und jener wurde mit einer Majorität von 523 Stimmen gewählt.

Das Ergebnis der Wahl vom 19. Juli rief in allen politischen Kreisen richtige Ueberzeugung hervor, und die große Bedeutung dieser Wahl wird von niemand bestritten. Es ist dies ja schon das zweite Mal seit 1906, daß die Arbeiterklasse bei einer Nachwahl den Sieg davonträgt. Im ganzen allerdings hat sie seit den Hauptwahlen bereits an fünf Stellen den Wahlkampf aufgenommen, nämlich außer in Jarrow und jetzt in Colne Halcy, vorher noch in den hochindustriellen Städten Sudberrfield, Codermouth und Velfort. Auf alle diese Städte schon hatte die Arbeiterklasse große Hoffnungen gesetzt, aber Codermouth wählte

Konservativ, und in Sudberrfield, wo ein tüchtiger Sozialist im Kampfe stand, gewann der Liberale ganz bedeutend an Stimmen! In weiten Kreisen des Liberalismus versuchte man seit damals die Lehre zu verbreiten, daß in einem regelrechten Kampfe gegen die Theorien des Sozialismus der Liberalismus doch immer als Sieger hervorgehen müsse. Diese einseitigen Großphrasereien wurden natürlich von den einflussreichen liberalen Führern nicht mitgemacht, die nicht müde wurden, zu erklären: Liberalismus und Arbeiterpartei sei eins. Aber doch wächst das Mißtrauen der Liberalen gegen die erstarrte junge sozialistische Bewegung, die immer mächtvoller gegen die Tore des Liberalismus pocht. Schließlich sah man wohl bei den Liberalen selber ein, daß in Sudberrfield anno 1906 der Liberale nicht etwa deshalb gestiegen hatte, weil das arbeitende Volk die Theorie des Sozialismus verworfen, sondern weil die große Masse des Volkes glaubte, die Liberalen, die eben erst an Ruder gelangt waren, würden ihre Wahlversprechungen einlösen und eine Reformbewegung im großen Stile einleiten.

Nun aber, da diese Partei annähernd zwei Jahre die Macht in Händen hat, ist man bereits imstande, eine Bilanz zu ziehen, und die Tatsache, daß die liberale Partei auch in diesem letzten Wahlkampf eine Niederlage erlitt, beweist, daß die Arbeiterklasse sich voller Enttäuschung vom Liberalismus zurückzieht und immer mehr zu der Ueberzeugung kommt, daß sie sich als selbständige Klasse organisieren muß, um den Kampf auf politischem und ökonomischem Gebiete aufzunehmen, eingehend des Spruches, daß die Befreiung der Arbeiterklasse das Werk der Arbeiterklasse selbst sein muß!

Die Bekanntmachung des Wahlergebnisses erzeugte im Parlament unter den Liberalen, von den Ministern angefangen bis zu dem „gewöhnlichsten“ Abgeordneten, eine wahre Panik. Wie der parlamentarische Berichterstatter der „Daily News“, der selber liberaler Abgeordneter ist, mitteilte, war man sich allgemein einig darüber, daß die legislative Mißerfolge der Regierung die Schuld an dem Wahlergebnisse trage. Der rechte Flügel innerhalb der Regierung verhinderte eben jede ernsthafte Reform. Die Nachwahl war übrigens dadurch nötig geworden, daß die liberale Regierung, die ja vorgibt, die Macht der Lords brechen zu wollen, vor einigen Wochen vier neue „liberale“ Lords ernannt hat, und einer von diesen Glänzlichen ist der frühere langjährige Abgeordnete der Stadt. Denjenigen gegenüber, die da glauben, daß durch Ernennung „liberaler“ Lords das Oberhaus etwa einen liberalen Anstrich erhält, sei bemerkt, daß nahezu zwei Drittel aller Lords, die in den letzten hundert Jahren ernannt wurden, unter einem liberalen Regime zu Lords erhoben wurden, was nichts an der Tatsache ändern konnte, daß das Oberhaus eine so große Gefahr für die liberale Regierung bildet! —

Vom sozialistischen Standpunkte aus ist diese Wahl deshalb so bedeutungsvoll, weil der Kandidat der Arbeiter ohne alle Umschweife als revolutionärer Sozialist vor die Wähler trat. Ja noch mehr, er siegte, trotzdem er nicht die offizielle Unterstützung der parlamentarischen Gruppe der Arbeiterpartei hatte. Nach der Konstitution der Arbeiterpartei dürfen die Kandidaten derselben nämlich nur unter dem Titel „Arbeiterkandidat“ vor ihre Wähler treten. Genosse Grayson wollte aber nicht als „Arbeiterkandidat“ fungieren, er trat als revolutionärer Sozialist vor dieselben, und mit Stolz konnte er am Schlusse des Wahlkampfes darauf hinweisen, daß nur Sozialisten für ihn gestimmt haben dürften.

Dieser Wahlkampf ist jedenfalls ein Beweis dafür, daß sich im englischen Volk gewisse Veränderungen vollziehen; er ist gleichzeitig eine Aufforderung an die junge Arbeiterpartei, sowohl innerhalb wie außerhalb des Parlaments die stolze Fahne des Sozialismus zu entfalten.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 23. Juli 1907.

Wahl-Geschwätz.

Dem „entschiedenen“ Liberalismus, bisher Freisinn genannt, ist das Mißgeschick widerfahren, von dem stark agrarisch angehauchten und ob seiner „Heiligkeit“ überberufenen nationalliberalen Professor Paasche seines politischen Opfernutes wegen belobigt zu werden. In einer nationalliberalen Versammlung äußerte sich Herr Paasche über die Entfaltungstaktik des Freisinnigen folgendermaßen:

„Wer die Arbeiten im Parlament genauer verfolgt habe, werde zugeben müssen, daß kleine Gegensätze vielfach beiseite gesetzt seien, daß namentlich die beiden linksstehenden Parteien, die freisinnige und deutsche Volkspartei sich alles Erstes bemüht hätten, mit dem sogenannten Wod die Arbeiten durchzuführen. Er müsse es hoch anerkennen und tue dies ausdrücklich und aus vollster Ueberzeugung, daß gerade die Herren vom Freisinn manches Opfer ihrer Ueberzeugung gebracht und Bedenken gegen diese und jene Posten zurückgestellt hätten, nur um nicht an mehr oder minder untergeordneten Fragen die Politik des Wods zu hindern. Er glaube, die Fühlung zwischen den Liberalen sei eine viel freundschaftlichere und bessere geworden als sie früher war, wo man häufig um Kleinigkeiten zu Zwistigkeiten gekommen sei. Jede Partei müsse dabei ein gewisses Opfer ihrer Ueberzeugung bringen und keine Linien ziehen, sie wolle ihren Willen durchsetzen; jede müsse etwas nachgeben und man müsse sich auf einer Mittellinie vereinigen. Auch die Konservativen wüßten nachzugeben und von ihren Anschauungen manches opfern müssen, wenn gemeinsame Arbeit dauernd durchgeführt werden solle.“

Es sollte den Freisinn denn doch stutzig machen, daß er ein solches Lob so von einem Nationalliberalen einheimst, der ebenso gut der freikonservativen Partei angehören könnte. Selbst das „Berliner Tageblatt“ empfindet das Kompromittierende solchen Lobes. Es schreibt:

„Diesem Lob der freisinnigen Parteien hat Herr Paasche nach einem anderen Bericht allerdings noch hinzugefügt, daß zur Durchführung der Reichsfinanzreform unbedingt neue Steuern notwendig seien. Man werde zur Deduktion der Bedürfnisse auch die breiteren Schichten der Bevölkerung heranziehen müssen; es sei unausführbar, die neuen Lasten lediglich den wirtschaftlich stärkeren Schichten aufzuerlegen. Das alte Rezept der Freisinnigen, durch Sparen der Finanzmiserie ein Ende zu machen, sei überlebt und undrauchbar geworden. Danach scheint Herr Paasche die „Mittellinie“, für die er so lebhaft schwärmt, etwa in der Richtung der bisherigen nationalliberalen Politik zu suchen. Wollten die Freisinnigen aber weiter nichts, als in Zukunft nationalliberale Politik machen, dann hätten sie ja gleich nationalliberal wählen können.“

Trotz dieser Bedenken des Wodblattes wird der Freisinn auch weiterhin bemüht sein, sich die Anerkennung der Paasche und des Fürsten Bälows zu erwerben!

Auch die süddeutschen Volksparteiler haben sich wieder in diversen Reden über die Wodpolitik vernehmen lassen. In der Versammlung der württembergischen Volkspartei sprachen die Abgeordneten Payer und Konrad Hauemann. Payer griff besonders das Zentrum an:

„Es habe schwere Opfer gelostet, das Zentrum aus seiner bisherigen Stellung im Reich zu befehlen. Man werde dafür sorgen, daß das Zentrum nicht mehr auf dem Wod des Reichswagens zu sitzen komme. Bis jetzt wisse man aller-

dings nicht, wer an seiner Stelle den Platz auf dem Wod einnehmen werde. Von dem Reichskanzler wisse man, daß er einmal so und einmal so spreche. Daß das Zentrum nicht mehr hinauf komme, werde die Volkspartei sich etwas leisten lassen, zuziel aber auch nicht.“

Konrad Hauemann bemerkte zur Wodpolitik: „Man verlange, daß die Volkspartei im Reich mit dem Wod zusammenarbeite, und zwar mit den Nationalliberalen — das gehe — und mit den Konservativen — das erweise unmöglich. Der Wod bilde ein Gefäß, bei dem es einzig und allein auf den Inhalt ankomme, ein Gefäß, das wert sei, zusammen geschlagen zu werden, wenn es einen schlechten Inhalt bekomme. Als eine der vornehmsten Aufgaben des Wods müsse es bezeichnet werden, dem preussischen Wod das Dreiklassenwahlrecht abzuschaffen zu helfen. Die Volkspartei werde die Probe der Wodpolitik zunächst mitmachen, schon deshalb, daß man die Volkspartei nicht als den Sündenbock hinstelle. Man werde aber nur mitmachen, wenn der Wod ein Element des Fortschritts werde, andernfalls nicht.“

Das ist freilich nichts, als das landesübliche unentwegte Phrasengebüsch. Der Freisinn sollte doch endlich einsehen, daß die politische Betätigung mit den Hinterlassenen der Dertel, Stöcker und Arendt mindestens ebenso perbers ist, wie eine liberale Paarung mit den Gröber und Herling! Die Nennministerie von der Verdrängung des Zentrums vom „Wod des Reichswagens“ ist so lange eine geradezu lakainenhafte Wahlhanserei, als die konservativen Kraut- und Schlotzucker des Reichswagens kutschieren! Die Drohung, daß die auf dem Rücken plazierten Woierten des Freisinnigen wüßten, wenn für sie nicht genügend Trinkgelder abfallen, wirkt durch ihre ewige Wiederholung nur noch mißdeutend!

Auch die tönenden Phrasen des Herrn Hauemann klingen über die armselige Lakaienrolle des Freisinnigen einschließlich der süddeutschen „Demokratie“ nicht hinweg. Hat doch das Hauptorgan dieser „Demokratie“, die „Frankf. Ztg.“, erklärt, daß der Freisinn gar nicht damit rechnen, daß die Regierung bereits der nächsten Landtagsession einen Wahrscheinensentwurf vorlege! Man will sich mit einem faulen Wod auf die Zukunft begnügen, einem bloßen Versprechen, obwohl selbst Herr Payer meinte, daß der Reichskanzler „einmal so und einmal so spreche“.

Wann endlich wird der Freisinn einmal vom politischen Geschehen zu ernsthaften politischen Taten übergehen?!

Die südafrikanische Kolonialarmee.

Die Organisation der südafrikanischen Schutztruppe, ist jetzt, so lesen wir in der bürgerlichen Presse, vom Oberkommando der Schutztruppen festgelegt worden. Zunächst werden alle überzähligen Truppen und diejenigen Mannschaften, deren Verpflichtungen demnächst ablaufen, in die Heimat mittels Truppentransporten gefandt. Als überzählig werden 3000 Mann zurückgeschickt, ferner 2000 Mannschaften, deren Dienstverpflichtung abgelaufen ist, im ganzen müssen also von den am 1. April in der Kolonie anwesend gewesen 7160 Mann 5000 Mann zurückgegeben, so daß 2160 in der Kolonie bleiben würden. Von diesen 2100 scheiden etwa 400 als Ansiedler noch aus, so daß schließlich nur 1700 als Rest in der Kolonie bleiben. Da die Schutztruppe vom 1. Oktober d. Js. ab 4000 Mann stark sein soll, müssen also in der Heimat 2300 Mann neu angeworben und in die Kolonie entsandt werden. Die Heimsendung obiger 5000 Mann kann aber nur allmählich erfolgen, da die Stationsbesatzungen, die nach Deutschland zurückkehren sollen, erst abgelöst werden können, wenn die Ersatzmannschaften aus Deutschland eingetroffen sind. Diese Ablösungen und die Heimsendungen werden noch den ganzen Sommer in Anspruch nehmen.

Nach den neuesten Bestimmungen wird sich die Schutztruppe vom 1. Oktober d. Js. zusammensetzen a) aus der sogenannten „sechenden Truppe“, b) aus Stappen, Rückwärtsverbindungen, Lazaretten und Depots, sowie aus den technischen Truppenkörpern. Die sechende Truppe besteht aus 3020 Köpfen (170 Offiziere, 2850 Mannschaften). Sie wird gegliedert in 17 Feldkompanien, durchschnittlich 120 Mann, 4 Maschinengewehrtruppen, 3 Feld- und 3 Gebirgsbatterien. Die Infanterie wird 2034, die Artillerie 980 Mann stark sein. Die nichtsechenden Truppen bestehen aus 2 Pioniertruppen (108 Mann), 4 Signalabteilungen (418 Mann), 12 Proviantämtern, 6 Lazaretten, 10 Depots (295 Mann), insgesamt 3988 Mann inklusive sechender Truppe.

Zu dieser Schutztruppe kommt bekanntlich noch eine Polizeitruppe von 1200 Mann!

An dem Dislokierungsplan der Schutztruppen ist interessant, daß im Herero-Gebiete nur 777 Mann garnisoniert werden sollen, in dem Gebiet der friedlich gebliebenen Damara- und Hottentottenstämme gar nur 169 Mann. Der Rest von mehr als 3000 Mann verteilt sich auf die Besetzung des Ovambo-Landes und des Gebietes der völlig niedergeworfenen und zum größten Teil ausgetrotteten kriegerischen Hottentottenstämme. Die ganze Verteilung der Truppe beweist, daß die 4000 Mann Schutztruppen nichts anderes sind, als jene Kolonialarmee, die man seinerzeit bereits in Ostafrika zu schaffen gedachte, die man aber nunmehr nach Südafrika verlegt hat. —

Ueber die Zentrumspreffe.

„Der Arbeiter“, das Verbandsblatt der katholischen Arbeitervereine Süddeutschlands, erörtert in seiner letzten Nummer das Thema „Katholische Presse und Arbeiterbewegung.“ Das Blatt ist der Meinung, wenn auch die hauptstädtischen Organe der katholischen Presse den Fragen der Sozialpolitik und der Arbeiterbewegung den nötigen Spielraum schenken, so zöge doch bei vielen Zeitungen der Provinz das Verständnis für die Forderungen der Arbeiterschaft an die bestehende Gesellschaft allzusehr nach einer Seite hin. Darüber könnten Leute, die in ihrer Tätigkeit als Beamte der christlichen Arbeiterbewegung auf die Mitarbeit der katholischen Presse angewiesen seien, ein gar beweglich Lied singen:

„Es gibt immer noch eine ganze Reihe von Zeitungen, deren sozialpolitische Wirksamkeit sich in dem Abdruck von Vereinsangelegenheiten, Versammlungsberichten und, wenn es hoch geht, einigen Korrespondenzartikeln über allgemeine soziale Themen im Jahre erschöpft, um — nur ja nirgend anders zu gehen. Die Sachen, die aber hier als Neuheit geboten werden, müssen sicherlich schon jahrelang ausgeprobt sein, ehe man sich entschließt, sie der staunenden Welt kundzugeben. Für neue Erscheinungen in der modernen Arbeiterbewegung ist das Verständnis nicht selten weit unter dem Gefrierpunkt. Wir greifen nur ein paar Momente heraus, als da sind Konsumvereinsbewegung und aus neuester Zeit die Organisation der Dienstboten und der Landarbeiter. Als wenn man sich fürchten müßte, der Allgemeinheit Tatsachen aus dem Betriebe unseres Wirtschaftslebens vor Augen zu führen, geht man um dieselben herum. Gerade in bezug auf die Dienstbotenorganisation und die Landarbeiterfrage geschieht es nicht

selten, sich entweder mit billigen Wizen hinwegzu-
helfen oder an einzelnen Weispeln dem braven Bürger über
die Begehrlichkeit der Arbeiter eine Gänsehaut
über den Rücken zu zaubern...

So redet ein katholisches Arbeiterblatt, dem es gewiß
auf diesem Gebiete an Erfahrungen nicht fehlt über die
Presse derjenigen Partei, die sich als die einzig wahre Ver-
treterin des Volkes, insbesondere der Arbeiter anzupreisen
pflegt. Weiter erörtert das Blatt die Frage, woher diese
Einseitigkeit der katholischen Presse kommt. Es nimmt dabei
bezug auf einen Artikel der katholischen „Allgemeinen Rund-
schau“ (München), worin die Rede ist von der Neigung der
katholischen Presse, ihre Artikel aus Zeitungskorrespondenzen
unbefehlig aufzunehmen, weil es an theoretischer Bildung,
wie an praktischer Erfahrung fehle. Dann heißt es:

„Daher kommt es, daß gerade die sozialdemokratische Presse
so viel eigene Arbeit aufweist? Weil viele ihrer Redakteure aus
der Schule des praktischen Lebens selbst hervorgegangen sind,
weil sie das, worüber sie schreiben, selbst praktisch miterlebt
haben.“

Das genannte Arbeiterblatt spricht zum Schluß die
Hoffnung aus, daß die Verleger der katholischen Zeitungen
modernerem Auffassungen in bezug auf das Wesen der Ar-
beiterbewegung zugänglich werden. Das ist leicht gesagt.
Nur muß dann der Herr Zentrumsverleger fürchten, daß ihm
die Abonnenten aus den „besseren“ Kreisen und vor allen
Dingen die Insurgenten wegbleiben. In der bürgerlichen
Gesellschaft ist die Zeitung ein Geschäftsunternehmen, das
nach den Wünschen der zahlungsfähigen Kunden geleitet
wird — zum Unterschied von der sozialdemokratischen Presse,
die im Dienste einer Bewegung eines Kulturgedankens steht.

Ein christlicher Gemütsmensch.

In der Oberpfalz, wo die christlichen Gewerkschaften die
Landarbeiter zu organisieren versuchen, traten diese an einige Gut-
besitzer mit einer sehr mäßigen Lohnforderung heran. Von einem
der Agrarchristen traf darauf folgende Antwort ein:

„Auf die ergebene Zuschrift vom 27. Juni erwidere ich
ergebenst, daß ich nicht geneigt bin, mit Ihrer Organi-
sation zu verhandeln. Ich stehe ebenfalls auf christ-
lichem Boden. Gerade so wie Moses die Juden 40 Jahre in
der Wüste herumführte, ehe er in das gelobte Land einzog, so
fordere ich auch von allen denen, die mir folgen,
Hunger, Durst und Entbehrung. Mit den Familien,
die mir zum Siege verhelfen, teile ich freiwillig nach altem
deutschem Brauch. Von den anderen aber verlange ich un-
bedingten Gehorsam und den Marsch in die Wüste. Jeder
andere Zukunftsstaat laun mich am...“

Das sind die Leute, von denen die christlichen Gewerkschaften
durch möglichste Befehdenheit und durch Verzicht auf den Streik
eine Linderung des Landarbeiters zu erreichen hoffen! —

Ultramontane Bloch-Trüben.

Die „Kölnische Volks-Zeitung“ schreibt:
„Wenn man erst nicht mehr weiß, was konservativ und
liberal ist, wenn die innere Politik eines so großen Staatswesens
wie die des Deutschen Reiches erst keine bestimmte Färbung mehr
hat, wenn namentlich in der Kultur- und Schul-
politik, wo Sozialdemokraten und Liberale
eines Sinnes sind, auf dem Verwaltungswege
von nun an liberal verfahren wird, dann mag die
Stunde wohl kommen, wo die Revisionisten leise,
eingesungen werden können. Ihre Gewinnung
scheint ein Bedürfnis der Blochpolitik zu sein.
So lange sie fern bleiben, werden auch die um Raumann und
vielleicht auch die um Hausmann und die Bayern um Müller
(Meinungen) unsichere Kantonsisten bleiben. Durch ihren Zutritt
dagegen würde der an sich bedeutungslose links-
liberale Flügel des Blochs der Zahl nach kräftig
und an Talenten reich genug werden, um gegen
die Konservativen zu bestehen. Zudem wird der
Kaiser über kurz oder lang Erfolge sehen wollen, Erfolge sowohl
des Blochs als des Blochancrers; der Sozialdemokratie gegen-
über ist aber solange nichts erreicht, als sie in sich eins und ge-
schlossen sich hält.“

Es ist an dieser Stelle bereits vor einigen Wochen nach-
drücklich betont worden, daß die Liberalen allem Anschein nach
die Oberhand über die Arbeiter zu sich herüberzu-
ziehen hoffen und daß das vorläufige Auftreten
der sozialdemokratischen Fraktion seit den
Wahlen diese Hoffnungen nicht als Einbildungen zu be-
werten erlaubt. Viel schäfer ist noch ins Auge zu fassen, ob
nicht der Kanzler mindestens ebenso rechnet wie
die Liberalen.“

Das Zentrumsblatt beginnt aus Eifersucht auf die zurzeit dem
Freisinn lächelnde Regierungsgunst kindisch zu werden. Sie
stellt sich, als ob sie an die Möglichkeit eines konservativ-liberal-
revisionistischen Regierungsblochs glaube. Eine agrarisch-
sozialistische Paarung stelle aber einen so namenlosen Wiber-
sinn dar, daß eine solche Hundstagsidee selbst einem Wälw nicht
zusutrauen wäre.

Die abgeschmackte Kombination hat natürlich nur den Zweck,
die ohnedies ihrer liberalen Zeitgenossen bereits überdrüssig
gewordenen Konservativen noch mehr gegen den Freisinn und die
Blochpolitik der Regierung aufzuheben. Aber selbst dieser lächer-
liche Zweck sollte die Zentrumspresse nicht zur Wahl solch alberner
Mittel verleiten. —

Eine besondere Eigentümlichkeit des sächsischen Wahl- rechtsgesetzentwurfs der Regierung

besteht darin, daß im Falle seiner Annahme eine ganze Anzahl
von Kreisen bei der Verhältniswahl unvertreten bleiben würde.
Besonders einschneidend ist der Umstand, daß ein Kandidat in einem
Wahlkreise die Mehrheit der abgegebenen Stimmen erhält, über
seine Wahl zum Abgeordneten, sondern es kommt auch darauf an,
daß er so viel Stimmen erhält, um bei der Zuerteilung der Mandate
für die Partei nach der abgegebenen Stimmenzahl im ganzen Lande
berücksichtigt zu werden. Der Entwurf sieht nämlich vor, daß zu-
nächst die Zahl der für die Parteien im ganzen Lande abgegebenen
Stimmen festgestellt wird, dann die Zahl der danach entfallenden
Mandate festgestellt wird, und dann die mit den höchsten Stimmen-
zahlen gewählten Kandidaten als gewählt erklärt werden. Die
Wahlkreise aber, die aus den Städten Dresden, Leipzig, Chemnitz,
Blauen und Jwidau und den 27 Amtshauptmannschaften bestehen,
sind sehr verschieden groß. So hat z. B. die Amtshauptmannschaft
Jwidau 84 829 Wahlberechtigte, Jwidau-Stadt aber, das ebenfalls
einen Wahlkreis bildet, deren nur 8820, Amtshauptmannschaft
Chemnitz 36 490 Wahlberechtigte, Chemnitz-Stadt mit seinen drei
Wahlkreisen aber nur 20 388. Ebenso ist es mit Dresden und
Leipzig. All diese Städte dürften bei dem ev. neuen Wahlrecht
gänzlich ohne Vertretung bleiben, ebenso eine Reihe der kleinen
Amtshauptmannschaften, während die großen Amtshauptmann-
schaften in der Hauptsache alle Vertreter zu den Abgeordneten der
verschiedenen Parteien stellen würden.

Wie es in der Begründung des Wahlrechtentwurfes heißt,
hat man aber mit Absicht vom Listenwahlrecht abgesehen, um die
lokalen Interessen, d. h. die Agrarinteressen zu wahren. Bei
dem „Kommunalwahlrecht“, d. h. der Wahl von Abgeordneten durch
die Kommunalvertretungen würden dann ja die Städte und kleinen
Amtshauptmannschaften auch Abgeordnete bekommen müssen, aber
von einer eigentlichen Wahl kann dabei wohl kaum die Rede sein.

Oesterreich.

Wien, 23. Juli. Abgeordnetenhause. Bei der heute vor-
genommenen endgültigen Wahl des Präsidiums wurde
Weißkirchner mit 311 von 318 abgegebenen gültigen
Stimmen zum Präsidenten gewählt.

Jacek wurde mit 244 von 248 gültigen Stimmen zum
ersten Vizepräsidenten und Starczynski mit 212 von
214 gültigen Stimmen zum zweiten Vizepräsidenten gewählt.

Frankreich.

Der beschleunigte Fall.

Paris, 21. Juli. (Fig. Ver.)

Die radikal-soziale Reaktion macht immer neue Fortschritte.
Die Ernennung des Deputierten Raujan zum Unterstaats-
sekretär des Innern ist geradezu eine antisozialistische arbeiter-
feindliche Demonstration des Ministeriums. Raujan ist der Re-
präsentant der dumpfen Kleinbürgererei, des bornierten Arbeiter-
hasses und der Sozialistenfurcht des Adamentums. Er war der
Generalstimulus im Kampfe gegen den wöchentlichen Ruhetag, und
seiner Ministerarbeit ist es zuzuschreiben, daß Viviani, der
sein Amt mit der feierlichen Erklärung angetreten hatte, der Mi-
nister der Sonntagsruhe sein zu wollen, sich schließlich von der
Kammer dazu verpflichten ließ, das Gesetz dem Wunsche der Aus-
beuter entsprechend zu verschlechtern. Raujan ist auch derjenige,
der in seiner Partei am meisten zur Unterstützung aller Gewalt-
streiche der Regierung beitrug. Aus dem „Radical“ hat er ein
ganz ordinäres Scharfmacherblatt gemacht, das die Sozialisten mit
den einseitigen Verleumdungen, mit dem Abhub der reaktionären
Subelände bombardiert. Raujans Eintritt in das Kabinett ist
also eine unzweideutige Abgabe an Radikalsozialisten wie
Pelletan und Buisson, die immer noch glauben, die bür-
gerliche Linke zu einer moralischen Auferstehung, einer ernsthaften
Reformpolitik wiedergewinnen zu können. Sicher wäre der neu-
gebildete Unterstaatssekretär nicht der Mann, seinem Chef neue
Wege aufzuzeigen, aber Clemenceau, der noch in seiner letzten
großen Kammerrede an die Unterstützung der ganzen Linken
appelliert hat und jetzt einen Posten in sein Kabinett nimmt, der
nicht nur als wütender Feind der sozialen Reform die Sozialisten,
sondern als politischer Reaktionsär auch die doktrinarischen Radikalen
zu Gegnern hat, das zeigt, daß der Ministerpräsident tatsächlich
in die Hände Briand's abgehängt hat, des providentiellen
Rammes der antisozialistischen Konzentration.

Uebrigens wird der Bankrott des Radikalismus auch in den
neuesten militärischen Ernennungen deutlich. So ist General
Davignon, der dazu berufen werden wird, an Stelle des Ge-
nerals Trémou, das 6. Armeekorps zu kommandieren, ein ausge-
sprochener Anhänger jener Generalspartei, die Clemenceau und
Picquart noch vor wenigen Jahren mit großartigem Pathos be-
kämpften. Im „Matin“ erklärt heute Herr Stéphane Lau-
zanne, diese Ernennung mache Clemenceau und Picquart die
größte Ehre, wenn sie auch beim „Leichensverein der
Menschenrechte“ einigen Anstoß erregen werde. In der Tat,
die „Intellektuellen“ der Liga der Menschenrechte, die zur Zeit des
Dreyfushandels als die Hüter und Retter der französischen Ehre
präsentiert wurden, gelten den glücklichen Ruhmsthem jener Kam-
pagne nur noch als lästige Bekanten. Der idealistische Glaube an
eine fortschreitende Demokratisierung der ganzen Gesell-
schaft, auch der Armee, ist nicht mehr zeitgemäß, wenn der sich
verschärfende Klassenkampf „freisinnige“ und konservative Bourgeois,
Wohlfahrer, Kleinbürger und Industriellen, Arbeiter und
Arbeitsgläubige zusammenreißt. Auch die Herren Picquart und
Clemenceau gehen mit der Zeit. Vor zehn Jahren galt ihnen als
„Soldateska“ die Clique der Generalsführer, heute die Mann-
schaften, deren Disziplin nicht stark genug ist, um sie der Hülf-
leistung von Vater und Mutter passiv oder gar mittätig assistieren zu
lassen.

Wegen Clemenceau-Beleidigung gemahregelt.

Paris, 22. Juli. (Fig. Ver.)

Genosse Morizet ist vom Justizminister aus dem Staats-
dienst entlassen worden. Der Entlassungsgrund ist ein für Clemen-
ceau nicht sehr schmeichelhafter Artikel, den der genannte Partei-
genosse nach dem Besuch Marcelin Alberts beim Minister in der
„Humanité“ veröffentlichte. Um dieses Motiv zu maskieren,
hat man allerdings „berufliche Nachlässigkeiten“ vorgeführt. Aber
die nachweisliche Hinsässigkeit die Beleidigung, im Zusammen-
hang mit der unmittelbaren zeitlichen Aufeinanderfolge von
Artikel und Disziplinarverfahren, läßt keinen Zweifel zu. Unter
die Pflichten der französischen Beamten ist die Clemenceau-
Berehrung offiziell aufgenommen. —

Italien.

Nasi.

Rom, 23. Juli. (W. Z. V.) Das leitende Komitee der
sozialistischen Partei hat in der Nacht Angelegenheit eine Tages-
ordnung angenommen, nach der die sozialistischen Vereinigungen und
die Verbände der sizilianischen Arbeiter aufgefordert werden, sich von
den gegenwärtigen Agitationen fern zu halten, deren Zweck sei, die
Sache Siziliens mit dem Geschiebe eines gemeiner Verbrechen be-
schuldigten Mannes zu verknüpfen.

Rom, 23. Juli. Der Senat, der heute als Staatsgerichts-
hof zusammengetreten war, hat des Exministers Nasi Antrag
auf vorläufige Haftentlassung abgelehnt.

Amerika.

Einwanderer gewünscht. Der Kongreß von Costa Rica, Zentral-
amerika, ermächtigte die Regierung, für die nächsten acht Jahre
40 000 Colonos (etwa 80 000 Mark) jährlich zur Förderung der
Einwanderung von weißen Arbeitern und Landwirten nach Costa Rica
auszugeben. Wenn nötig, soll Reisegeld für kräftige Arbeiter mit
Familien bezahlt werden.

Mittellose Leute fallen da natürlich sofort in wirtschaftliche
Abhängigkeit von den Plantagenbesitzern, deren Land sie durch ihre
Arbeit wertvoll machen sollen.

Japanische Kommissare sind nach Mexiko, Zentral- und Süd-
amerika gefandt worden, um dort die Verhältnisse zu studieren
in bezug auf Chancen für eine japanische Einwanderung. Infolge
der Lage an der Westküste der Vereinigten Staaten, wo die
Japaner gehakt werden, und da das neue Einwanderergesetz (seit
dem 1. Juli) den Zustrom von Japanern sehr erschwert, sucht die
Regierung des Mikado nach anderen Ländern, in die sich die immer
stärker werdende Auswanderung ungehindert lenken ließe.

Aus Hawaii kommen jetzt viele Klagen nach den Vereinigten
Staaten, daß die eingewanderten Japaner immer mehr alle
Handel und Wandel beherrschen und weiße Geschäftsleute wie auch
weiße Arbeiter von den Inseln verdrängen. Noch vor 15 Jahren
gab es nur wenige Zimmerer in Honolulu, die 4 Dollar
pro Tag verdienten. Heute zählt die Zimmerergewerkschaft nur
noch 40 Mitglieder, und kaum ein Duhend verdient den früheren
Lohn. Japanische Zimmerer werden jetzt überall angeheuert. So
geht es in allen anderen Arbeitsameisen und auch im Geschäfts-
leben zu. —

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Der Dank des Unternehmertums.

Die hoffnungsblauen Plakate des Verbandes der Baugeschäfte
an den Anschlagssäulen waren gestern fast überall von vergnügt
drein blickenden Bauarbeitern aller Branchen belagert. Die
immer neuen Verzweigungsstämme aus dem Unternehmertage
lassen denn doch gar zu deutlich erkennen, wie es dort aussieht.
Am meisten amüsierte es, daß man den Arbeitswilligen dauernde
Winterarbeit verspricht und dabei weder Arbeitswillige noch wahr-
scheinlich für die Zukunft ständige Arbeit hat.

Wie es aber mit dem Dank der Unternehmer an die Arbeit-
willigen in der Wirklichkeit steht, mag eine Korrespondenz illu-
strieren, die uns aus Halle zugeht:

Gelegentlich des Hausarbeiterstreiks, der nunmehr durch
Vergleich erledigt worden ist, hatte das Unternehmertum alle
möglichen Mittel angewendet, um Streikbrecher aus Italien zu
bekommen. Ein Streikbrecheragent, der Polier Puchias aus
Italien hatte sich dem Maurermeister Günther gegenüber
verpflichtet, 25 „bessere“ Streikbrecher zu liefern. Er will auch
mit seiner Kolonne angetreten sein, um die sich die Baumeister
in der „Blütezeit des Streiks“ geriffen hätten. Herr Günther
will aber keins von den nützlichen Elementen, die nach Puchias
Behauptung heute arbeitslos auf freiem Felde kampieren, be-
kommen haben. Der Dank des Unternehmertums kam darin zum
Ausdruck, daß Puchias und seine Gattin, die bei den Streik-
brechern in den Baracken „als Kochfrau“ wirken sollte, gegen-
wärtig hier stellenlos umherlungern. Beide Klagen vor dem Ge-
werkegericht gegen Günther wegen Nichterhaltung des bis zur
Beendigung der Bauzeit 1907 abgeschlossenen Vertrages. Cha-
rakteristisch ist, daß Puchias von den Streikenden überall „schwere
Tresche“ bekommen haben will und ihm von der Gegenpartei
nachgewiesen wird, daß er diesbezüglich geschwindelt hat. Das
Streikbrecherpaar sagte schließlich, es wolle sehr bescheiden
sein. Er verlangte zunächst nur Lohn für vier Wochen à 42 M.
und sie Kostlohn für 15 Wochen à 15 M. Das Gericht wies
das Streikbrecherpaar mit den Forderungen ab und legte ihm
auch noch die Kosten zur Last. —

Das ist der Fluch der bösen Tat, daß sie fortzuehend immer
böser muß gebären.

Sum Wäckerbockst.

Die Wäckermeister haben einen „Sieg“ zu verzeichnen, den wir
als ehrliche Chronisten vermelden müssen. Die Beschlagnahme der
ausgehängten Plakate ist von den Gerichten sanktioniert worden.
Die Plakate haben bekanntlich folgenden Wortlaut:

1. „Teile meiner werten Rundschau mit, daß ich die Forde-
rungen der Wädergesellen bewilligt habe“ usw.
2. „Teile meiner werten Rundschau mit, daß ich Brot und
Brotware nur aus bewilligten Wädereien beziehe“ usw.

Dem Igl. Amtsgericht Berlin Mitte war es überlassen, den
hiesigen Plakaten Schluß zu finden, daß dies eine Belästigung sei,
die parteipolitischen Zwecken diene und darum nach einem halben
Duhend Paragraphen alter und neuer Gesetzgebung strafbar sei.

Die von den Parteigenossen der einzelnen Bezirke verbreiteten
Handzettel gegen einige besonders feindsinnige Scharfmacher im
Wäckerberuf haben die Innungen zur höchsten Not entkommen lassen
und muß sich ihr Syndikus, Herr Rodionowitsch Löwe, im Schwerte
seines Angehts abmühen, von den diversen Gerichten einstweilige
Verfügungen zu erlangen, die den Vertrauensleuten der Wädere-
gesellen wohl Strafe androhen, aber sonst nichts weiter zu befehlen
haben, weil selbstverständlich keiner der Vertrauensleute in ein und
demselben Fall gegen eine derartige Verfügung verstoßen wird.

Das königl. Amtsgericht Niddorf scheint den Wert derartigen
einstweiliger Verfügungen, die in ähnlich liegenden Fällen im
ordentlichen Gerichtsverfahren stets für nichtig erklärt wurden, sehr
hoch einzuschätzen. Auf Antrag des Obermeisters der Köpenicker
Wäckerinnung, Köhler, beschloß dasselbe, den Genossen Sulistche
in eine Haftstrafe von einer Woche zu nehmen, wenn er sich
noch einmal erlauben sollte, von ihm verantwortlich gezeichnete
Flugblätter in Köpenick verbreiten zu lassen. Die Höhe der Strafe
ist darum gerschwächt (1), weil der Stephan Sulistche nicht
flugs, nachdem er die erste derartige Verfügung erhalten hatte, das
Freiheitshafte seiner Handlungsweise eingesehen und obendrein noch
Nachsicht der gerichtlichen Weisung auf den Tag legt! Es ist
himmelschreiend, daß sich Wäderegesellen die Freiheit erlauben, die
Beschlüsse des Amtsgerichts Niddorf nicht als der „Weisheit letzten
Schluß“ zu betrachten. —

Inzwischen scheint den Innungsblättern die Annahelung ihrer
elenden Lügen und Verdrehungen durch den „Vorwärts“ etwas stark
auf die Nerven gefallen zu sein. Anstatt sich wegen des ihren
Lesern aufgetragenen Schwandels zu verantworten, spielen sie den
Zuschauern. Um aber nicht ganz aus der Routine zu kommen,
nimmt sich Herr Brunemann von der Glindebergschen „Wäcker-
Zeitung“ die Genossen — Jettin vor, weil sie in der Kinder-
beilage der „Gleichheit“ auch den Berliner Wäckerstreik in einem
Märchen besprochen hatte. Er nennt es unerhört, die (den Wäcker-
meistern) so widerwärtige Wopstotangelegenheit zur Vergiftung des
Kindergemütes zu benutzen, und hält der „roten Märchentante“
folgende Epistel:

„Das muß ein schönes heranwachsendes Geschlecht werden,
das zu Troz und Widerstand errogen wird und immer nur auf
das Verlangen und Erhalten, aber niemals auf das Vernein und
Verleiten gedrillt wird. Aus solchen Menschen wird nichts, Frau
Jettin.“

Wie sind in bezug auf die Wäckermeister ganz derselben Meinung
und wünschen nur, daß sie sich diesen schönen Spruch recht groß
ins Stammbuch schreiben möchten. Sie lernen nicht und begriffen
nicht, daß ihr Verlangen, die Wäderegesellen bis aufs Blut aus-
zubuten und sie obendrein noch in moralischer und geistiger
Schlaveret zu nehmen, kulturwidrig ist und wollen sie ihren Ge-
sellen auch das, was ihnen vom menschlichen Standpunkte aus zu-
kommt, nicht leisten. — Aus solchen Menschen wird nichts; ihnen
geht alles soziale Empfinden ab!

Der Nierenkampf im Berliner Wäderegewerbe, seine Erfolge
und seine Lehren, lautete die Tagesordnung einer öffentlichen
Wäckerversammlung, die gestern nachmittag in den „Sophienhallen“
tagte. Der Referent Schneider bemerkte einleitend, daß der
Kampf noch keineswegs als beendet gelten könne. Haben doch erst
kürzlich wieder die organisierten Parteigenossen Berlins mehr als
50 000 Flugblätter zugunsten der Forderungen der Wäcker ver-
breitet. Das Ende des Kampfes sei vorläufig noch nicht abzusehen;
es wird nicht eher eintreten, bis die Forderungen überall anerkannt
sind. Die bisher erzielten Erfolge aber hätten die ursprünglich
gehegten Hoffnungen weit übertroffen. Noch im vorigen Jahre
habe man nicht geglaubt, den jetzt doch für weit über die Hälfte
der Wäderegesellen, und auch in mehr als der Hälfte der Wädereien
Berlins eingeführten freien Tag in solchem Umfange durchsetzen zu
können. Dank seien die Wäderegesellen dafür auch vor allem der
politisch organisierten Arbeiterschaft schuldig. Gätten sie sich selbst
noch zahlreicher am Kampfe beteiligt, wären sie in einer noch
größeren Zahl von Betrieben tapfer vorgegangen, so würde auch der
Erfolg schon jetzt ein noch viel größerer sein. — Der Redner gab
sobald einen Überblick über die Entwicklung und den Verlauf
des Kampfes, den bekanntlich die Innungen durch den von ihnen
offenbar begünstigten Bruch des im vorigen Jahre abgeschlossenen
Vertrages herausgeschworen haben. Die Meister, die über schwere
Schädigungen jammern, sollten sich also mit ihren Klagen an die
Innungen wenden. Der Redner schilderte die vielen Schwierig-
keiten, die der Wäckerverband bei diesem Kampfe zu überwinden
hatte; den Couz des Hefehandels, der wohl geeignet gewesen wäre,

den ganzen Kampf illusorisch zu machen, hätte sich die Organisation der armen ausgebeuteten Bäckergehilfen nicht stark genug gezeigt, diese, selbst die Meisterei als solche schädigende Kapitalisteneliquen niederzuwerfen; dann das Vorgehen der Behörden, das Entgegenkommen, das der Obermeister Schmidt der Konföderation am Alexanderplatz fand, so daß er frohlockend ausrufen konnte: „Von morgen ab verschwinden die Bewilligungslafete aus den Bäckerläden!“ Aber weder Polizei- noch Staatsgewalt, noch Kapitalistenmacht vermochte den Erfolg zu hinterziehen. Die „gelben“ Gesellen, die den sie selbst ja am meisten schädigenden, blödsinnigen Beschluß faßten, bei keinem Bäckermeister, der die Forderungen bewilligt, zu arbeiten, trachten jetzt selbst danach, in solche Bäckerereien hineinzukommen. Nun gefällt ihnen der freie Tag gar so gut, daß sie gerne ihren Streikbrecherbeschluß brechen, wenn es ihnen nur gelingen möchte, in solche Stellen hineinzukommen. Als einen besonders schätzenswerten Erfolg bezeichnen der Redner auch die Tatsache, daß die Organisation durch den Kampf erst dahintergekommen ist, in wie vielen Bäckerereien durch die vertragswidrigen Treibereien der Innungen die Abschaffung des Kost- und Logiswesens verhindert, ja das bereits abgeschaffte Kost- und Logiswesen wieder eingeführt worden war, daß man es nun wieder beseitigt, auch in dieser Hinsicht außerordentlich gute Erfolge erzielte. Zum Schluß bemerkte der Redner, daß es nun für die Bäckergehilfen vor allem darauf ankomme, ihre Organisation immer mehr zu stärken, namentlich auch für den Winter mit seiner größeren Arbeitslosigkeit gerüstet zu sein, um das Ertrugene auch im ganzen Umfange aufrecht zu erhalten und schließlich den Sieg auf der ganzen Linie zu erkämpfen.

Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die heutige öffentliche Versammlung der Bäcker Berlins und Umgegend spricht der Berliner Bevölkerung, in erster Linie aber der organisierten Berliner Arbeiterschaft, ihren tiefgefühlten Dank aus für die hochherzige Unterstützung, die sie den gerechten und minimalen Forderungen der Berliner Bäckergehilfen haben zuteil werden lassen und noch weiter entgegen bringen werden.“

Gegenüber der Vereinigung von innungsmeisterlichem Junktgeist, Großkapital und Behörde zur Niederrückung der Gesellen haben wir es in erster Linie dieser warmherzigen Unterstützung zu danken, daß der Kampf auch in diesem Jahre mit einem durchschlagenden Erfolg für die Gesamtheit der Kollegen beendet werden kann.

Angesichts der Lügen und Verdrehungen der Bäckerinnungen und ihrer Presse über die Ursachen und den Verlauf des diesjährigen Kampfes erklärt die Versammlung wiederum, daß dieser Kampf von den Bäckerinnungen seit langem geplant und mit Gewalt heraufbeschworen wurde. Sowohl der elende Vertragsbruch der Innungen im vorigen Jahre, als auch die Ablehnung jeder unparteiischen Vermittlung, selbst der des Oberbürgermeisters von Berlin, haben der Gesellschaft den Kampf aufgezwungen, den sie gerne vermeiden hätten.

Die Gesellschaft blickt auf die errungenen Erfolge mit um so größerer Befriedigung, als diesmal der Kampf für die Gesellschaft durch das Eingreifen der Polizei sowie des Gesundheitsrats zur Unterstützung der Bäckerinnungen ungemein erschwert wurde.

Auch in diesem Kampfe hat es sich klar und deutlich gezeigt, daß die Bäckerinnungen jedes Verlangen nach Besserstellung der Lage der Gesellen mit allen, auch den schärfsten Mitteln bekämpfen und zu diesem Zwecke sich mit den reaktionärsten Vertretern des Großbetriebes verbünden. Mit zwingender Klarheit zeigt uns dieser Kampf, daß nur eine einheitliche, machtvolle Organisation imstande ist, die Lage der Gesellen dauernd zu verbessern. Jeder Bäckergehilfe, der nach diesem Kampfe abseits steht und nicht Mitglied des Verbandes werden will, begeht Verrat an sich, seiner Familie und seinen Kollegen. Nach wie vor erklärt die Versammlung den deutschen Bäcker- und Konditorenverband als die alleinige rechtmäßige Vertreterin der Berliner Bäcker- und Konditorengehilfen und macht es jedem Kollegen zur Pflicht, sich diesem Verband anzuschließen.

Achtung, Schmiede! Die Kollegen der Wagengfabrik von Rudowski, Rosspferdstr. 46, haben am Montag die Arbeit niedergelegt. Die Ursache der Arbeitsniederlegung ist in den ungleichen Verhältnissen im Betrieb selbst zu suchen. Infolge der Meisterei sind unter den Kollegen Differenzen entstanden, weil ein Teil der beschäftigten Kollegen trotz Beschlusses am 1. Mai gearbeitet hatte. Diese Kollegen spielten sich nun in dem Betrieb in einer Weise auf, daß dagegen unter allen Umständen Stellung genommen werden mußte. Des ferneren wurde von den Kollegen verlangt, daß sie bei dem in demselben Hause wohnenden Restaurateur Otto verkehren sollten. Nach ihrer Ansicht werden sie von demselben nicht so bedient, wie sie es nach ihrer Auffassung verlangen könnten. Aus diesen und noch aus anderen Gründen lehnten die Kollegen den Verkehr ab. Der Gastwirt ist aber der Schwager des Meisters, und dieser hat namentlich versucht, die Schmiede zum Verkehr in dem Lokal anzuhalten. Wie überaus eng das Verhältnis war, möge schon daran zu ersehen sein, daß ein Kollege in seiner Lohnkassette am Sonnabend eine quittierte Rechnung des Herrn Otto vorfand, auch war der darauf verzeichnete Betrag von dem Geld in Abzug gebracht worden. Am Sonnabend hat Herr Rudowski nun plötzlich den Obmann des Arbeiterausschusses und die Vertrauensleute entlassen, um „Ruhe“ in seinem Betrieb zu bekommen. Dies konnten sich die Kollegen unmöglich gefallen lassen, und legten sie deshalb die Arbeit nieder. Zuzug ist streng fernzuhalten.

Zentralverband der Schmiede, Zahlstelle Berlin.

Achtung, Tabakarbeiter!

Die Zigarettenmacher und Widelmacher der Zigaretten- und Zigarettenfabrik S. Fürst, Schillingstraße 7, haben wegen fortgesetzter Mißregelung der Fabrikvertrauensleute die von den Fabrikanten seit Jahr und Tag ausgeübt wird, mit dem heutigen Tage die Arbeit niedergelegt. Ueber die Fabrik ist die Sperre verhängt und ersuchen wir dieselbe streng zu meiden.

Deutscher Tabakarbeiterverband
Zahlstelle Berlin.

Einige Worte über die Vertragstreue der Arbeitgeber im Schneidergewerbe.

Man schreibt uns aus der Schneiderorganisation: Wie oft haben nicht die Arbeitgeber die Vertragstreue der Arbeiter angezweifelt. Einer der ihnen, dessen Tun während der letzten Aussperrung der Schneider nur „psychologisch zu verstehen“ war, (er hatte nämlich bei Beginn der Aussperrung eine fingierte Bitte der angehlich von ihm ausgesperrten Schneider eingereicht, während er sich an der Aussperrung gar nicht beteiligte), hat einmal die Behauptung aufgestellt, daß die Arbeiter noch nie Verträge innegehalten hätten. Diesem psychologischen Rätsel Dreger-Frankfurt und dem „seit einem Jahre nicht mehr in der Mitgliederliste geführten“ Herrn Wilmann-München, die sich auf der Generalversammlung des Arbeitgeberverbandes für das Schneidergewerbe in Frankfurt a. M. in Erörterung über den Verband überschlugen, jubelte man Beifall zu. Man sollte nun meinen, daß eine Organisation, deren Mitglieder so grundheilige Leute sind, mit Argusaugen über die Innehaltung der eingegangenen Verträge wacht. Daß eine Organisation Garantien für jedes einzelne Mitglied übernimmt, kann man, je größer eine Organisation ist, nicht gut verlangen. Von den Vorstandsmitgliedern einer Organisation aber glauben wir uns indes berechtigt, verlangen zu können, daß sie den Mitgliedern mit gutem Beispiel vorangehen und Verträge gegen den Tarif unter allen Umständen vermeiden.

Als leuchtendes Beispiel tarifbrüchiger Arbeitgeber nennen wir Hermann Hoffmann, Friedrichstr. 50. Bei dieser Firma sind seit dem Abschluß des Tarifvertrages fabelhaft Reklamationen vorgekommen, wie bei allen anderen Firmen zusammen.

An den Verhandlungen über den Tarif, welche sich über drei Wochen hinzogen, hat Herr Hoffmann in seiner Eigenschaft als

Schriftführer teilgenommen. Da müssen ihm die getroffenen Vereinbarungen doch bekannt sein. Es gibt aber weder im Tarif noch im Tarifvertrag irgendeine Bestimmung, mag sie noch so klar gefaßt sein, gegen welche im Hause Hoffmann nicht verstoßen wird. Den ersten Verstoß beging die Firma gegen den § 9 des Tarifvertrages, wonach jedwede Vereinbarung zwischen den einzelnen Mitgliedern unzulässig und nichtig sind. Wir intervenierten bei dem Vorsitzenden der Arbeitgeber. Unsere Kollegen schrieben die auf Grund der Vereinbarung gemachten Abzüge wieder ein, aber gezahlt wurden sie nicht. Herr Hoffmann erklärte vielmehr, er sei nicht aufgefordert, den Betrag nachzugeben, sondern er solle sich nur zu der Sache äußern. Selbstverständlich ging seine Ansicht dahin, daß er im Recht sei. Kurze Zeit darauf ließ er uns nach seinem Geschäft bitten. Wir lehnten die Verhandlungen in Rücksicht auf den Vertrag zuerst ab, ließen uns aber, in dem Glauben, daß die Sache eine schnellere Erledigung fände, zu Verhandlungen bewegen. Nach gut zweistündiger Verhandlung verließen wir das Geschäft, in der Hoffnung, die Sache nun erledigt zu haben. Die Kollegen schrieben den Betrag wieder ein, und siehe da, Herr Hoffmann erklärte, er habe dem Vertreter der Ortsverwaltung nur versprochen, daß derartige Verstöße nicht mehr vorkommen sollten. Einer solchen Erklärung wegen würden wir überhaupt nicht verhandeln.

Aus welchem Grunde die Arbeiter für den Staatssekretär Dernburg durchweg mit Abzügen bedacht werden, können wir uns nicht recht denken. Sollten denn die Gehaltsverhältnisse des Staatssekretärs so schlecht sein, daß seine Kleider in der Kutscherabteilung gemacht werden müssen? Ein Salko ohne Futter für den Staatssekretär Dernburg zahlte man erst mit dem für reguläre Sachen vorgesehenen Preis, strich dem Kollegen aber Wäsche und volles Beisehen. Nach wiederholter Reklamation wurde aus einem Cheviotstoff ein Flanellstoff, (welches im Preise 2,50 M. niedriger steht), und dem Kollegen wurden noch 2,50 M. abgezogen.

Am schmerzhaftesten belieben sich die Arbeitgeber den Tagsschneidern gegenüber zu benehmen. Am Freitag, den 31. Mai, wurde vereinbart, daß für die Tagsschneider die Feiertage mitbezahlt werden müssen. Heute, nach sieben Wochen, haben die Arbeitgeber, mit geringen Ausnahmen, diese Vereinbarung noch nicht erfüllt. Der Vertreter einer Wiener Firma soll, nach unseren Informationen, von einem Geschäft zum anderen gelaufen sein, um die Arbeitgeber von der Erfüllung dieser Verpflichtung abzuhalten. Unseren Kollegen erklärt er mit dreifacher Stimm, er wisse von der getroffenen Vereinbarung nichts. Nun versuchen die Arbeitgeber in recht einfältiger Weise die Bezahlung der Feiertage zu umgehen, indem sie Tagelöhne vereinbaren. Der § 9 des Tarifvertrages bestimmt, daß solche Vereinbarungen unzulässig sind. Allen voran hat aber H. Hoffmann den Tagsschneidern einen Vertrag, welcher Tagelöhne vorseht, vorgelegt.

Derartige Verträge sind ohne weiteres ungültig; die Bezahlung der Feiertage wird durch sie nicht ausgeschaltet, da der Tarif nur Wochenlöhne und keine Tagelöhne kennt. Auf die Vertragsfähigkeit einer Organisation wirkt es aber ein bedenkliches Licht, wenn alle Vereinbarungen zu umgehen versucht werden trotz des klaren Wortlauts des Paragraphen, in dem die Rechtsungültigkeit der Vereinbarungen von Mitglied zu Mitglied ausgesprochen ist.

Es ist eben neben dem Verger der Proben- und Nachbühnen, von dem die „Sieger“ jetzt befallen werden. Wenn die Herren an sechs Wochen Streik im Jahre nicht genug haben, müssen sie in den Wägen weiter wandeln, und sie können haben, was sie brauchen — nämlich einen Dämpfer in jeder Saison.

Ein Kutscherstreik ist am Montag bei der Firma Julius Baer, Elisabethstraße, ausgebrochen. Die Unternehmer haben versucht, die tariflich festgesetzten Löhne zu kürzen und die Arbeiter sind zur Abwehr in den Ausstand getreten. Der Zentralverband der Handels- und Transportarbeiter hat sich der Sache angenommen, denn die Streikenden sind Mitglieder des Verbandes.

Wie wichtig das letztere ist, zeigte sich bei einem Kutscherstreik, der letzte Woche bei der Firma „Zentrale für Milchverwertung“ ausbrach. Dort legten etwa 50 Kutscher die Arbeit nieder, weil sie mit der Provision aus dem Milchverkauf nicht mehr zufrieden waren. Der Streik verlief resultatlos, die Leute waren unorganisiert und nach zwei Tagen nahmen einige die Arbeit wieder auf, ein Teil der Leute suchte sich andere Arbeit und nur bei einzelnen Kutschern wurde die Wünsche berücksichtigt.

Deutsches Reich.

Lohnbewegungen in Crefeld.

Am 1. August d. J. läuft der im Jahre 1904 zwischen den Zimmermeistern und der Zahlstelle Crefeld des Zentralverbandes der Zimmerer Deutschlands vereinbarte Tarif ab und sind neue Forderungen eingereicht, worin die 9 1/2stündige Arbeitszeit und ein Stundenlohn von 60 Pf. vorgelesen ist. Am 18. Juli haben bereits Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband stattgefunden, die aber ziemlich resultatlos verlaufen sind, weil die Arbeitgeber von einer Verkürzung der Arbeitszeit vor 1910 nichts wissen wollen; ebenso sollte der jetzt bestehende Stundenlohn von 54 Pf. bis zum Jahre 1910 festgelegt werden.

Eine stark besuchte Versammlung der Zimmerer beschäftigte sich am 20. Juli mit dem Ansinnen der Unternehmer und gelangte eine Resolution zur einstimmigen Annahme, welche die Verkürzung der Arbeitszeit als unbedingt notwendig ansieht. Doch erklärten sich die Zimmerer zu weiteren Verhandlungen bereit, um die bestehenden Differenzen möglichst auf friedlichem Wege zu beseitigen.

Da nun die Maurer und Bauarbeiter zum Teil schon wegen dieser Forderung im Streit stehen, ist ein Kampf im Zimmergewerbe nicht ausgeschlossen. Zuzug von Maurern, Zimmerern und Bauarbeitern nach Crefeld ist deshalb streng fernzuhalten. — Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck gebeten.

Die Bau- und Kunstschlosser von Frankfurt a. M. stehen in einer Anzahl von Berufsstätten seit dem 17. Juli im Streit, nachdem die Verhandlungen zwecks Abschluß eines tariflichen Arbeitsverhältnisses mit den Meistern scheiterten. Als Antwort auf diese Arbeitsniederlegung in einer Anzahl von Geschäften hat nun der Verband der Kunst- und Bauwerkstätten und verwandter Gewerbe für den Stadt- und Landkreis Frankfurt a. M. beschlossen, die gesamte Arbeiterschaft in den Verbandsberufsstätten auszusperrten, wenn die im Streit stehenden Arbeiter bis zum Mittwoch, den 24. Juli die Arbeit nicht wieder aufnehmen. Die Arbeiter werden den ihnen in dieser Form aufgezwungenen Kampf durchsetzen und ersuchen wir die Berufskollegen allerwärts, den Zuzug von Bau- und Kunstschlossern, Goldschmiedeschlossern usw. nach Frankfurt a. M. strikte fern zu halten. Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Nachdruck gebeten.

Zur Tabakarbeiteraussperrung.

Die Aussperrung in Gießen dauert fort. Die organisierten Zigarettenfabrikanten bestehen nach wie vor auf ihrer Forderung: Austritt aus dem Deutschen Tabakarbeiterverbande. Ihr Bestreben ist darauf gerichtet, das alte „friedliche“ Verhältnis wieder herbeizuführen, wo die Tabakarbeiterinnen nicht wagten, die Fabrikanten ernstlich zu mahnen, bessere Entlohnung und anständige Behandlung zu gewähren. In welche Wut die Fabrikantenfrühe geraten sind, beweist ein Ausspruch eines Fabrikanten, der sich sogar soweit verließ, von „Bauernmenschen“, die erst „aus dem Kinnstein fressen sollen“, zu reden. Ein Teil der ausgesperrten Tabakarbeiterinnen suchte in anderen Zigarettenindustrieunternehmen Unterflucht zu finden. Die Zigarettenfabrikanten, die nicht mehr fürchten als den Fortgang der fleißigen Arbeiterinnen, suchen, wie uns berichtet wird, die übrigen Zigarettenfabrikantenvereinigungen zu bewegen, keine von den Aussperrten anzunehmen und bereits Eingestellte wieder zu entlassen. In einzelnen Fällen ist diesem Ansuchen schon entsprochen worden. Allgemein jedoch wird diesem Ansuchen

nicht entsprochen werden, da der Geschäftsgang in der Zigarettenindustrie nach wie so flott war wie gegenwärtig. Der größte Teil der Gießener Zigarettenfabrikanten ist vollständig außerstande, seinen Abnehmern und Vertretern die verlangten Zigaretten liefern zu können. Die Haltung der Aussperrten ist musterhaft.

Die Tarifbewegung der Leipziger Fliesenleger erfolgreich beendet. Das Resultat der Bewegung, die bereits vor einem Jahre eingeleitet wurde, ist: Die Erhöhung einer ganzen Anzahl von Positionen im Tarif und eine größere Spezialisierung des Allortarifes. Falls im Lohn gearbeitet wird, beträgt der Stundenlohn 75 Pf.; auf dieser Grundlage sind auch die Allortarife aufgebaut. Die Auslösung bei Arbeiten auswärts beträgt pro Tag 2,75 M., der Zuschlag für Sonntag- und Nachtarbeit 50 Prozent.

Ausland.

Waffenausstand belgischer Weber. Die ungefähr 1500 Arbeiter und Arbeiterinnen der großen Textilfabrik von M. Deenaert in Wetteren befinden sich in einem Streik, der voranschreitlich nicht so bald sein Ende erreichen wird. Außerordentlich elende Lohn- und Arbeitsbedingungen sind die Ursache des Kampfes. Die Streikenden machen mit ihren Familienangehörigen fast die Hälfte der 15 000 Köpfe starken Bevölkerung von Wetteren aus. Die belgische Arbeiterschaft sorgt nach besten Kräften für die Unterstützung der Streikenden und nimmt sich auch, wie seinerzeit bei dem großen Weberstreik in Verbiers, der Kinder an. Rund 1500 Kinder Streikender werden bei Parteigenossen in verschiedenen Städten und Orten Belgiens freundlich aufgenommen und versorgt, so lange der Streik dauert. Man teilt mit, um eine recht große Zahl Kinder zu erhalten. Die Genossen in Gent, das drei Stunden Weg vom Streikort entfernt liegt, wollen mindestens 3—400 Kinder aufnehmen.

Von der Kapitalistenpresse wird behauptet, die Sozialdemokraten hätten den Streik heraufbeschworen, weil ihre Genossenschaftsweberei in Gent mit Abschwächung zu kämpfen habe. Das ist selbstverständlich nichts als Schwindel. Die „rote“ Weberei kann weit entfernt davon, zu viel fertige Waren auf Lager zu haben, ihre Kunden nicht einmal rechtzeitig zufrieden stellen, weshalb sie in nächster Zeit bedeutend vergrößert wird.

Der vierte Kongress der Schriftgießer Deutschlands

begann am Sonntag, den 21. Juli, seine Tagung im „Volkshaus“ in Leipzig.

Der erste Kongress in Frankfurt im Jahre 1880 erhielt den direkten Anstoß durch die Schriftgießerprinzipale, um gegen die Schmutzkonkurrenz vorzugehen. Damals vertraten die 25 Delegierten 18 Großstädte. Von 875 Schriftgießern waren damals 371 im Unterhaltungsverein deutscher Buchdrucker organisiert. In 101 Gießereien gab es 763 Hand- und 180 Komplettmaschinen. Zwar wurde damals ein deutscher Normaltarif beschlossen, aber es wurde die Unmöglichkeit seiner Durchführung auf dem dritten Kongress in Dresden (1901) ausgesprochen. Der zweite Kongress in Offenbach (Januar 1897) stellte ein Anwachsen der mit Schriftgießerarbeiten beschäftigten Hilfsarbeiter und der Lehrlingszahl fest. Die Zahl der Verbandsmitglieder war von 371 auf 688 gestiegen, die auf dem dritten Kongress in Dresden auf 699 (von 1122 Beschäftigten) gestiegen war. Vor allem auf dem letzten Kongress wurde festgestellt, daß der handwerksmäßige Betrieb zugunsten des Großbetriebes immer mehr zurückgedrängt wurde. Der Dresdener Kongress forderte: Verkürzung der Arbeitszeit auf 8 1/2 Stunden, Erhöhung des Minimums des gewissen Geldes auf 27,50 M., Einführung einer Lehrlingsstala entsprechend der des Buchdrucker-tarif, ferner: In allen unseren fachlichen Zweigen als Gießer, Fertigmacher, Höchobler, Höchsträger und Justierer dürfen unter keinen Umständen weder Schlosser noch Hilfsarbeiter angeleert werden.

Auf dem Kongress in Leipzig sind anwesend 27 Delegierte aus Berlin, Frankfurt a. M., Dresden, Leipzig, Hamburg, München, Offenbach, Budapest, Wien; ferner 4 Vertreter der Zentralkommission, Böblin vom Verbandsvorstand und Engelbrecht-Leipzig für den Verein der Leipziger Buchdrucker und Schriftgießer. Den Gesamtverhandlungen liegt eine gründliche Statistik zugrunde, die 23 Städte mit 82 Firmen der Schriftgießereibranche umfaßt. Beschäftigt wurden 71 Kustoren, 177 Höchobler und Fertigmacher, 528 Komplettgießer, 233 Handmaschinen-gießer, 69 Justierer, 72 Buchrichter, 198 Lehrlinge, 117 ungelernete Arbeiter und 579 Arbeiterinnen; Summa 2044 Personen. Im Bereich arbeiten 783 Gehilfen, 308 im gewissen Gelde, dessen Minimum 27,50 M. beträgt. Die Arbeitszeit beträgt 8 1/2 bis 9 Stunden, ausschließlich der Pausen. In den Betrieben wird gearbeitet mit 622 Kompletts, 18 Komplettschnelligkeit, 51 amerikanischen Schnelligkeit und 311 Handmaschinen; ferner mit 231 Destoffzeugen und 70 Höchsträsmaschinen.

Zu dieser Statistik führt Reinkle aus: Das wichtigste Resultat dieser Statistik sei die für den Beruf bedeutungsvolle Tatsache, daß bei steigender Bevölkerungsziffer die Zahl der in Gießereien beschäftigten Personen ständig zurückgeht! Die Ursache sei die fortschreitende Tendenz der Einführung der Zeilengießmaschine und der Monotypie. Um diesen Umwälzungsprozess zu verfolgen, soll schon in 2 Jahren (sonst 3 Jahre) eine Statistik aufgenommen werden. Außerdem sei als wichtig aus den Verhandlungen vom Sonntag und Montag mitgeteilt. Große Debatten veranlassen die Anträge Offenbach und Hamburg, die die Durchführung der achtstündigen Arbeitszeit mit der ständig steigenden Arbeitslosigkeit begründen. Das Resultat der Debatten ist zwar die prinzipielle Zustimmung zu den Anträgen, aber der Beschluß auch, daß die Durchführung — die durch allgemeinen Tarif nicht möglich sei — von den örtlichen Organisationen bei Tarifrevisionen versucht werden solle. Der Bericht der Zentralkommission, von Plasmann-Berlin gegeben, bringt für die Allgemeinheit nichts besonderes Interessierendes. In der Debatte nimmt die Austragung von Differenzen zwischen den Filialvertretern von Frankfurt und Offenbach mit der Zentralkommission einen großen Raum ein. Die Differenzen sind entstanden anlässlich des Abschlusses der Tarifbewegung in Frankfurt und Offenbach im Jahre 1902.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

In Brand gesteckt.

Fosen, 23. Juli. (B. S.) In Ohnrow hatte ein Hütemädchen eine Strohhütte gebaut, um gegen die Unbill der Witterung geschützt zu sein. Während sie in der Hütte schlief, stekten Schußungen die Hütte in Brand. Das Mädchen farb an den erlittenen Verletzungen.

Unglücksfälle in den Bergen.

Zunsbrun, 23. Juli. (B. S.) Der Techniker Zugbaum aus Berlin und ein Dr. Christian aus Prag sind vom Habicht abgestürzt.

Beendeter Streik.

Brüssel, 23. Juli. (B. S.) Der Streik im Hafen von Antwerpen ist unter für die Arbeiter günstigen Bedingungen beigelegt.

Die Zahl der Opfer.

New York, 23. Juli. (B. S.) Ueber die Schiffskatastrophe des Dampfers „Columbia“ wird noch nachträglich mitgeteilt, daß die Zahl der Opfer 70—75 beträgt. Die Zahl der geborgenen Passagiere ist 144.

Arbeiterausstand in Amerika.

New York, 23. Juli. (B. S.) Auch die Bergleute des Staates sind ausständig, mit den Erzverladern zusammen 10 000 Arbeiter.

Um das Frauenwahlrecht.

Genossin Zetkin veröffentlicht in der „Gleichheit“ folgenden bemerkenswerten Artikel:

Das Frauenwahlrecht steht auf der provisorischen Tagesordnung des Internationalen Sozialistischen Kongresses, der am 18. August in Stuttgart zusammentreten wird. Es ist als Verhandlungsgegenstand für die Erste Internationale Konferenz sozialistischer Frauen vorgesehen, die in Verbindung mit dem Kongress tagen soll.

Die Dinge liegen, ist ein klar. Es kann sich dabei nicht um eine bloße prinzipielle Sympathieerklärung und Demonstration für das Frauenwahlrecht handeln. Eine solche würde offene Türen einrennen. Die der internationale Sozialismus prinzipiell zum Frauenwahlrecht steht, ist seit langem entschieden. Während in den meisten Ländern die bürgerlichen Parteien — auch die radikalsten — die volle politische Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechtes mit unerbittlicher sentimentaler Philisterweisheit abgelehnt haben; während sie in ihren Reihen nur vereinzelte Verfechter des höchsten sozialen Frauenrechtes aufweisen, es sei denn, daß sie beginnen, sich für ein beschränktes Damenwahlrecht zu begeistern; haben die sozialistischen Parteien aller Nationen von Anfang an das Bürgerrecht des Weibes in ihrem Programm gefordert. Die Forderung wurde auch bereits international bekräftigt. Der zweite Internationale Sozialistenkongress zu Brüssel sprach sich dank der Initiative unserer Genossin Ibrer in einer Resolution für die volle politische Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechtes aus.

Es kann daher keineswegs die Aufgabe der Stuttgarter Tagungen sein, den Genossinnen Gelegenheit zu geben, neuerlich theoretisch ein Recht zu begründen, welches zu einer allgemeinen Programmforderung geworden ist, die grundsätzlich von niemand angefochten wird. Um was es geht, das ist die Entfaltung einer kräftigen Aktion allerwärts, welche den prinzipiell anerkannten Anspruch aus der Theorie in die Praxis überzuführen strebt.

Gewiß: in dieser Beziehung ist national in einzelnen Ländern gar mancher Vorstoß unternommen worden. Und der erste Schritt wurde getan, um den Kampf für das volle Bürgerrecht des weiblichen Geschlechtes international zu entfesseln, ihn überall dort in Fluß zu bringen, wo das Proletariat unter sozialistischer Führung um die Demokratisierung des Wahlrechts ringt. Der Internationale Sozialistische Kongress zu Amsterdam nahm fast einstimmig eine dahingehende Resolution an, welche die deutsche Delegation getreu dem Mandat des Dresdener Parteitags eingebracht hatte. Jedoch lassen bestimmte Vorgänge eine gründliche Erörterung der Frage und ein entscheidendes weiteres Vorwärtsschreiten zur Verwirklichung der Forderung nötig erscheinen.

Nach Amsterdam hat die schwedische und nach ihr die österreichische Sozialdemokratie getan, was die belgische vor Amsterdam praktiziert hatte: Die Forderung des Frauenwahlrechts wurde aus der Wahlrechtskampagne der betreffenden Länder vorübergehend ausgeschaltet. Außerdem kommen noch andere Erscheinungen in Betracht. In England gewinnt der Kampf um das Frauenwahlrecht immer größere Bedeutung, allein dieser Kampf wird in der Hauptsache um ein beschränktes und nicht um das allgemeine Frauenwahlrecht geführt, und die Sozialisten — in Fraktionen gespalten — stehen ihm in verschiedener Haltung gegenüber. Vor allem aber zeitigt die Verdrängung des Klassenkampfes innerhalb der bürgerlichen Parteien aller Länder Entwicklungstendenzen, welche auf einen Frontwechsel in der Frage des Frauenwahlrechts hindeuten und ganz besonders eine starke und wachsende Neigung zur Einführung eines beschränkten Frauenwahlrechts erzeugen. Da gilt es für den internationalen Sozialismus, sich nirgends durch Möglichkeiten überraschen und überumpeln zu lassen, die über Nacht zu Wirklichkeiten reifen können, ihnen vielmehr weit-schauend zuzugreifen und dem proletarischen Befreiungskampf nutzbar zu machen.

Die Tatsachen, auf die wir verweisen haben, lassen es aber klar hervortreten: die Sozialdemokratie kann heute die Frage des Frauenwahlrechts nicht mehr an sich als abstrakte Rechtsforderung erörtern. Sie muß sie vielmehr in ihrem gegenständlichen praktischen Wesen erfassen, in ihren Verknüpfungen und Wechselwirkungen mit der allgemeinen geschichtlichen Situation, ganz besonders aber in ihrem Zusammenhang mit der Emanzipationsbewegung des Proletariats und ihren jeweiligen Phasen. Die grundsätzliche Bedeutung der Forderung hat dabei nichts zu verlieren, denn sie ist fest in der proletarischen Klassenlage und den Notwendigkeiten des proletarischen Klassenkampfes verankert.

Nur wenn man den oben ausgeprägten Zusammenhang festhält, wird verständlich, was sonst unbegreiflich wäre: Daß in mehreren Ländern die Sozialdemokratie aus Wahlrechtskampagnen ihre grundsätzliche Programmforderung voller politischer Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechtes zurückgezogen hat, ohne für sie gekämpft zu haben; daß in anderen Ländern vereinzelte, aber einflussreiche sozialistische Stimmen laut geworden sind, nach denen die Zeit für die Einführung des Frauenwahlrechts überhaupt noch nicht erfüllt ist.

Unter welchen Umständen und in welcher Form auch immer die zeitweilige Preisgabe der grundsätzlichen Forderung erfolgt ist: sie wurde mit der höheren Bedeutung gerechtfertigt, welche dem proletarischen Befreiungskampf auch für die volle soziale und menschliche Emanzipation des gesamten weiblichen Geschlechtes zukommt. Unbestritten, daß das dauernde Klasseninteresse des Proletariats vor dem Augenblicksinteresse des weiblichen Geschlechtes geht. Nur bürgerliche Frauenrechtler mag sich darüber entrüsten, der das Verständnis dafür abgeht, daß die Frauenfrage als Teil der sozialen Frage nur zusammen mit dieser durch die Überwindung der kapitalistischen und den Aufbau der sozialistischen Ordnung gelöst werden kann. Aber stimmt auch die aus dem richtigen Vordergründ abgeleitete Schlussfolgerung? Das ist zu prüfen, und das ist's, was wir an unserem Teile in den vorliegenden Fällen feststellen.

Die Auffassung, daß die Forderung des Frauenwahlrechts verlangt werden müsse, weil die mangelnde politische Schulung und Reife großer weiblicher Bevölkerungsmassen die Herrschaft der reaktionären Parteien stärken werde, mithin eine schwere Gefahr für den Vormarsch des kämpfenden Proletariats sei, ist in dem letzten belgischen Wahlrechtsfeldzug mit von Einfluß auf die Haltung der Partei gewesen. Sie zählt in Holland und anderwärts noch Anhänger. Nebellegend genug begegnet man sie besonders in solchen Ländern und Gegenden, wo der Merkantilismus Trumpf ist, und das Geistesleben der überwiegenden Mehrzahl Frauen vollständig im Inactiven Banne der Weislichkeit steht. Unseres Dafürhaltens darf sich aber die Sozialdemokratie in dieser Hinsicht nicht durch die kurzfristigen und kurzlebigen Wahl- und Mandatdröckungen schrecken lassen, welche die bürgerlich-liberalen Parteien hypnotisieren. Sie lebt nicht wie jene von der Hand in den Mund und faßt soziale Erscheinungen nicht lediglich als abgeschlossenes, dauerndes Sein auf, sondern in ihrem Wandel. Sie beurteilt daher auch die politische Rückständigkeit des weiblichen Geschlechtes und ihre eventuellen reaktionären Folgen in ihrer geschichtlichen Bedingtheit und bleibt eingedenk, daß die nämliche politische Emanzipation, die heute vielleicht vorübergehend die Reaktion zu stärken vermag — was nicht einmal zweifellos ist, siehe den Wahlausfall in Finnland! — morgen schon und auf die Dauer die Sache der Revolution fördern muß.

In der Tat: die offen oder verbüllten reaktionären Parteien können nicht mittels des Frauenwahlrechts die Massen des weiblichen Geschlechtes zum politischen Kampf in die Arena rufen, ohne in der Rolle des Haubeckelungsweises zu beschwindeln, die sie nicht wieder loswerden. Gung gegen ihren Willen öffnen sie der politischen Agitation, der politischen Aufklärung unter diesen Massen Tür und Tor; legen sie damit Agi und Wechseisen an die letzte Reklame des „Unverstandes der Massen“. hinter der ihre Herr-

schaft sich schubhüchsend verschangen wollte; bringen sie den Klassenkampf zwischen den Damen der Bourgeoisie und den Frauen des Proletariats zur vollen Entfaltung. Die politisch rechtlose und stumpfsinnige Proletarierin läßt sich im Schatten des Weichstuhles oder beim Klatschen der junkerlichen Peitsche zur Wahlbesitzerin der reaktionärsten Parteien erniedrigen. Die politisch emanzipierte und aufgestellte Frau der werktätigen Masse stimmt und arbeitet früher oder später sicher für die Sozialdemokratie. So heißt das Frauenwahlrecht die Bunden, die es jeweils auch dem revolutionären Proletariat schlagen könnte, es führt dessen Kämpfen neue, wertvolle Kräfte und Säfte zu. Davon zu schweigen, daß es dem Proletariat wahrlich nicht ansteht, das Frauenwahlrecht genau mit den gleichen Gemeinplätzen abzulehnen, auf die sich die besitzenden Klassen berufen haben und noch berufen, um dem männlichen Proletariat volles Bürgerrecht vorzuenthalten.

Freilich: noch andere Gründe sind dafür ins Feld geführt worden, daß in einzelnen Ländern die Sozialdemokratie gegebenen Augenblicks auf den Kampf für das Frauenwahlrecht verzichtet hat. In Belgien und Schweden wurde das Eintreten für die grundsätzliche Forderung der Öffnung geopfert, dem Wahlrechtskampfe liberale Freunde zu gewinnen, ihm gegen reaktionäre Manöver zu sichern und dadurch wenigstens die Eroberung des allgemeinen Männerwahlrechts durchzusetzen. In beiden Fällen hat sich die Hoffnung als trügerisch erwiesen. Die Wahlrechtsreform wurde in Belgien von den Liberalen sände wie je verraten, in Schweden scheiterte sie trotz allem an dem zähen Widerstand der Ersten Kammer. Die Besorgnis, durch Verquickung des Ringens um das allgemeine Männerwahlrecht mit der Vertretung des Frauenwahlrechts den Gegnern willkommenen Anlaß zu bieten, an dem bitteren Ernst des proletarischen Kampfes zu zweifeln, die Wahlrechtsreform zu verschleppen, womöglich gar dadurch zu schaden: veranlaßte die österreichische Sozialdemokratie, die Forderung zurückzustellen. Aber auch ohne daß diese für die volle politische Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechtes gekämpft hätte, hat die Reaktion ihre ganze Kraft erschöpft, um die Einführung des allgemeinen Männerwahlrechts hinauszutödeln und dieses selbst nach Möglichkeit zu verunstellen. Sie zwang deshalb das österreichische Proletariat, den aufgenommenen Kampf mit aller Macht und Schärfe weiterzuführen und schließlich die revolutionäre Kriegswaffe des Massenstreiks in Bereitschaft zu halten. Kurz, beide feindliche Mächte sind in der Kampagne der Wahlrechtsreform bis an die Grenze des äußersten gegangen.

Den drei angeführten Fällen ist ein Zug gemeinsam. Die grundsätzliche Forderung des Frauenwahlrechts wurde — wie andere Wahlrechtsforderungen noch — zeitweilig hinter Zweckmäßigkeitserwägungen zurückgestellt, die sich als gegenstandslos erwiesen haben. Warum das? Unserer Meinung nach werden je länger je mehr alle Augen und feinen Berechnungen darüber, welche Selbstbeschränkung der sozialdemokratischen Forderungen, welche politischen Allianzen und parlamentarischen Kombinationen den Widerstand gegen die Demokratisierung des Wahlrechts zu brechen vermögen, durch eine Tatsache über den Haufen geworfen. Wo die besitzenden Klassen vor dem organisierten zielbewußten Proletariat um ihre Klassenherrschaft zu zittern beginnen, da werten sie jede Wahlrechtsreform nur noch im Hinblick auf den Kampf um die politische Macht zwischen der ausbeutenden Minderheit und den ausgebeuteten Massen. Auch in der bescheidensten Wahlrechtsreform wittern sie einen Anfang vom Ende ihrer Herrlichkeit. Solange und soweit es irgend noch in ihrer Kraft steht, sehen sie daher jeder Demokratisierung des Wahlrechts hartnäckigen Widerstand entgegen, und verschämte und unverschämte Reaktionen sinnen sich dabei immer regelmäßiger brüderlich in die Arme. Was im letzten Grunde über den Erfolg der proletarischen Wahlrechtskämpfe entscheidet, das ist folglich keineswegs das Maß und der Charakter der jeweils erhobenen Forderung, sondern die Macht, welche das Proletariat hinter sich sehen will und kann. Von diesen Gedankengängen geleitet, vermögen wir der Taktik unserer in Frage kommenden Bruderparteien nicht zuzustimmen und sie vor allem nicht — wie wiederholt und in verschiedenen Ländern empfohlen worden ist — als beispielgebend für das Verhalten der Sozialdemokratie zum Frauenwahlrecht anzuerkennen.

Unserer Überzeugung nach darf die Sozialdemokratie auch nicht in ihren Wahlrechtskämpfen ihre grundsätzlichen Forderungen kampflösigen Gründen der Opportunität ausliefern. Sie darf das zweimal nicht tun, wenn es sich um einen prinzipiellen Programmpunkt von so großer, weittragender Bedeutung handelt, wie es die politische Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechtes, der Hälfte jeder Nation ist; um einen prinzipiellen Programmpunkt, dessen Verteidigung und Verwirklichung auch im Hinblick auf den proletarischen Klassenkampf geboten ist. Grundgesetz und Taktik, Theorie und Praxis gehören nicht zwei gegensätzlichen Welten an. Sie sind eine organisch verbundene Einheit, jede Hintanhaltung des Prinzips rächt sich daher früher oder später in der Praxis, und eine grundsätzliche Kompromiß ist auf die Dauer die zweitmäßigste. Nicht als Partei der Opportunitätsrückwärtigen und der kleinen Eintagsfliegen, wohl aber als konsequente Verfechterin einer grundsätzlichen Stellungnahme zu der sozialen Frage und ihren vielgestaltigen wichtigen Teilproblemen erfaßt die Sozialdemokratie die breitesten Massen, schlägt sie siegreich ihre großen Schladten.

Ihrer grundsätzlichen Auffassung getreu, muß sie daher auch im Kampfe für die politische Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechtes allen bürgerlichen Parteien samt den bürgerlichen Frauenrechtlerinnen vorangehen. Das ist nicht minder ein Gebot ihrer geschichtlichen Erkenntnis, daß der Rest des Wahlrechts für Millionen Frauen zur sozialen Lebensnotwendigkeit geworden ist, wie ihres Gerechtigkeitsinstinctes, welcher die Leistungen des Weibes als Berufstätige, Gattin und Mutter nach ihrer sozialen Bedeutung wertet. Das ist vor allem auch ein Gebot des proletarischen Klasseninteresses. Je wichtiger die Rolle wird, welche die Frau im gesellschaftlichen Wirtschaftsleben spielt, je härter die Klassengegnen aufeinanderstoßen und die Massenkämpfe verschärfen, um so dringender bedarf das Proletariat der Frauen seiner Klasse als organisierter, geschulter Mitstreiterinnen. Jedoch weder an seinen wirtschaftlichen noch an seinen politischen Kämpfen vermögen die Proletarierinnen in vollem Umfang und mit ganzer Kraft teilzunehmen, so lange sie mit Kindern, Geisteskranken und Erblösen gleichgestellt, unbeschränkter politischer Bürgerrechte entbehren. Des weiteren schafft das Eintreten für das Frauenwahlrecht den proletarischen Wahlrechtskämpfern eine breitere Grundlage und pflanzt inmitten ihres Schlachtgetümmels und des Muffens der Überhaupt eine Fahne, deren hehre Lösung große und begeisterte Heerhaufen neuer Streiterinnen und Streiter wirbt. Es hält — und das dünkt uns besonders wertvoll — die Massen geistig in Atem, bringt sie, mit allen Anschauungen und Einrichtungen abzureinigen, die durch Jahrhunderte geblüht sind, wirkt dadurch im höchsten Maße revolutionierend auf ihr allgemeines persönliches und soziales Bewußtsein zurück, reißt insbesondere die Proletarierinnen aus Hoffnungs- und Gedankenlosigkeit empor und wandelt sie aus geduldeten Kreuzzugsträgerinnen, die jeder sozialen Quacksalberei gläubig nachlaufen, in zielbewusste Kämpferinnen, die sich um die Sozialdemokratie scharen. Es treibt mit alledem die geistige und politische Rückständigkeit aus dem letzten und sichersten Schlafwinkel, in dem sie im Hinterhalt liegt, die kämpfende Gegenwart des Proletariats verständig, seine Zukunft — das heranwachsende Geschlecht — bedrohend: aus der Familie des werktätigen Volkes. Es zeigt sich als vorzügliches Mittel, die proletarischen Massen ohne Unterschied des Geschlechtes zu revolutionieren, zu sammeln, zu erziehen und damit über die jeweiligen Tageskämpfe und ihre Ziele hinaus die dauernde Vereinigung des Proletariats als Klasse zum Ringen für das Endziel zu fördern. Schließlich schwächt der Kampf für die politische Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechtes die Gegner der Sozialdemokratie. Er fäet Anruhe und Zersplitterung in ihre Reihen, indem er die sozialen Gegensätze zwischen Mann

und Frau der besitzenden Klassen sowie der sozialen Gegensätze zwischen den Frauen der ausbeutenden Minderheit und der ausgebeuteten Massen klar in Erscheinung treten läßt und alle politischen Parteien, alle sozialen Gruppen vor die Notwendigkeit stellt, unabweisbar Stellung dazu zu nehmen. So führt das Festhalten, das klare Betonen der grundsätzlichen Forderung sowohl in der Alltagsarbeit wie in Wahlrechtskampagnen zur Stärkung der Macht, zur Steigerung der Stohkraft der Sozialdemokratie.

Die geschichtliche Entwicklung trägt außerdem Tendenzen in ihrem Schoß, welche dem Kampf um das Frauenwahlrecht in allen Ländern eine wachsende praktische Bedeutung verleihen. Die bürgerlichen Parteien werden auf der einen Seite immer mehr zu einer Revision ihrer Anschauungen über das Frauenwahlrecht durch die bürgerliche Frauenbewegung veranlaßt, die der soziale Kampfesausbruch der steigenden äußeren und inneren Lebensnot der bürgerlichen Frauenwelt ist. Mehr noch geraten sie jedoch auf der anderen Seite ins Bedränge durch das kämpfende Proletariat, das nicht bloß die Reform der bürgerlichen Gesellschaft erstrebt, vielmehr die Überwindung der ersten und die Revolution der letzteren. Der Anblick der anjährlenden proletarischen Heerhaufen, deren bedrohliche Macht langsam, aber sicher reift, läßt ihnen das beschränkte Frauenwahlrecht als rettenden Ausweg aus der Bedrängnis erscheinen. Die Einführung des beschränkten Frauenwahlrechts erlaubt den bürgerlichen Parteien, sich fortzuschleppen zu schmeikeln, aber stockreaktionär zu handeln. Es trägt ein demokratisches Mäntelchen, hat aber eine plutokratische Seele. Es ist zwiespältiger Natur. Seinem inneren Wesen nach bedeutet es weit weniger die erste Stufe zur politischen Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechtes, als vielmehr die letzte Stufe der sozialen, der politischen Emanzipation des Weibes.

Es bringt die politische Gleichberechtigung der Besitzer von gleich großem Vermögen, bezw. von gleichen Steuerstufen. Es mißachtet das Recht der Frau als Persönlichkeit und respektiert ihre Macht als Besitzerin von Eigentum. Es verleiht der Frau nicht das Bürgerrecht, weil sie eine Frau, sondern obgleich sie eine Frau ist, nur weil sie als Weibliche auftritt. Was es daher emanzipiert, ist nicht das weibliche Geschlecht, sondern den weiblichen Geldbeutel, das weibliche Eigentum. Es läßt daher auch die breiten Massen der nichtbesitzenden Frauen nach wie vor politisch rechtlos. Das beschränkte Frauenwahlrecht wirkt in der Folge als Ruralwahlrecht der besitzenden Klassen und stört ihre politische Macht auf Kosten der Weiblichen, ohne Unterschied des Geschlechtes. Es erschwert und hindert dadurch den Kampf für die weitere Demokratisierung des Wahlrechts, für Reformen überhaupt zugunsten eben dieser Weiblichen. Und gerade dieser seiner reaktionären Wirkungen halber wird es heutzutage immer häufiger als Kampfmittel gegen das Proletariat ins Auge gefaßt.

Es versteht sich am Rande, daß die Sozialdemokratie das beschränkte Frauenwahlrecht grundsätzlich mit aller Schärfe bekämpft. Und zwar dadurch, daß sie ihm die Forderung eines Frauenrechts entgegenstellt, das in Prinzip und Praxis tatsächlich die politische Emanzipation des gesamten weiblichen Geschlechtes bedeutet: das allgemeine Frauenwahlrecht. Ob Sozialdemokraten im Parlament unter Umständen dennoch für ein beschränktes Frauenwahlrecht stimmen können, das hängt davon ab, in welchem Umfange es etwa auch proletarische Frauenmassen emanzipiert; dafür ist vor allem ausschlaggebend, ob seine Einführung den weiteren Wahlrechtskampf fördert und die sozialen Gegensätze und Konflikte zu stärkerer Entfaltung bringt. Möglich, ja gewiß, daß bürgerliche Frauenrechtlerinnen über die entsprechende Stellung der Sozialdemokratie als über „Prinzipienverrat“ zornen. Sei's drum! Nicht wir, sie verraten das Prinzip, indem sie den Anspruch der Frau als Persönlichkeit dem Recht der Ohren, Esel, Häuser, Taler und Papierscheine opfern, die bürgerliche Damen ererbt, oder viellecht auch im Schmutz einer Prostitutionsbeuge aufgehoben haben.

Der Kampf der Sozialdemokratie für das Frauenwahlrecht ist international, er muß jedoch national geführt werden, wie andere Kämpfe des Proletariats auch. Es bleibt daher eine Einsichtswahrheit, daß er nicht nach Schema F geführt werden kann, vielmehr die geschichtlichen Besonderheiten eines jeden Kampfes berücksichtigen muß. In Ländern — wie im Deutschen Reich — wo das politische Bürgerrecht der proletarischen Massen überhaupt noch schwächlich und beschränkt ist, scheint der Kampf um die allgemeine Demokratisierung des Wahlrechts als der Strom, welcher das Schifflein des Frauenwahlrechts trägt. In England und anderwärts erachten wir umgekehrt, daß der Kampf um das Frauenwahlrecht den noch unerfüllten allgemeinen proletarischen Wahlrechtsforderungen nutzbar gemacht werden sollte. In anderen Ländern und unter bestimmten Umständen kann sich wiederum der Kampf um das allgemeine Frauenwahlrecht allein als Notwendigkeit erweisen. Auf verschiedenen Straßen und in verschiedenen Etappen wird das Proletariat auch im Kampfe für das Frauenwahlrecht seinem Ziele zuzumarschieren. Was den Kampf international erzieht, das ist das Ziel selbst, das sind bestimmte grundsätzliche Richtlinien, die sich aus dem geschichtlichen Zusammenhange zwischen Frauenfrage und sozialer Frage ergeben.

Diese Richtlinien zu erörtern und festzulegen wird die vornehmste Aufgabe der internationalen Tagungen zu Stuttgart sein. Mittel und Wege zu finden, wie diesen Richtlinien entsprechend die Agitation für das Frauenwahlrecht kraftvoll betrieben werden kann, das muß Sache der Sozialdemokratie jeder Nationalität bleiben. Denn wenn irgend etwas der internationalen Schablonisierung spottet und die genaueste Beobachtung der geschichtlich verschiedenen gelagerten tatsächlichen Verhältnisse innerhalb der einzelnen Länder fordert, so sind es die Mittel und Wege der Agitation. Die deutschen Genossinnen werden der internationalen Frauenkongress eine Resolution vorlegen, welche, von den hier entwickelten Gesichtspunkten ausgehend, einige grundsätzliche Richtlinien für den Kampf um das Frauenwahlrecht aufstellt. Wir werden diese Resolution in nächster Nummer veröffentlichen. Es wird die Aufgabe der proletarischen Frauenbewegung in allen Ländern sein, den vom Internationalen Kongress gezeichneten Richtlinien entsprechend die proletarischen Frauenmassen zum Ringen für ihr Bürgerrecht zu mobilisieren und sie dauernd dem revolutionären Klassenkampf des Proletariats als Mitstreiterinnen einzugliedern, gleichzeitig aber auch als unermülich treibende Kraft im sozialdemokratischen Kampfe für die politische Emanzipation des weiblichen Geschlechtes zu wirken. Wir sind überzeugt, daß beide internationale Beratungen dazu beitragen, den Sieg des Frauenwahlrechtes und darüber hinaus den Sieg des revolutionären Proletariats über die kapitalistische Ordnung vorzubereiten.

Aus der Partei.

Zur Berichtigung zwingt uns noch folgende Auslassung der „Frank. Tagespost“ in Sachen des Preßbüreaus: „Wir können beim besten Willen kein Unglück und keine Gefährdung der Parteiinteressen darin erblicken, daß ein Entwurf zur Errichtung eines Preßbüreaus — mit dem vorliegenden sind wir übrigens keineswegs einverstanden — zuerst von den Fachmännern beraten und daß dann der Partei ein reiferer Entwurf vorgelegt wird. Vielmehr erscheint und diese Behandlung der Frage allein zweckmäßig und geeignet, den geschäftlichen Gang zu beschleunigen und zu erleichtern. Sollte es in diesen Vorverhandlungen den Gegnern des jetzt veröffentlichten Entwurfs nicht möglich sein, ihren Bedenken Geltung zu verschaffen, so hätten sie immer noch Gelegen-

heit, für ihre Ansichten vor der Entscheidung einzutreten. Das war wohl auch von vornherein so gedacht. Der Vorstand des Vereins Arbeiterpresse hat mit seinem Vorgehen den Intentionen der Redakteurkonferenz völlig entsprochen. Und es ist uns nicht begreiflich, warum die Redaktion der „Leipziger Volkszeitung“ und des „Vorwärts“ nicht damals schon, auf der Zusammenkunft in Berlin, ihre Kritik geäußert haben.

Wir stellen demgegenüber fest: Es versteht sich ganz von selbst, daß ein der Partei vorgelegener Entwurf vorher von Sachmännern durchgesehen war. Zu diesem Zweck hat sich ja gerade der Parteivorstand mit einer Reihe von Redakteuren in Verbindung gesetzt. Die Tatsache dieser Hinzuziehung von Sachmännern war dem Vorstande des Vereins Arbeiterpresse genau bekannt. Es war also hinreichende Gewähr gegeben, daß der von der Parteileitung der Partei selbst zu unterbreitende Entwurf eine geeignete Unterlage zur Diskussion bieten würde. Die Ansicht der nicht gehörten Parteiredakteure konnte in der mit dem Entwurf des Parteivorstandes sich beschäftigenden Diskussion selbst genügend zur Geltung kommen. Statt dessen eröffnete der Vorstand des Vereins Arbeiterpresse ohne Rücksicht auf die Absichten des Parteivorstandes und die für Parteifragen übliche Art der Diskussion die Besprechung eines privaten Entwurfs in den Mitteilungen des Vereins Arbeiterpresse.

Eine irrige Annahme ist es ferner, daß der Verein Arbeiterpresse mit seinem Vorgehen den Intentionen der Redakteurkonferenz völlig entsprochen habe. Die Redakteurkonferenz stimmte vielmehr dem Vorschlage des Vorsitzenden zu, dem Parteivorstande die vorbereitenden Schritte zur Schaffung eines Preßbüros zu überlassen, nachdem der Parteivorstand es für selbstverständlich erklärt hatte, daß er das Gutachten einer Anzahl Sachverständiger einholen werde.

Die Vertreter der „Leipz. Volksztg.“ und des „Vorwärts“ hatten unter diesen Umständen auch keinerlei Veranlassung, eine Kritik an Wünschen zu üben, die damals nur in sehr allgemeiner Form und obendrein keineswegs übereinstimmend geäußert worden waren. Die wichtigsten der Forderungen des Entwurfs der fünf Genossen, der in den Mitteilungen des Vereins Arbeiterpresse veröffentlicht worden ist, sind nicht in jener Redakteurkonferenz, sondern erst in dem Entwurf selbst erhoben worden.

Schwarzburg-Sondershausen.

Die am Sonntag in Großbreitenbach auf dem Thüringer Wald abgehaltene Kreisversammlung war von 29 Delegierten und vielen aus den Walddörfern herbeigekommenen Gästen besucht, so daß der Versammlungssaal so besetzt war, wie bei einer stark besuchten Versammlung.

Aus dem Bericht der Kreisleitung ist zu bemerken, daß im letzten Jahre fünf neue Vereine gegründet wurden. Die Zahl der organisierten Mitglieder stieg von 612 auf 944. Die Abonnentenziffer der „Tribüne“ stieg im Kreise von 842 auf 1083. Im Wahlkreise hat die Partei 15 Vertreter in Gemeindevertretungen. Bisher wurde die Höhe der Beitragsleistung den einzelnen Orten überlassen; so kam es, daß pro Monat 10, 15, 20 Pf. gezahlt wurden. Um die Wege zu einer allgemeinen Beitragsverteilung zu bahnen, wurde beschlossen, einen einheitlichen Beitrag von 20 Pf. pro Mitglied und Monat für das neue Geschäftsjahr festzusetzen. Als Kandidat wurde wieder Genosse Rechtsanwalt Landberg-Wagberg aufgestellt. Derselbe wurde auch als Delegierter zum Parteitag gewählt. Genosse Baudert vertritt den Kreis auf dem internationalen Kongreß in Stuttgart.

Sozialistische Gemeindevertreter. Mit dem in voriger Woche in Eppendorf errungenen Siege zählt die sozialdemokratische Partei im 12. badischen Wahlkreise zusammen 82 sozialdemokratische Bürgerausschußmitglieder und einen Gemeinderat.

Der Kongreß der Seine-Föderation.

Paris, 22. Juli. (Fig. Ver.) Die Parteiföderationen rüsten zum Parteitag, der — dem internationalen Kongreß unmittelbar vorangehend — in Nancy tagen wird. Gestern hielt die zweitstärkste Föderation, die des Seine-Departements, ihren Kongreß ab, auf dem namentlich die Gegenstände, die den Stuttgarter Kongreß beschäftigen werden, zur Besprechung kamen. Die Frage des Militarismus rief eine lange, ziemlich verworrene Debatte hervor, die mit der Annahme der bekannten Baillauntschen Resolution vom Kongreß in Limoges endete. Das Stimmenverhältnis war 212 gegen 40. Die Anhänger Herdés brachten für ihre Resolution nur 77 Stimmen auf, gegen 154 ablehnende und 20 Enthaltungen.

Zur Kolonialfrage haben die Genossen Rouane und Paul Louis im Auftrage des Nationalrats einen Bericht an den Parteitag ausgearbeitet, der die Gleichstellung der Eingeborenenarbeit mit der der Europäer fordert. Die Versammlung einigte sich auf diesen Grundsatze. Der Punkt Partei und Gewerkschaften brachte die Wiederholung der vorjährigen Diskussionen. Doch wurde das freundliche Nebeneinanderarbeiten der Partei und der Arbeitsföderation und das Zusammenarbeiten mit der Partei an manchen Orten festgestellt.

Die angenommene Resolution — es ist die von der Föderation Ober formuliert — spricht sich für die kombinierte Arbeit der Partei und der Gewerkschaften aus, wobei den Gewerkschaften der Generalstreik und der Partei die Eroberung der politischen Gewalt als Ziel angewiesen wird. Das Stimmenverhältnis war 190 gegen 69.

Der Kongreß behandelte auch die Frage der — in Frankreich ganz allgemeinen — Mitarbeit an der nicht-sozialistischen Presse. Es wurde beschlossen, es beim bisherigen Zustand zu belassen.

Genosse Grewlich als Nationalratskandidat. Im zweiten eigenständigen Wahlkreise (Hirschsee und Hirschsee Oberland) findet am nächsten Sonntag eine Erziehungswahl in den Nationalrat statt, für die Genosse Grewlich als sozialdemokratischer Parteikandidat aufgestellt worden ist. Der Wahlkreis hat fünf Vertreter, 1906 erhielt Grewlich 2054 Stimmen gegenüber den 8909 bis 9270 Stimmen, mit denen die bürgerlichen Kandidaten gewählt wurden. Seitdem hat die politische und gewerkschaftliche Bewegung in diesem Kreise erhebliche weitere Fortschritte gemacht, so daß jetzt auf einen schönen Erfolg zu rechnen ist.

„Arbetaren“, das Organ der finnischen Sozialdemokratie schwedischer Sprache, erscheint seit dem 1. Juli d. J. täglich und in vergrößertem Format sechsspaltig gedruckt. Bei dem Umstand, daß in der finnischen Hauptstadt zwei besonders große bürgerliche Tageszeitungen schwedischer Sprache sich in halber Eintracht bemühen, die Bevölkerung in politischer Blindheit zu erhalten, ist es um so mehr erfreulich, daß nun tagtäglich in derselben Sprache gründliche Aufklärung über die politischen und sozialen Verhältnisse verbreitet werden kann. „Arbetaren“ hat es bis jetzt auf 3500 Abonnenten gebracht, während das in finnischer Sprache erscheinende Hauptorgan der Sozialdemokratie „Työmies“ schon 27 000 Abonnenten zählt. Die schwedische Arbeiterschaft Finnlands wird nun ohne Zweifel eifrig bemüht sein, daß auch ihr Organ mehr und mehr Leser gewinnt. So hohe Abonnentenzahlen wie die sozialdemokratischen Organe finnischer Sprache kann ja allerdings die schwedische sozialdemokratische Presse Finnlands nicht erreichen. Spricht doch nur ungefähr ein Viertel der Bevölkerung schwedisch.

Die japanischen Sozialisten verfügen jetzt wieder über ein Wochenblatt, die „Socialist Weekly“, herausgegeben von den Genossen Katsuhama und Nishitawa. Wie lange dieses sich seines Daseins erfreuen wird, das weiß nur die japanische Polizei. Die letzte täglich erscheinende sozialdemokratische Zeitung existierte vom 15. Januar bis zum 14. April. Drei ihrer Redakteure sitzen jetzt noch im Gefängnis. Außerdem ist gegen 24 Genossen wegen politischer Vergehen Anklage erhoben, elf von ihnen sitzen in Untersuchungshaft. Trotz all dieser Verfolgungen gehen, wie das neue Parteiorgan mitteilt, die Bogen der sozialistischen Bewegung immer höher; der japanischen Regierung geht es wie einigen ihrer europäischen Vorbilder, die der sozialistischen Bewegung auch durch unaufrichtige Verfolgung die besten Dienste leisteten. Auch die Streiks werden immer zahlreicher, obwohl man gegen Streikende mit den strengsten Strafen vorgeht.

Soziales.

Aus einer Produktionsgenossenschaft.

Die Genossenschaft für Fabrikation von Arbeiterfußbekleidung in Ronneburg-Friedrichsdeide hielt am Dienstag ihre diesjährige Generalversammlung ab. Auf dieser erstattete der stellvertretende Geschäftsführer Genosse Felix Fromme folgenden interessanten Bericht über die ersten 11 Monate des verflohenen zweiten Geschäftsjahres. Bis Ende Juni sind über 78 000 P. umgesetzt worden, mit Juli können es gegen 84 000 P. sein. Das ist mehr als das Doppelte im ersten Geschäftsjahre. Man könne mit der Entwicklung immerhin zufrieden sein. Ein großer Fehler für die Genossenschaft sei der Schallerische Streik in Schmölla gewesen. Damals — im November — ist die Genossenschaft mit Aufträgen überschüttet worden. Man habe Erweiterungen vorgenommen, mit denen dann die normale Entwicklung nicht Stand hielt. Deshalb sei jetzt ein ziemlich erhebliches Warenlager vorhanden. Doch hoffe er trotzdem die schwierige Situation zu überstehen, denn nach 2 Monaten beginne die Saison wieder.

Aus Industrie und Handel.

Erntesaufichten in Preußen.

Der Stand der Saaten hat sich seit Juni in Preußen etwas gebessert. Um die Mitte Juli war der Stand der Saaten, wenn 2 gut, 3 mittel, 4 gering bedeutet: Winterweizen 3,0 (Vormonat 3,2), Sommerweizen 2,4 (2,5), Winterpelz 2,5 (2,6), Winterroggen 2,7 (2,8), Sommerroggen 2,6 (2,7), Sommergerste 2,3 (2,4), Hafer 2,3 (2,4), Erbsen 2,3 (2,5), Ackerbohnen 2,3 (2,5), Wicken 2,3 (2,5), Kartoffeln 2,5 (2,6), Futterrüben 2,5 (2,6), Wintererbsen und Rüben 3,4 (3,5), Flachs 2,5 (2,7), Klee 3,3 (3,4), Luzerne 3,0 (3,1), Kleefeldwiesen 2,7 (2,7), andere Wiesen 3,0 (3,1).

In den Bemerkungen der „Statistischen Korrespondenz“ heißt es: Die Festigkeit der mehrfachen wolkenbruchartigen, von Sturm begleiteten Regengüsse hat das Getreide in großem Umfange zum Lagern gebracht und auf manchen Feldern Windbruch verursacht. Auch hatten die Gewitter in einigen Strichen schädigenden Hagel im Gefolge; es kann jedoch nicht gesagt werden, daß die Verichte hierüber ungewöhnlich zahlreich seien. Ueber tierische Schädlinge liegen verhältnismäßig wenig Nachrichten vor, umso mehr aber über massenhaftes Auftreten von Unkraut aller Art, dessen Veseitigung durch die Rasse sehr verzögert wird. Von den Winterhalmsfrüchten hat der Weizen keine dünne Veseitigung verhältnismäßig am meisten ausgebeutet. Der Spelz und der Roggen, deren Befund schon im Vormonat nicht ungunstig war, konnten sich mit weniger Gewinn begnügen. Beim Roggen wird der dünne Stand durch kräftigen Halm und große, volle Ähren als ausgiebig erachtet. Die Erntesaufichten hätten also sowohl hinsichtlich des Kornes wie des Strohes zu den besten Hoffnungen berechtigt, wenn nicht die umfangreiche Lagerung eine Beeinträchtigung der Körnerbildung und bei dem mangelnden Sonnenschein wohl auch der Ausreifung sowie ein Auswaschen besichtigen ließe. Mit dem Nahren ist in den meisten Gebieten noch nicht begonnen worden; infolge des stürmischen Wetters mit häufig vorkommender Wirbelsturm wird das Nahren viel Arbeitston erforderlich, weil die Maschine nicht benutzt werden kann. Von der Winterung ist hauptsächlich der Weizen, weniger der Roggen mit Noß befallen.

Die Sommerhalms- und die Hälmsfrüchte haben sich zufriedenstellend weiter entwickelt; Sommerweizen und Roggen sind vielfach durch Windbruch geschädigt. Bei den Frühkartoffeln hat sich die Fäulnis weiter verbreitet, außerdem tritt in vielen Gegenden die Krauskrankheit auf. Bei Klee und Luzerne wird, nachdem der erste Schnitt zum beträchtlichen Teil nur als Dung zu verwerten war, auch beim zweiten Schnitt nicht viel erwartet. Befriedigend ist die Lage bei den Wiesen.

Zur Lage der Kleinisenindustrie.

Die Lage der Kleinisenindustrie ist in der letzten Zeit mehrfach als ziemlich unbefriedigend geschildert worden. Doch gibt es auch Bezirke und Zweige des Kleinisenwesens, in denen die Lage von ihrer bisherigen hohen Kunst noch nichts eingebüßt hat. Wie der „Arbeitsmarkt-Corr.“ schreibt, ist jetzt die gesamte Kleinisenindustrie noch gut beschäftigt, und auch für die nächsten Monate liegen meistens so viele Aufträge vor, daß mit einem Abflauen nicht gerechnet zu werden braucht. In manchen Branchen sind sogar mehr Aufträge vorhanden, als zu bewältigen sind. Eine allgemein sehr flotte Beschäftigung ist zunächst in den Feilenhauereien festzustellen. In diesem Zweig der Kleinisenindustrie mühten den Arbeitern auch schon manche Lohnausbesserungen gemacht werden. Zu einem guten Teil stammen die vorliegenden Aufträge vom Ausland. Auch die Herstellung von Spinnmaschinen, Wiegemaschinen, Weilen, Reuten und ähnlichem Handwerkszeug und Küchengebrauchsgegenständen verfügt über einen befriedigenden Auftragsbestand. Zufriedenstellend sind die Betriebe beschäftigt, in denen Schraubstöcke und Ambosse hergestellt werden. Ganz besonders günstig sind die Beschäftigungsverhältnisse noch in der Fabrikation von Nieten, Schrauben und Muttern. Das Nieten- und Muttergewerbe steht sehr viel aus dem flotten Geschäftsgang auf den Schiffswerften und in den Messerschmiedereien und der günstige Stand in der Herstellung von Schrauben ist in erster Linie eine Folge der guten Geschäftslage in den Lokomotiv- und Waggonsfabriken und den Eisenkonstruktionsbetrieben. Wie im Geschäftsbetrieb der Feilenhauereien hat sich auch in der Schraubensabrikation das Exportgeschäft gut entwickelt und es werden vom Ausland noch weitere Aufträge erwartet, außerdem wird in der Fabrikation von Schrauben mit größeren Lieferungen der deutschen Eisenbahnverwaltungen gerechnet. Ebenso muß die Beschäftigung bei der Herstellung von Schließern, Riegeln, Scharnieren und dergleichen noch als günstig angesehen werden.

Japans Handelsflotte.

Nach dem Bericht des amerikanischen Generalkonsuls in Yokohama hat in den letzten Jahren die japanische Handelsflotte in der chinesischen Küsten- und Binnenfahrts alle ihre Konkurrenten geschlagen. Trotzdem die Frachtraten kaum die Hälfte der vor dem Kriege betragen, wächst doch die Zahl der großen Schiffe beständig. Die Werften in Kobe, Nagasaki und Uraga haben für 60 000 Tonnen in Arbeit und für weitere 50 000 Tonnen Kontrakte. Ginzufommen werden demnächst noch mehrere große Dampfer der Nippon Kisen Kaisha (einer Vereinigung von Reedern, die nicht zu den drei großen Reedereien gehören), und sechs der Nippon Nusen Kaisha von je 8000 Tonnen, die in Nagasaki und Kobe gebaut werden und eine regelmäßige Fahrt nach New York über Suez unterhalten sollen.

Die Mordaffäre Hau vor dem Karlsruher Schwurgericht.

Am Dienstag früh gegen 2 Uhr besaßen, wie wir in einem Teil unserer gestrigen Ausgabe bereits melden konnten, die Geschworenen nach einständiger Beratung die dahin gerichteten Schuldfragen:

1. Ist der Rechtsanwalt Karl Hau aus Groß-Büttgen schuldig, am 6. November d. J. kurz nach 6 Uhr abends in Baden-Baden in der Kaiser Wilhelmstraße seine Schwiegermutter, die Medizinalrätswitwe Molitor vorzüglich gelüdet zu haben? Im Falle der Bejahung zu Frage 1

2. Ist der Rechtsanwalt Karl Hau schuldig, die Tötung mit Ueberlegung ausgeführt zu haben? Hau wurde darauf wegen Mordes zum Tode verurteilt.

Gegen dieses Urteil ist Revision angemeldet. In der Revisionsinstanz kam im wesentlichen nur Verlegung prozeduraler Rechtsnormen zur Sprache. Dieser Erfolg wird kaum ausbleiben, weil eine Reihe schwerer prozeduraler Verstöße vorgefallen sind. So ist, um nur einige Punkte hervorzuheben, der Antrag des Verteidigers, den eigenartigen Zeugen Lenz, den früheren Zellengenossen des Hau, dem Zeugniszwangsverfahren zu unterwerfen, abgelehnt. Ferner hatte der Vorsitzende vor Beginn des letzten Verhandlungstages eine einständige Unterbrechung mit dem Angeklagten. Weiter ist der wiederholte Antrag des Verteidigers um Schuß gegen Uebergriffe des Staatsanwaltes abgelehnt, weil der Staatsanwalt der Sitzungs-polizei des Vorsitzenden oder des Gerichts nicht unterliege. Endlich sei erwähnt, daß auch die eigenartige durch die Staatsanwaltschaft in der bürgerlichen Presse vor der Verhandlung erfolgte Verbreitung von einem angeblichen Geständnis des Hau möglicherweise einen Revisionsantrag darbietet.

Wiewohl wir nach unseren früheren Darlegungen die erfolgte Verurteilung für eine gerechte halten, wünschen wir der Revision Erfolg, weil unbedingt, auch wenn es sich nicht um einen Prozeß wegen einer mit dem Tode bedrohten Handlung dreht, die Rechtssicherheit erhöht, daß dem Angeklagten gegenüber die Vorschriften des formellen Rechts auf's peinlichste innegehalten werden. Sie enthalten die einzigen, noch dazu in Deutschland völlig ungenügenden Garantien für eine gerechte Rechtsprechung.

Der Prozeß hat in allen Stadien die völlige Inzulänglichlichkeit, ja Gemeingefährlichkeit der staatsanwaltschaftlichen Justiz als Herrin des Strafprozesses wieder einmal gezeigt. Trotz achtmaliger Voruntersuchung, die völlig in den Händen des Staatsanwaltes, beziehentlich des unter dem Namen Untersuchungsrichter als Staatsanwaltsgehilfe fungierenden Untersuchungsrichters unter Verhinderung der Verteidigung des Angeklagten in Deutschland liegt, ist von der mit so großer Machtvollkommenheit ausgestatteten Anklagebehörde nicht gründlich ermittelt, wer am Tatorte war. Einseitig ist die Spur, die auf Hau als Mörder führte, verfolgt. War auch die verfolgte Spur unserer Ueberzeugung nach die richtige, so dürfte eine objektive Unterforschung nicht unterlassen, alle Möglichkeiten mit peinlichster Sorgfalt zu erwägen und zu verfolgen. Derselbe Oberbegrifflichkeit, soweit aus der Verhandlung ein Rückschluß gestattet ist, beherrschte das gesamte Vorverfahren und wird es stets beherrschen, so lange fast unbeschränkter Herr des Ermittlungsverfahrens die Staatsanwaltschaft nebst ihren Organen ist. Der fast jeder Verteidigung im Ermittlungsverfahren beraubte Angeklagte wird — auch wenn er noch so schuldlos — durch diese vom Gesetz statuierte Einseitigkeit des Vorverfahrens zum Verdächtigen. Dieser unhaltbare Zustand kann nicht nur leicht dazu führen, Unschuldige zur Verurteilung zu bringen, sondern auch Schuldige wegen des in der Voruntersuchung ihnen zugefügten Unrechts freizusprechen. Wir erinnern an den Prozeß gegen den Major v. Bander. Im Fall Hau trat noch die Ungeheuerlichkeit hinzu, daß zum mindesten entgegen der Absicht des Strafprozeßrechts und des Preßgesetzes (§ 17) die Staatsanwaltschaft die u. u. a. ihre Werbung über ein angebliches Geständnis des Hau verbreiten ließ.

Während der Beratung des Gerichts und nach Verlesung des Urteils erhob sich in Karlsruhe unter einer vieltausendköpfigen Menge ein so starker Tumult, daß Militär zur Herstellung der Ruhe einschritt. Der Tumult ist auf das sensationelle Verhör zurückzuführen, mit dem die bürgerliche Presse den Prozeß umgeben hatte. Das johnde, lärmende, Pfeifende Publikum war daselbst, das im Takt mit Schneederendend und Taratabundisch in Jhlinder oder Balkonmühle vor dem Militär dahersolzierte und als Stimmvieh gegen die Arbeiter, gegen die Sozialdemokratie sich mißbrauchte. Diese tausenköpfige Menge bestand aus jener Sorte Zeitgenossen, die Sensationsroman, Detektivstücke und dergleichen verschlingt: je großbrühter, blöder, geistloser, nach „Uebermenschen“ stützender, um so besser. Für diese bürgerliche Sippe war der Angeklagte mit der ganzen Aufmerksamkeit, die er seinem Prozeß gab, der Held, wie er besser in dem elendesten Schandroman nicht erfunden werden konnte: ein frommer, religiös gesinnter Mann und doch ein ganz verflucht Kerl im Huren, Hurenmutter und der Sucht, Geld zu machen. Als klug schildern einige bürgerliche Zeitungen den Beurteilten. Die Verhandlungen haben weder Klugheit noch Scharfsinn an sich offenbart, wenn man nicht auf das Zeugnis einiger Leute Gewicht legt, die durch das lede Auftreten, das er in allen Lebenslagen zur Schau trug, sich um so leichter verblüffen lassen, je weniger sie ihren eigenen Fähigkeiten trauen. Der Angeklagte, ein Mann ohne irgend ein allgemeines Interesse, ohne Hakt, ohne gereifte Weltanschauung, lediglich nach äußerer Anerkennung und Verähtigung seiner tierischen Triebe strebend — ganz „Africaner“. Und doch konnte er das Interesse eines großen Teils der bürgerlichen Presse und ihrer Anhänger erregen, weil diese Sorte Fleisch von ihrem Fleisch, rücksichtslos, wenngleich beschränkter Individualist ganz im Sinne der bürgerlichen Demokratie ist.

Auf Grund von Indizien ist Hau verurteilt. Es wird in bürgerlichen Wäutern und vor allem in den sogenannten unparteiischen Zeitungen des langen und breiten erörtert, ob dem auf Grund von Indizien verurteilt werden dürfe. In 999 von 1000 Fällen wird, kann lediglich auf Grund von Indizien ein Urteil gefällt werden. Freilich muß verlangt werden, daß die Indizienreihe der Möglichkeiten und Wahrscheinlichkeiten so dicht ist, daß sie mit Sicherheit einen verurteilenden Schluß zuläßt. Ueber zehn Schuldige freisprechen, als einen Unschuldigen verurteilen. Täglich ergehen gegen Arbeiter auf Grund von „Indizien“, die in solchen Prozessen aber in Wirklichkeit meist nichts sind als Auswüchse des Wunsches zu verurteilen, ungerechte Urteile: in solchen Fällen schweigt die Hau-Presse. Im Fall Hau scheint und der volle Beweis der Schuld geführt zu sein. Diese Ueberzeugung läßt uns freilich keineswegs übersehen, daß das Verfahren auch im Fall Hau nicht nach jeder Richtung dem Gesetz entsprach. Deshalb wünschen wir der Revision des Angeklagten Erfolg, der für uns lediglich ein pathologisches Interesse und Interesse als Gradmesser für die Sozialpathologie der bürgerlichen Rechtsbeugung hat, die zu jedem ledigen Verbrecher aus ihren Reihen, mag er Hau, mag er Peters heißen, anbetend aufschauen.

Gerichts-Zeitung.

Oberschlesische Schulzshände vor Gericht.

Wegen vermeintlicher Schulfispektorenbeleidigung hatte sich gestern unser Verantwortlicher, Genosse Weber, vor der vierten Strafkammer des Landgerichts I zu verantworten. Den Vorsitz führte Landgerichtspräsident Oppermann, Vertreter der Anklage ist Staatsanwalt Hoffstedt. Die Verteidigung liegt in den Händen des Rechtsanwaltes Dr. Kurt Rosenfeld. Die Beleidigung soll in einem Artikel des „Vorwärts“ vom 5. Juli 1906 enthalten sein. In dem „Die Schule gegen die Eltern“ betitelten Artikel werden Mißstände in der Schule unter besonderer

Hervorhebung der ober-schlesischen Schulzustände besprochen. In-
kriminiert ist eine Stelle, in der von einem Schulspektor Sch.
in Königsbützel behauptet wird, daß er die Lehrer rigoros behandelte
und es ihm nur auf den äußeren Drill der Schulführer ankomme.
In der Sache sind auf Antrag der Verteidigung bereits eine
Anzahl Lehrer kommissarisch vernommen worden.

Der Vorsitzende erfuhr um Aufklärung darüber, wo der Kreis-
schulspektor gemeint sei, da in Königsbützel zwei bezugsfähige
Herren wohnen, deren Namen mit Sch. beginnt. Weber
erklärt, daß die inkriminierten Äußerungen sich auf den Schul-
inspektor Schwarze bezögen.

Vorsitzender Oppermann: Es scheint so, als ob der An-
geklagte die Weisungsanträge lediglich auf Grund der Zeugen-
ausagen bei der kommissarischen Vernehmung stellte. — Wenn
Weber weist darauf hin, daß auf Grund der bisherigen In-
formationen seines Gewährsmannes die Vernehmung einer Anzahl
Lehrer erfolgt sei. Der Verteidiger stellte mehrere neue
Weisungsanträge. Einige namhaft gemachte Zeugen sollen be-
kunden, daß der Kreisinspektor Schwarze tatsächlich die Lehrer
schlecht, wie Schulbuben behandelt hat, wegen der Reinigung der
Tintenfass, Herumliegen von Papier und seiner Ansicht nach un-
genügenden Drill in kleinlicher Weise vorgegangen ist. Die
Lehrer mühten ¼ Stunde vor Beginn des Schulunterrichts im
Schulgebäude sein und dürften ihre Klassenzimmer während des
selben nicht verlassen.

Die Verlesung der Aussage der kommissarisch ver-
nommenen Lehrerswitwe Biech wird erwidert folgendes:
Der Mann war 20 Jahre Lehrer und hat seine Aufgabe stets mit
größter Gewissenhaftigkeit und besonderer Arbeitsfreudigkeit aus-
geführt. Einige Wochen vor seinem Tode habe sie Vernehmung
an ihm gemacht und auf Befragen die Antwort erhalten: „Das
verstehst Du doch nicht.“ Erst als sie weiter auf ihn eindrang,
habe er geäußert:

„Lieber 20 Jahre bei einem anderen Schul-
inspektor als 1 Jahr bei Schwarze.“

Später habe er ihr gesagt, daß Schwarze ihn in besonders ehr-
verletzender Weise für leistungsunfähig erklärt habe. Sie habe
Herrn Reeb die Sache vorgelegt. Dieser habe ihr erklärt, daß
Schwarze doch in einer Stunde nicht die Leistungsfähigkeit
eines Lehrers beurteilen könne, das müsse er besser wissen.

Der Staatsanwalt will gegen die Vernehmung neuer
Zeugen nichts einwenden, doch müßten diese, wie auch die be-
leidigten Schulspektoren vor dem Prozeßgericht vernommen
werden. Die Vernehmung einiger Lehrerswitwen halte er für be-
langlos und bitte dieselben abzulehnen. Rechtsanwält Dr.
Rosenfeld hält die Vernehmung vor dem Prozeßgericht nicht
für erforderlich, das brauche nur die Sache auf. Aber falls
diese Vernehmungsbilliche, dann müsse er beantragen, alle, auch
die bereits kommissarisch vernommenen Zeugen vor dem Prozeß-
gericht nochmals zu vernommen.

Noch längerer Beratung verkündet der Vorsitzende den Ge-
richtsspruch: die Sache zu verurteilen und zwecks weiterer
Beweisaufnahme den Lehrer Scheibe und den Rektor Drabig
kommissarisch vernommen zu lassen. Die Vernehmung eines weiter
benannten Lehrerswitwe wird als unerheblich abgelehnt.

Zur preussischen Versammlungsfreiheit.

In der Berufungsinstanz vor dem Landgericht Lands-
berg a. d. W. wurde vor einigen Tagen gegen den Arbeiter-
sekretär Eugen Ebeling wegen Vergehens
gegen das Vereinsgesetz verhandelt. Der Sache lag folgender Tat-
bestand zugrunde. Gelegentlich der Reichstagswahl sollte zum
20. Januar in Reetz (Wahlkreis Arnswalde-Friedeberg) auf einem
Gartengrundstück eine öffentliche Wählerversammlung mit Brüdern
als Referenten abgehalten werden. Dieselbe wurde jedoch am
18. Januar mit folgender eigenartigen Begründung verboten:

Bescheid auf die Eingabe vom 17. d. M. Die Genehmigung
zur Abhaltung einer öffentlichen Wählerversammlung am Sonntag,
den 20. d. M., nachmittags 2 Uhr, in dem Garten des Eigen-
tümers Wilhelm Jander, hier selbst, wird verweigert, da durch
dieselbe eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit
und Ordnung zu befürchten ist. Der Garten befindet
sich hinter den Scheunen im freien Felde. Die Versammlung soll
am Sonntag nachmittags 2 Uhr, also zu einer Zeit, wo größere, nach
hundert zählende Menschenmengen zu erwarten sind, stattfinden. Da
hierbei von den Teilnehmern ungewisshaltig geraucht wird und,
wie gewöhnlich, an Sonntagen, dem Genuß
geistiger Getränke im Uebermaß zugelassen wird,
so liegt die Befürchtung nahe, daß hierdurch die Sicherheit
der nachfolgenden Scheunen und die Möglichkeit,
derartige Menschenmengen, welche durch den gegenwärtigen Wahl-
kampf überdies noch erregt sind, in Ordnung zu halten, gefährdet
wird und somit unter Umständen arge Ausschreitungen stattfinden
können.

Die Polizeiverwaltung. Darnitz.

Dies preussische Kulturdekret verhinderte die Abhaltung der
Versammlung, machte aber auch die Leute auf den Kandidaten auf-
merksam. In dem schließlichen Lokal, in dem Genosse Winkler zu
Mittag aß, hatten sich etwa 20-30 Personen eingefunden. Es
wurde während des Mittagessens an Genossen Winkler einige
Fragen gestellt. Als Winkler die zweite Frage beantwortete,
erschien der Gendarmeriewachmeister Kelt mit einem
anderen Gendarmen auf der Wildfläche und — löste die „Ver-
sammlung“ auf. Das Amtsgericht erließ ein gegen W.
erlassenes Strafmandat in Höhe von 20 M. für gerechtfertigt. Eine
Versammlung habe stattgefunden, da „die Personen, die im Lokal
sich zusammengefunden hatten, Sozialdemokraten waren und schon
durch ihre Parteizugehörigkeit innerlich miteinander verbunden waren
—; und von ihrem gemeinschaftlichen Kandidaten Auskunft über
politische und soziale Fragen in einem ihrer Anschauungen möglichst
entsprechendem Sinne wünschten.“ — In der Berufungsinstanz vor der
2. Strafkammer des Landgerichts zu Landsberg a. d. W. be-
klagte der Gendarmewachmeister Kelt, er habe schon auf dem Plur
des Lokals das Wort „Sozialdemokrat“ gehört. Die Verantwortung der
Fragen, deren erste die Veteranenunterstützung und die zweite,
die Herabsetzung der Altersgrenze bei der
Invaliditätsversicherung betrafen, habe mehrere Minuten
gebauert. Die Anwesenden seien so still gewesen, daß jeder die
Worte des Angeklagten hören konnte.

Zeuge Hildebrandt erklärt, es sei infolge des Verbots
eine richtige Gier bei den Wählern gewesen, den Kandidaten Winkler
zu sehen. Es sei daher nicht verwunderlich, wenn die Leute ihm
nachgingen. Hätte die Polizei die Versammlung unter freiem Himmel
nicht verboten, so wäre alles in Ruhe von statten gegangen. Im
Lokal wurden von Brüdern während des Essens Fragen ge-
stellt, die dieser beantwortete. Eine Versammlung, ein Bureau, eine
Leitung u. dgl. sei nicht vorhanden gewesen, vielmehr eine Zusammen-
kunft, wie sie täglich in einem Gasthof einer Kreisstadt stattfindet,
wenn ein Fremder zureist, den Einwohner sehen oder sprechen wollen.
Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenfeld, legt
dar, die Polizei habe durch die durchaus hinfällige Befragung des
Verbots, die die Wählerhaft von Reetz, von der übrigens 892 für
den Antisemitismus und 92 für den Sozialdemokraten gestimmt hatten,
als Kauf- und Trunkensolde hinstelle, den Anlaß zu der Befragung
des Angeklagten gegeben. Die Annahme des Schöffengerichts, die im
Lokal Anwesenden wären alles Sozialdemokraten und darum sei der
Besitz „Versammlung“ konstatirt, entbehre jeden Beweises und sei

unerheblich. Er beantragte nach längeren juristischen Ausführungen
die Freisprechung.

Das Gericht verwarf die Berufung, setzte jedoch die Strafe
von 20 Mark auf 5 Mark herab.

In dem schriftlichen Urteil heißt es wörtlich:

„Zwar ist es fraglich, ob in diesem Tatbestand eine Ueber-
tretung der §§ 1 und 12 zu erklaren sei. — Zum Tatbestand der
in § 12 mit Strafe bedrohten Zuwiderhandlung gehört, daß An-
geklagter 1. in einer Versammlung, in der 2. öffentliche An-
gelegenheiten erörtert, 3. ohne der Polizeibehörde Kenntnis ge-
geben zu haben, 4. als Redner aufgetreten sei. — Versammlung
ist eine gewisse, nicht allzu klein an Zahl bemessene, äußerlich
irgendwie vereinigte Personenmehrheit, deren innere Vereinigung auf
gemeinsamen bewußten Zwecken und Zielen, also auf gemeinsamem
Willen beruht. Eine Organisation ist für den Begriff der „Ver-
sammlung“ nicht erforderlich. Die bei Schließ anwesende Menschen-
vereinigung besaß die erforderlichen Voraussetzungen, denn sie
bildete nicht eine formlose, unverbundene Menschenvereinigung.
Sie waren indessen nicht nur äußerlich, sondern auch innerlich
durch den gemeinsamen Zweck, sich von Brüdern zur Belehrung
Auskunft über politische und soziale Fragen geben zu lassen, ver-
einigt. Die Versammlung ist darum zum Zweck der Erörterung
öffentlicher, die Gesamtheit des Gemeinwesens und das
gesamte öffentliche Interesse berührender Angelegenheiten
unternommen worden. Brüdern ist als Redner auf-
getreten, indem er auf zwei an ihn in kurzer Aufeinander-
folge gestellte Fragen antwortete, die einige Minuten Zeit
beanspruchten. Schon die Person tritt als Redner auf, die aus
einer Zeitung oder Flugblatt etwas vorkliest. Es braucht dabei
keine eigene Ansicht geäußert werden. Brüdern hat zwar nicht
gefragt, daß irgend jemand die Personen nach dem Lokal
verwiesen haben kann, doch ist das Vorhandensein eines Vorsages
für die Strafbarkeit einer Handlung nicht erforderlich. Der An-
geklagte hat äußerst fahrlässig gehandelt, er mußte sich erkundigen,
ob die Versammlung der Polizei gemeldet sei. . . .“

Eine Strafe von 20 M. ist allerdings zu hoch. Straf-
mildernd kommt noch in Betracht, daß die Uebertretung eine gering-
fügige ist, die durch die begleitenden Umstände im milderen Lichte
erscheint, es ist demnach eine Strafe von 5 M. als eine aus-
reichende Sühne zu betrachten.“

Daß dies Urteil die Existenz einer „Versammlung“ überzeugend
darlegt, wird sich nicht behaupten lassen. Es ist gegen dieses Urteil
Revision eingelegt, um zu erfahren, ob in der Tat die Vereins-
freiheit in Preußen so eingegrenzt ist, daß jemand sich schon dann
strafbar macht, wenn er auf Fragen über Veteranenbeihilfe und
Invalidenversicherung beim Mittagessen in Gegenwart mehrerer Aus-
kunft gibt, ohne der um die Ruhe, Ordnung und Sicherheit be-
sorgten Polizei 24 Stunden vorher Kenntnis davon zu geben.

§ 153 der Gewerbeordnung.

zu wie leicht — er Weise die öffentliche Anklagebehörde eine
Anklage erhebt, sobald es sich nur um einen noch so fernstehenden
Verdacht handelt, daß ein Streikbrecher scheinbar angehen sei, zeigte
eine gestern vor dem Königsbützel Schöffengericht verhandelte Anklage
gegen den Maler Georg Ebeling wegen Verleumdung. Verstoß gegen
§ 153 Gewerbeordnung und versuchter Falschmeldung (§ 240 Strafgesetzbuch).
Diese familiären Frevel sollen durch folgenden Satz
verbrochen sein, die der Angeklagte am 28. Februar d. J. dem Maler
Hermann Königsbützel auf einem Reubau in der Hermannstraße
zugerufen haben soll: „Du Streikbrecher, wenn Du der Organi-
sation nicht beitreist, kriegst Du ein paar in die Schnauze.“

Durch die Beweisaufnahme wurde festgestellt, daß Königsbützel
am 26. Februar noch Mitglied der Organisation war, und daß er
nach dem zur Anklage stehenden Vorfall wieder aus dem Verbande
ausgetreten ist. Infolgedessen macht der Vorsitzende (Amidgerichts-
rat Ruhrow) darauf auf die Unwahrscheinlichkeit aufmerksam, daß
die inkriminierte Äußerung so gelaunt haben kann, wie zur An-
klage steht. Auf mehrfachen Fragen muß Königsbützel seine Aus-
sage schließlich dahin einschränken, daß Ebeling ihm gedroht habe,
ein paar in die Schnauze zu hauen, er hätte dann noch etwas leise
vor sich hin gesprochen, so ähnlich wie Streikbrecher, er wisse es aber
nicht ganz genau. Er hätte den Vorfall dann sofort dem Maler-
polier Pietragewski gemeldet, der Ebelings Entlassung und
Königsbützels Anzeige gegen Ebeling veranlaßt hat. Der An-
walt ließ hierauf die Anklage aus § 240 Strafgesetzbuch und
§ 153 Gewerbeordnung fallen und beantragte wegen der Verleidi-
gung, die in der nicht ausgeführten Drohung „Du kriegst ein paar
in die Schnauze“ liegt, die geringste Strafe von 3 M. Das Gericht
erhob diesen Antrag zum Urteil.

Es kann auf sich beruhen bleiben, ob es nicht der Sachlage
mehr entsprechen hätte, wegen der Unlauterkeit des Zeugen
auf volle Freisprechung zu erkennen. Jedenfalls hätte es der Rechts-
pflege nicht geschadet, wenn den Staatsanwalt die Bedenken gegen
den nun fallen gelassenen Teil der Anklage von Erhebung einer
Anklage abgehalten hätten. „Schnauze“ allein, ohne ausdrückliche
Bezugnahme darauf, daß sie einem „Streikbrecher“ gehört, hätte
Strafverfolgung „im öffentlichen Interesse“ wegen Verleumdung
schwerlich zur Folge gehabt.

Kantionschwindler.

Die Geheimnisse eines landwirtschaftlichen Lehrinstituts*
beschäftigten gestern die dritte Ferienstrafkammer des Landgerichts III
in Moabit. Der frühere Landwirt Timm aus der Soldner-
straße hatte sich wegen Unterschlagung und Kantions-
schwindelverbrechen zu verantworten. Der Angeklagte, der in der
Soldnerstraße eine bescheidene Wohnung innehatte, führte
längere Zeit eine Versicherungsagentur, als das Geschäft
aber nicht mehr gehen wollte, suchte er sich auf andere
Weise Geld zu verschaffen. Er ermannte sich zu diesem Zwecke
selbst zum Direktor eines landwirtschaftlichen
Kommissionsgeschäfts verbunden mit General-
agentur* und mietete ein Bureau in der Meindorferstraße,
obwohl er ohne jede Vorkenntnisse war. Nun suchte er durch Inzerte
einen Geschäftsführer, der monatlich 150 M. Gehalt beziehen sollte,
aber 900 M. Kautions stellen mußte. Wald fand sich auch ein
Gewerber in der Person des Kaufmanns Appel. Dieser ließ
sich durch die großartigen Versprechungen des Angeklagten
der mit den neun Inspektoren seines Betriebes renommierte,
zur Herabgabe der Kautions bestimmen, die angeblich auf
der Kommerz-Bank sichergestellt werden sollte. Etwas er-
nähter wurde der neue Geschäftsführer freilich bei der Festsetzung
des Bureau; die ganze Einrichtung bestand aus einem Tisch und
zwei Stühlen. Geschäfte wurden nicht gemacht, Timm lebte von der
Kautions des Appel. Das Bureau mußte schon nach einem Monat
aufgegeben werden, weil die Miete nicht bezahlt wurde. Als Appel
Gehalt forderte, erbot sich Timm, Appels Uhr, Ring und Ueberzieher
zu versetzen. Die Pfandscheine verkaufte er wieder, um Geld zu
bekommen, Appel bekam aber nichts davon zu sehen. Als er nun
auf Herausgabe der Kautions drängte, erklärte ihm Timm, er werde
jezt ein landwirtschaftliches Lehrinstitut* gründen und Appel
als Teilhaber aufnehmen. Damit war K. einverstanden, und
Timm inserierte nun wieder nach einem Geschäftsführer für sein
Lehrinstitut. Diesmal verlangte er aber 2000 M. Geschäftseinlage.
Dem landwirtschaftlichen Beamten Arnulf, der sich um die
Stellung bewarb, spiegelte Timm in mehreren Briefen
vor, das Institut verläge über ausreichendes Betriebskapital und
sehr Timms Privatvermögen sei so groß, daß die Einlage durchaus
sicherzustellen sei. Arnulf gab seine letzten Ersparnisse her. In der
Kaffeehofstraße wurden Räume für das Institut gemietet; bald stellte
sich aber die Unrichtigkeit der Timmschen Angaben heraus, auch
die angeblich bereits vorhandenen Schätze des Instituts waren

nicht zu ermitteln. Als schließlich auch für die Wohnung
in der Kaffeehofstraße die Miete nicht bezahlt wurde,
nahmen Appel und Arnulf die Sache zur Ueberzeugung, daß sie
ihre Geld geprellt seien, sie erstatteten Anzeige gegen Timm.
In der gestrigen Verhandlung mußte Timm zugeben, daß er die
2000 Mark des Appel und die Hälfte der 2000 Mark des Arnulf für
sich verbraucht habe. Er suchte sich damit herauszureden, die Ge-
rellten hätten sich mit dieser Verwendung ihrer Einlagen einverstanden erklärt.
Seine Angaben wurden aber durch die Beweisaufnahme widerlegt.
Der Staatsanwalt beantragte eine Gesamtstrafe von sechs
Monaten Gefängnis. Das Gericht ging mit Rücksicht
auf die Gemeingefährlichkeit damaliger Schwindeln über das be-
antragte Strafmaß hinaus und erkannte für die beiden Betrugsfälle
und die Unterschlagung der Pfandscheine auf ein Jahr Ge-
fängnis. Der Verurteilte wurde wegen Fluchtverdachts sofort
verhaftet.

Wenn Sozialdemokraten sich nicht gutwillig niederlassen lassen, werden sie bestraft.

Am 9. Juni berichteten wir über eine Gerichtsverhandlung vor
dem Schöffengericht in Königsbützel vor dem Landgericht a. d. W.,
die mit der Verurteilung des Genossen Salefsche aus Strig zu
zwei Monaten Gefängnis und 40 M. Geldstrafe
wegen Körperverletzung mit einem gefährlichen Werkzeug und Ueber-
tretung des Feld- und Forstpolizeigesetzes vom 1. Mai 1880 und
seines jüngeren Begleiters zu 28 M. Geldstrafe in erster Instanz
endete. Die Verurteilten waren bei einer im Januar vorgenom-
menen Wahlplakatverbreitung von dem Gutsbesitzer Schulte mit Nieder-
reiten bedroht. Während der Jüngere dem Versuch des Pferdes
und des Reiters, auf ihn einzubringen, durch die Flucht zuvorkam,
hatte Salefsche Pferd und Reiter durch ein paar Stöße von sich ab-
gehalten. Das Schöffengericht hatte aus dem Schmerzen, die
der Gutsbesitzer empfunden hatte, gefolgert, der zur An-
wendung gebrachte Stod sei ein Stahlstod. Am Sonn-
abend wurde die Sache in der Berufungsinstanz, der
Strafkammer in Ruppin, verhandelt. Der nur zu Geld-
strafe Verurteilte hatte seine Berufung zurückgezogen. Er war als
Zeuge geladen, leider aber nicht erschienen, so daß das Gericht
lediglich auf die Aussage des Gutsbesitzers Schulte an-
gewiesen war. Dieser sagte aus, er habe sich über die Flugblatt-
verbreitung auf seinem Gute geärgert. Als er bemerkte, daß beide
Angeklagte einen seiner Privatpferde betreten, habe er sich auf Pferd
gesetzt und sei ihnen, hinter Bäumen versteckt, gefolgt. Als er die
beiden dann gefiel, habe er ihnen drohend zugerufen: „Ich
brauche Gewalt.“ — „Und wenn es meines und des Pferdes Stoff
kostet“ usw. Der Angeklagte Salefsche habe jedesmal, wenn er auf ihn
eintritt, dem Pferd über die Nase geschlagen, bis das
Tier nicht mehr auf ihn losging. Dann sei er abgestiegen und da
habe Salefsche auf ihn losgeprügelt. Er sei dann wieder zu
Pferde gestiegen und habe die Angeklagten auf dem Felde umher
gejagt, bis sie matt waren. Auf Befragen des Vor-
sitzenden, warum er dies getan habe, erklärte er:

„Ich konnte mich doch nicht klammern!“

Der Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenfeld ver-
langte die Freisprechung, da der Zeuge Schulte zweifellos
die ganze Sache provoziert, durch seine Drohung und das Anreiten
auf Salefsche denselben in Lebensgefahr gebracht habe. Salefsche
habe also in Notwehr gehandelt.

Das Gericht nahm entgegen der Ansicht des Gutsbesitzers
und der ersten Instanz an, der Angeklagte habe nicht mit einem
Stahl-, sondern mit einem Weichholzfloß geschlagen. Es
liege also einfache Körperverletzung vor. Notwehr habe aber nicht
vorgelegen. Die Strafe gegen Salefsche wurde auf 6 Wochen
Gefängnis und 40 M. Geldstrafe herabgesetzt.

Aus der Frauenbewegung.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Berein für die Interessen der Hausangestellten. Vereinsversammlung
am Donnerstag, 25. Juli, abends 8 1/2 Uhr bei Parre-Märck,
Steghlystraße 35. Vortrag von Frä. Annelie Krubi über:
Krankenversicherung.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der kaiserlichen
Statistik-Abteilung. (Großhandel.) Weizen 1a 70-72 pr. 100 Wd.,
11a 64-69, 11a 69-70, Weizen 1a 65-70, 11a 55-64, Rogg, feil
52-60, do. mager 40-50, Dinkel 44-56, Vullen, 400, do. feil
0,00, Staßfleisch, Doppelfender 100-120, Rastfuder Ia 73-82, 11a
64-72, Silber ger. gen. 45-57, do. feil 0,00, Wän. 0,00, Sammel-
fleisch 100 Wd. 74-75, Hammel Ia 60-73, 11a 62-68, Schafe
0,45-0,60, Schweinefleisch 68-64, Rehbock Ia per Pfund 0,65-0,80, 11a
0,45-0,60, Rothsch, Wd. 0,50-0,64, Dammid, Wd. 0,65-0,80,
Wd. 0,90-0,44, Brilglinge 0,45, Kaninchen per Stück 0,00,
Wildenten per Stück 0,55-1,40, Kridenten per Stück 0,50-0,70, Gähner,
alte, per Stück 1,00-2,20, 11a 1,40, do. junge 0,60-0,70,
Lauden 0,95, Italienische 0,90, Enten per Stück 1,50 bis 2,25,
do. Hamburger per Stück 2,90, Gänse per Pfund 0,64-0,66, do.
per Stück 0,60, do. Hamburger per Pf. 0,70, per Stück 0,60, do.
Ueberbruger per Pf. 0,10, Poulets per Stück 0,40-1,12, Gänsehäcker
0,00, Geste per 100 Pfund 118-125, matt 0,00, dito mittel und
groß 0,00, Gänse 0,00, Gänse, groß 0,00, mittel 0,00, do. feil 0,00,
do. 100-110, Kalk, groß 95-100, do. klein und mittel 85, mittel
95, do. unsortiert 78-95, do. groß-mittel 0,00, Wd. 0,00, matt 0,00,
Rabbon 78, Karpfen, groß 78-93, Heie 0,00, matt 0,00, Hams Röhre
0,00, Barle 0,00, Karaninen 0,00, do. klein 80, Weische 0,00, Weis 0,00,
0,00, Quappen 0,00, Amerikanischer Lachs Ia neuer, per 100 Pf. 110-120,
do. 11a neuer 90-100, do. 11a 60, Seezachs, neuer 10-20,
Blaubern, Aelster, Stiege Ia 3-6, mittel der Röhre 1-2, Gams, Stiege 4-6,
halbe Röhre 2-3, pomm. Ia Schod 4-8, 11a 0,50-2,50, Büdlinge, Aelster
per Pf. 2-3, Stalk, 3,50-5,00, Berni 0,00, Kalk, groß per Pf. 1,10
bis 1,40, mittelgroß 0,80-1,10, klein 0,50-0,80, Deringe per Schod 5-9,
Schellfisch Röhre 3,00-5,00, 1/2, Röhre 1,50-2, Sardellen, 100er per Unter
98, 190er 98, 190er 98, 190er 90-95, Schellfische Bolleringe
1905 0,00, largo 40-44, fall 38-40, med. 36-42, deutsche 37-44,
Deringe, neue Röhre per 1/2, 1/2, 50-120, —, Sardinen, russ., Pf. 1,50-1,60,
Branteringe Pf. 1,20-1,40, do. Röhre (4 Liter) 1,40-1,70,
Kumangen, Schod 11, do. kleine 5-6, do. Röhre 14, Eier,
Ramb, unsortiert per Schod 3,25-3,40, do. große 4,00, Krebse per
Schod 6,00, do. mittelgroße 7,50-18, do. kleine 3,00, do. un-
sortiert 8,00, do. Waller groß und mittel 2-3, do. unj. 2-3, Butter
per 100 Pf. Ia 100-110, 11a 103-108, 11a 100-102, abblende 90-95,
Saure Gurken, neue Schod 4,00-5,00, Westergurken 4,50, Kartoffeln
per 100 Pf. weiche runde 2,75-3,50, flache 3,50-4,25, Rollen 2,25
bis 3,00, Bierer 3,25-4,00, Herbst 3,00-4,00, Porree, Schod 0,50-1,00,
Neerweilch, Schod 3-12, Spinat per 100 Pfund 25-30, Sellerie,
hiesige, per Schod 2,00-3,00, Zwiebeln per 100 Pf. 6,00-7,00,
do. kleine 0,00, do. hiesige (Reil.) 0,00, Charoloten 0,00, Petersilie, grün,
Schod 0,75-1,00, Radrast Schod 0,75-1,25, Rettig, hiesig, neue
Stück 0,07-0,10, do. hiesig, Schod 3-4, Röschen, Schod 1,00 bis
2,00, Karotten, hiesige, Schod 2,00-3,00, Birkapfel per Schod 6,00
bis 10,00, Rastf. Schod 10-12, Weizöl 6-10, Blumenkohl, Hittner
100 Stück 16-17, do. Hamburger 100 Stück 10-12, do. Erbacher 100 Stück
20-25, Kohlsträben, Schod 5,00-6,00, Pfefferwurzel, Schod 4,50-6,00,
Schoten per 100 Pfund 8-12, Pfefferlinge per 100 Pf. 8-12,
Etelnpilze per 100 Pfund 15-25, Radische per Schod 0,75 bis 1,00,
Salat per Schod 1,00-1,50, Gurken, Birscher, Schod 3,00-3,50, Bohnen,
grüne, 100 Pf. 12-15, Stachelbeeren, per 100 Pfund 8-12, Erdbeeren,
hiesige 100 Pf. 30-35, do. Walderdbeeren 50-100, do. Hamburger 30
bis 40, do. Holländer 28-32, Himbeeren 100 Pfund 30-32, Blaue-
beeren, 100 Pf. 9-12, Johannisbeeren, 100 Pf. 7-10, Kirchen,
per 100 Pfund Schellfische 5-20, Werbische 10-15, do. Glas, 12-18,
do. Thyringer 6-15, Ratten 18-35, Lauere 15-24, Kämer, Ital., 100 Pfund
13-22, Kästlerer 25-27, Würsche, per 100 Pfund 35-55, Wirsfofen,
Ital., per 100 Pfund 20-28, franz. 24-32, ungar. 0,00, Kefel, Ital.,
per 100 Pfund 14-22, Pfannen, Ital., per 100 Pfund 14-20, Zitronen,
Ressina, 300 Stück 0,00-18,00, do. 300 Stück 8,00-11,00, do. 200 Stück
6,00-12,00, Bananen, gelb, 100 Pf. 22-25.

Arbeiter, Parteigenossen Berlins!
Seht die Wählerlisten ein! Wer nicht in der Liste steht, darf nicht wählen!

Partei-Angelegenheiten.

Spandau. Zu der am Sonntag, den 28. Juli, stattfindenden Dampferpartie bitten wir die Parteigenossen, sich rechtzeitig mit Billetts zu versorgen.

Berliner Nachrichten.

Zur Behandlung der Prostitution in Berlin.

Ueber die Zahl der unter sittenpolizeilicher Kontrolle stehenden Mädchen bringen die Mitteilungen des Statistischen Amtes der Stadt Berlin (Nr. 1) folgende Uebersicht:

Table with 2 columns: 1904, 1905. Rows include: Unter sittenpolizeilicher Kontrolle standen am Jahresanfang, Im Laufe des Jahres kamen hinzu, Es gingen ab wegen: Eintritt in ein Dienst- oder Arbeitsverhältnis, Verheiratung, Fortzug von Berlin, Schwangerschaft oder Krankheit, Verbüßung längerer Freiheitsstrafen, Verstorben sind, Abgang überhaupt.

Danach wäre ein kleiner Rückgang der unter Polizeikontrolle gestellten Prostituierten zu verzeichnen, was freilich noch keinen Beweis für einen Rückgang der Prostitution überhaupt bedeutet, da sich bekanntlich der größte Teil der käuflichen Liebe der polizeilichen Kontrolle gänzlich entzieht.

Auch die Beurteilungen wegen Verstöße gegen die Sittenpolizeivorschriften zeigen einen Rückgang. Im Jahre 1905 kamen insgesamt 6903 Verurteilungen vor, gegen 9803 im Vorjahr. Die durchschnittliche Zahl der Verurteilungen ging von 26,8 auf 19,0 Fälle pro Tag zurück. In diesem Rückgang der Verurteilungsfälle bemerkt der Bericht: „Vielleicht handelt es sich mehr um einen Unterschied des Verfahrens als um Veränderungen tatsächlicher Natur.“

Worin dieser Unterschied des Verfahrens zu suchen ist, deutet der Umstand an, daß die Verminderung der Verurteilungsfälle sich in der Hauptsache auf die „heimliche Prostitution“ bezieht. Sollte darin ein Anzeichen dafür zu erblicken sein, daß man an leitender Stelle der Berliner Polizei einzusehen beginnt, daß das System der polizeilichen Auskundschaften und Einregistrierung der käuflichen Liebe verfehlt ist?

Neue Straßennamen. Eine ganze Reihe neuer Straßen haben jetzt Namen erhalten. U. a. die verlängerte Vorfußstraße, eine Querstraße der Müllerstraße. Sie erhielten den Namen: „Transvaalstraße“ und die verlängerte Utrechterstraße den Namen: „Ostenderstraße“.

Ein tödlicher Straßenbahnunfall

Ereignete sich Montagabend gegen 10 Uhr in der Müllerstraße vor dem Domkirchhof. Der Schlosser Georg Hoh, Lohndr. 13 wohnhaft, fuhr auf einem Zweirade, von Tegel kommend, die Müllerstraße entlang und überholte am Domkirchhof eine ebenfalls auf einem Zweirade fahrende Dame.

komplizierten Bruch des rechten Unterschenkels erlitt. Der Verunglückte wurde nach dem Krankenhause in Wilhelmshagen gebracht.

Ein Radentrad ist in dem Stadtteil Roabit eingetreten. In den Straßen auf dem ehemaligen Vorjischen Terrain und dem neuen Viertel an der Spree sind fast sämtliche Häuser mit Läden versehen, deren Vermietung zum großen Teil erhebliche Schwierigkeiten bereitet.

Im Streit erschlagen. Bei einem Streit ist am 21. Juli, nachmittags zwischen 4 und 6 Uhr zu Charlottenburg der am 6. Juli 1889 zu Berlin geborene, Waidstraße 12 wohnhafte Kutcher Kurt Salein so schwer verletzt worden, daß er bald darauf im Krankenhaus Bestand an den schweren Kopfverletzungen verlor.

Zwei junge Mädchen im Schiffahrtskanal ertrunken. Zur gleichen Zeit und fast an derselben Stelle haben sich vorgestern Abend zwei lebensmüde junge Mädchen im Schiffahrtskanal ertränkt. Am Lühov-Ufer zwischen der Cornelius- und Lichtensteinbrücke sprangen sie beide in den Kanal und ertranken.

Ein unbekannter Geisteskranker ist vor einigen Tagen in der Reindendorfer Straße in Reindendorf aufgegriffen worden. Der etwa 30jährige Mann ist circa 1,70 Meter groß, untersehter Statur, hat keine, eingedrückte Nase, dunkle Augen, schwarzes Haar und Anflug von Schnurbart.

Im Tiergarten erschossen hat sich vorgestern Abend der 24jährige Maschinenbauer Karl Joste aus der Müllerstraße 157.

Ein bedauernder Unfall ereignete sich vorgestern in der Werkstatt der Großen Berliner Straßenbahn, Uferstraße. Es sind dort die von außerhalb kommenden oberen Wagenkasten auf Böden und Binden aufgestellt, und der Schlosser Paul Rabel war damit beschäftigt, die Untergestelle daran zu bauen.

Ruß die Art und Weise der mangelhaften Absperrung für Arbeitsplätze schon zu schärfster Kritik herausfordern, so kann man den weiteren Verlauf der Angelegenheit nur als ungeheuerlich, geradezu scandalös bezeichnen.

Die „Große Berliner“, die in dem von ihr begünstigten „Ascher-Verein“ und von den sonstigen Getreuen ihre Wohlfahrts-Einrichtungen und ihre Arbeiterfürsorge bis über den grünen Klee loben läßt, hat in einem Betriebe, in dem 400 Mann beschäftigt sind, nicht einmal Einrichtungen, einem Schwerverletzten in kurzer Zeit ärztliche Hilfe zuteil werden zu lassen und für schnellste Ueberführung nach einem Krankenhaus Sorge zu tragen.

Ein heftiger Zusammenstoß eines Straßenbahnwagens mit einem Lastwagen der Möbelabrik Grojchus in der Landsbergerstraße fand vorgestern Abend in der Großen Frankfurterstraße statt. Der aus der Weberstraße kommende Lastwagen fuhr gegen die Seitenwand des Motorwagens Nr. 1899 der Linie 68 (Richtow-Krankenhaus-Friedrichsfelde) mit solcher Gewalt, daß die Seitenwand eingedrückt und die Fenster Scheiben zertrümmert wurden.

Im Café erschossen.

Eine schwere Missetat rief in der vergangenen Nacht Unter den Linden ungeheures Aufsehen hervor. Im Café Westminster, Unter den Linden 16/17, wurde die 21jährige Prostituierte Anna Pade aus der Wilmannsstr. 37 von dem 24 Jahre alten Schlächtergesellen Heinrich Hoffmann, Linienstraße wohnhaft, erschossen.

Ueber den Vorgang werden folgende Einzelheiten gemeldet: Montagabend kurz nach 10 Uhr erschien in dem Café Westminster ein Paar, das sich in der Nähe des Eingangs an einem Tisch niederließ und sich Bier bestellte. Es waren der Schlächtergeselle

Heinrich Hoffmann und die Prostituierte Anna Pade. Anfangs unterhielten sich die beiden mit ruhiger Stimme und es achtete infolgedessen niemand der anwesenden Gäste auf die beiden. Bald wurde man jedoch auf das Paar aufmerksam. Es war ein Streit zwischen den beiden ausgebrochen und der Wortwechsel, der nun entstand, wurde von Minute zu Minute erregter. Besonders bestand sich H. in einem Zustande ungeheurer Aufregung. Die Gäste an den Nebentischen wurden durch den Streit der beiden derartig belästigt, daß sie sich schließlich Ruhe ausbaten. Aber hierum kümmerte sich das Pärchen nicht. Die Auseinandersetzungen dauerten fort und plötzlich krachte ein Schuß. H. hatte auf seine Begleiterin aus einer Brommingspistole eine Kugel abgefeuert. Das Geschloß drang in die Brust und traf das Herz. Gleich darauf feuerte H. noch eine zweite Kugel auf das junge Mädchen ab. Auch dieses Geschloß traf die Brust. Verlos brach die P. zusammen. Mehrere Gäste stürzten sich jetzt über den Täter her und versuchten ihm die Waffe zu entreißen. H. setzte sich jedoch energisch zur Wehr und verjagte nun, sich selbst durch einen wohlgezielten Schuß zu entleiben. Hieran wurde er jedoch durch das andrängende Publikum gehindert. Während richtete der Revolverheld hierauf die Waffe gegen die Masse. Zwei Schüsse gab er ab, doch glücklicherweise verfehlten sie beide ihr Ziel, sie durchbohrten die Wand. Der Gäste hatte sich natürlich eine ungeheure Aufregung bemächtigt. Hinguspringende Kellner schlugen dem Täter die Waffe aus der Hand und, unterstützt durch mehrere Gäste gelang es bald, den H. zu überwältigen. Inzwischen waren einige Polizeibeamte erschienen, die den Hebeltäter festnahmen und ihn nach der Polizeiwache in der Mittelstraße transportierten. Eine gewaltige Menschenmasse folgte dem Transport nach der Wache. Da man glaubte, daß die P., die in ihrem Blute schwamm, noch zu retten sei, so rief man schleunigst von der Rettungswache in der Nauenerstraße einen Arzt hinzu. Dieser konnte aber nur noch den Tod feststellen. Preislos war die P. schon durch den ersten Revolver-schuß getötet worden. Die Leiche wurde polizeilich mit Beschlus belegt und zur Obduktion nach dem Schauhaufe gebracht. Bei seiner Vernehmung auf dem Polizeirevier behauptete H., er habe die P. in der Erregung erschossen. Er habe sie vorher gar nicht gekannt und sei ihr erst am demselben Abend begegnet und mit ihr nach dem Café Westminster gegangen. Er habe weiter keine Veranlassung gehabt, das junge Mädchen zu töten. Stets habe er einen Revolver bei sich getragen und dieser Umstand sei ihm jetzt zum Verhängnis geworden. Würde er seine Waffe bei sich gehabt haben, so wäre überhaupt nichts passiert. Demgegenüber wird jedoch angegeben, daß H. mit der P. schon länger verkehrt habe und daß sich die Letztere von ihm abwenden wollte. Jedenfalls aus Verger hierüber hat H. sein Opfer niedergeböhlet. Die Erschossene besuchte öfter das erwähnte Café und auch H. soll dort schon wiederholt von anderen Gästen gesehen worden sein. Es ist demnach also anzunehmen, daß sich die beiden schon vorher gekannt haben. Noch in der Nacht wurde H. nach dem königlichen Polizeipräsidium übergeführt. Es wird gegen ihn die Anklage wegen Mordes erhoben werden. Wie durch einen Zauber befundet wird, hat er den H. und die P. am Sonntagabend beobachtet, als sie gemeinsam die Friedrichstraße hinuntergingen. Die Behauptung des Täters, daß er sein Opfer erst vorgestern Abend kennen gelernt habe, wird also dadurch widerlegt.

Ueber den Täter, den Schlächter Hoffmann, wird berichtet, daß er erst kürzlich als Gefreiter aus Südafrika zurückgekehrt ist. Hoffmann lernte die Pade in der Wilmannsstraße kennen, wo sie seit einigen Monaten unangemeldet in einem Altbauquartier logierte. Von dort hat sie sich dem ihr lästigen gewordenen Liebhaber zu entziehen gesucht, indem sie nach der Luisenstraße verzog, wo sie ebenfalls unangemeldet wohnte. Vorgestern Abend erwartete er sie am Café Stern am Oranienburger Tor und überredete sie, nach dem Café Westminster zu kommen, wo er sie nach wenigen Worten mit einer Brommingspistole mitten durch das Herz schoß.

Ein folgenschwerer Zusammenstoß zwischen einem Straßenbahnzug und einem Gidwagen fand vorgestern nachmittags in der Reindendorferstraße statt. Die 39jährige Eisbänkerin Maria Giesing aus der Müllerstraße 59 war gemeinsam mit ihrem Kutcher, dem 41 Jahre alten Karl Peitsch, Liebenwalderstraße 41 wohnhaft nach der Reindendorferstraße gefahren, um bei einem dortigen Schlächtermeister einen größeren Posten Eis abzuliefern.

Als das Gefährt quer über die Straße fahrend den Hof des Schlächtereigenums erreichte, wurde es von einem herankommenden Straßenbahnzug erfasst und mit solcher Gewalt zur Seite geschleudert, daß Kutcher und Besizerin in weitem Bogen auf die Straße geworfen wurden. Frau G. blieb bewußtlos liegen. Sie hatte am ganzen Körper und im Gesicht schwere Verletzungen erlitten. Auch der Kutcher war am Kopf schwer verletzt worden. Der Bedauerndwert war mit dem Hinterkopf auf das Straßenpflaster aufgeschlagen. Die beiden Verunglückten wurden nach der Infallstation in der Lindowstraße gebracht, wo sie die ersten Notverbände erhielten.

Beim Sommerfest des 5. Kreises im „Schweizergarten“ ist ein Schirm gefunden worden, welcher im Berliner Verbandsbureau, Lindenstraße 69, abgeholt werden kann.

Beim Sommerfest des 6. Kreises wurden zwei Damenschirme, ein Herrenschirm und eine Dute mit Zigaren gefunden. Die Sachen sind bei Bahrow, Ravenstr. 6 abzuholen.

Beim Sommerfest des sozialdemokratischen Wahlvereins Rigdorf in der Neuen Welt am 8. Juli ist eine Damenschirm gefunden worden und noch nicht abgeholt, ferner ist beim Kreis-Sommerfest in Hasfelweder am 14. Juli ein Damenschirm verstaubt worden. Genannte Gegenstände sind in der Parteispedition, Redakstr. 2 abzuholen resp. umzutauschen.

Auch werden die Genossen aufgefordert, die schon lange entliehenen Bücher aus der Bibliothek des Wahlvereins nun endlich zurückzugeben und zwar in der Bibliothek, Redakstr. 2.

Feuerwehrbericht. Wegen mehrerer Wohnungsbrände wurde die Feuerwehr in der vorletzten Nacht nach der Waldenstr. 1, Klopffeldstr. 20 und Lühedestr. 20 alarmiert. In diesen Stellen brannten Möbel, Korb, Gardinen und Hausrat. Gleichzeitig wurde der 7. Zug wegen eines Schornsteinbrandes nach der Kochhannstr. 34 gerufen. Puffschloßbrände beschäftigten die Feuerwehr in der Verfußstr. 1, auf dem Anhalter und Roabiter Güterbahnhof, sowie in der Alten Jakobstraße. Im 4. Stock des linken Seitenflügels Dirdenstr. 5 bei Krause stand das Wischengebäl in Flammen. Wäsche usw. wurden dort ein Raub der Flammen. Zur Verhütung einer Gasexplosion wurde der 11. Zug nach der Mittenwalderstr. 34—37 gerufen, wo ein Gasmesser ausgepumpt wurde. Ferner wurde die Feuerwehr noch nach der Jägerstr. 72, Jakobstraße und anderen Orten gerufen.

Der Zoologische Garten hat unter seinem Pirschbestande in diesem Jahre ganz besonders reichen Nachwuchs aufzuweisen. Nicht weniger als 18 muntere Käber folgen in lustigen Sprüngen ihren Müttern, zum Teil erst wenige Tage alte Tierchen, die aber auch bereits ausgezeichnet zu Fuß sind. Unter diesen Spröhlingsen tragen die verschiedenen Rothirke und südamerikanischen Spiechirke ein buntesgeklebtes Jugendkleid, die jungen Veierische sind wenig mehr gezeichnet als ihre Mütter, und die jüdisch-jüdischen Pferdeirische oder Rusas sind gleich bei der Geburt oberseits einfarbig

wie ihre Eltern. Ein derartiges lebendes Vergleichsmaterial, das einzig in seiner Art dasteht, hat den großen Vorteil, daß an ihm alle Phasen der allmählichen Umfärbung beobachtet werden können.

Das Berliner Aquarium hat dieser Tage seinen Tierbeständen zwei Exemplare einer Vogelart einverleibt, die bisher noch nicht gezeigt werden konnte. Sie gehört zu jener Familie, welche im System die Reihe der Schwimmbögel nach unten abschließt, also die niedrigststehenden Gattungen umfaßt und in mancher Beziehung den Ubergang zu den Fischen zu vermitteln scheint. Dies erweist sich, wie man bei Betrachtung der hier befindlichen Bögel erkennt, insbesondere dadurch, daß die Flügel zu einer Art schmalen und von kleinen, schuppenartigen Federchen bedeckter Flossen verformt sind, mithin gar nicht zum Fliegen, sondern nur zum Rudern benutzt werden können, und daß die Körperfedern dachziegelig gelagert sind. Andererseits gleichen oder ähneln sie in ihrer baarartigen Befiederung und ihren Schwimm- und Tauchbewegungen den Robben oder Seehunden. So nehmen die Pinguine oder Fettgänse, um welche es sich hier handelt, eine durchaus eigenartige Stellung in der Klasse der gefiederten Welt ein. Nach Bau und Einrichtung des Körpers auf das Wasser angewiesen, bewohnen die Pinguine das Weltmeer der südlichen Halbkugel etwa zwischen dem Wendekreis des Steinbocks und dem 60. Breitengrade und leben hier zur Zeitzeit gesellschaftlich an felsigen Gestaden und Inseln. Da die zu der südafrikanischen Spezies, dem Weissen-Pinguin, gehörenden und ganz reizend dunkelbraun und weiß gezeichneten beiden Bögel das Aquarium hier auf dem geräumigen Seehundteich (große Grotte) untergebracht hat, so lassen sich bequem die angezeigten Beobachtungen anstellen.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Armenetat und Wohnungsnot.

In welcher Weise der städtische Armenetat von der Wohnungsnot beunruhigt wird, geht von neuem aus dem soeben veröffentlichten Bericht der Armenverwaltung für das Rechnungsjahr 1905 hervor. Auch diesmal wieder ist die Höhe der Wohnungsmieten ungewisselhaft von wesentlichem Einfluß auf die Höhe der notwendig gewordenen baren Unterstützungen gewesen. Die Höhe der Mieten und die sie beeinflussende verhältnismäßig geringe Zahl leerstehender kleiner Wohnungen zwingt die Armenverwaltung zu erhöhten Aufwendungen, ohne daß die Armen selbst dadurch irgend etwas mehr erhalten. Die Mietspreise der Armenwohnungen zeigen gegen das Jahr 1904 mit seinen schon außerordentlich hohen Preisen für das Jahr 1905 noch eine weitere Steigerung. Der Durchschnittspreis der Armenwohnungen von Stube und Küche betrug 21 M. monatlich, eine Armenwohnung von Stube und Küche kostete sogar über 30 M., 19 weitere über 25 M. und 51 über 20 M. monatlich. Auffallend ist es auch, daß die Preise der im Vorderhause gelegenen Armenwohnungen fast durchweg niedriger sind als der im Hinterhause gelegenen. Das ist ein Beweis dafür, daß es sich bei den wenigen solchen Wohnungen im Vorderhause überwiegend um minderwertige Wohnungen handeln muß. Weiter geht aus der vom Statistischen Amt veranstalteten Auszählung der Wohnungsbeziehungen der Armenbevölkerung hervor, daß bei Wohnungen ohne Astermieter im Vorderhause Ehepaare billiger wohnen als Einzelpersonen, während im Hinterhause das Umgekehrte der Fall ist, und ferner, daß Familien, die Astermieter halten, durchweg für die gleiche Wohnung von Stube und Küche mehr, zum Teil erheblich mehr zahlen müssen als andere, ohne Astermieter. Der Betrag der Astermiete wird also zu einem Teile wieder aufgezehrt durch den höheren Preis, der für das Recht, Untermieter halten zu dürfen, gezahlt werden muß. Die Höhe der Mietspreise hat neben der Höhe, auf der sie die Unterstützungen im allgemeinen zu halten zwingt, auch nicht unerhebliche Aufwendungen zur Abwendung drohender Ermittlungen zur Folge. Dazu kommt, daß die Höhe der Mieten naturgemäß fortwährend eine große Zahl von Familien zwingt, sich mit dem denkbar geringsten Raum zu begnügen. Unter 363 Wohnungen von Stube und Küche waren 60 von mehr als 5, 14 sogar von mehr als 7 Personen bewohnt. Der Einfluß solcher Ueberfüllung auf den Gesundheitszustand bedarf keiner näheren Darlegung und ist auch in den Berichten der Stadtärzte hervorgehoben. Stinderreiche Familien haben, wie der Verwaltungsbericht betont, bei der Lage der Dinge auch heute noch nicht selten Schwierigkeiten, eine geeignete Wohnung zu einem für sie erschwinglichen Preise zu finden.

Obwohl der offizielle Bericht des Magistrats Jahr für Jahr ähnliche Tatsachen konstatiert, können sich doch die städtischen Körperschaften nicht zu Maßnahmen zur Vinderung der Wohnungsnot entschließen. Eine Vorlage des Magistrats, die wenigstens den ersten Schritt auf diesem Gebiete praktischer kommunaler Sozialpolitik bedeutete, ist vor etwa sieben Jahren an dem Widerstand der Hausbesitzer gescheitert. Jetzt scheint auch der Magistrat vor dem Hausbesitzern kapituliert zu haben; wenigstens hat er von der Einbringung einer neuen Vorlage bisher Abstand genommen. Solange das Hausbesitzerprivileg den Hausbesitzern die Hälfte der Mandate in der Stadtverordnetenversammlung einräumt, sind allerdings Erfolge in bezug auf eine kommunale Wohnungspolitik nicht zu erwarten. Leider hat die Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung vor drei Jahren einem Antrage der sozialdemokratischen Fraktion, bei den gesetzgebenden Körperschaften Schritte zur Beseitigung des Hausbesitzerprivilegs und des Dreiklassenwahlrechts zu unternehmen, ihre Zustimmung versagt. Selbst die „entschieden“ Freisinnigen waren für eine Beseitigung dieses Vorrechts nicht zu haben, das einzige, wozu sie sich entschließen konnten, war die Forderung der Einschränkung des Hausbesitzerprivilegs in seiner jetzigen Ausdehnung.

Aktion, Gewerkschaften, Parteigenossen! Auf Grund des Auftrags der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, betreffend die Unterstützung der ausgesperrten und streikenden Tabakarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands, hat der Unterzeichnete Sammellisten herausgegeben und bitten wir, von denselben fleißig Gebrauch zu machen. Die Listen sind beim Genossen Joh. Scheible, Bismarckstraße 35 zu haben.

Der Ausschuh der Charlottenburger Gewerkschaftskommission. J. A.: Otto Flemming, Belfazlogstraße 13.

Schöneberg.

Den Partei- sowie Gewerkschaftsgenossen zur Nachricht, daß Sammellisten für die streikenden Tabakarbeiter beim Genossen Carl Hentel, Magienstr. 20, Seitenfl. 4 Trep., zu haben sind.

Rixdorf.

Der Oberbürgermeister von Rixdorf gefordert. Gestern um 9 Uhr fecht Nord an Herzschwäche der langjährige Oberbürgermeister von Rixdorf Hermann Bobbin, der mit den Schicksalen der Nachbargemeinde seit vielen Jahren aufs innigste verknüpft war. Bobbin, der 1874 die Verwaltung Rixdorfs übernahm, war der erste Bürgermeister der aufstrebenden Gemeinde, die unter seiner Leitung am 1. April 1899 Stadt wurde. Oberbürgermeister Bobbin hat ein Alter von 63 Jahren erreicht.

Ueber ständische Verkehrsverhältnisse schreibt uns ein Leser: „Seit Verlangung der Linie Nr. 7 der Straßenbahn, welche im Frühjahr d. J. erfolgte, spotten die Verkehrsverhältnisse auf genannter Linie jeder Beschreibung. Bis vor circa 6 Wochen kam z. B. der Wagen, welcher 6 Uhr 23 Min. von der Herthastraße, Ecke Hermannstraße, abfährt, gleich mit Anhängelwagen an der Endstation an. Seit dieser Zeit aber muß der Motorwagen den Anhängelwagen erst auf der Tonn von Ringbahnhof Rixdorf mitnehmen. Da nun Ringbahnhof Rixdorf Endstation für Linie II, V, 15 und 47 ist, so kann der Wagen Nr. 7 gar nicht an seinen Anhänger heran kommen, so daß das Abholen des Anhängers einen Zeitraum von durchschnittlich 10 Minuten in Anspruch nimmt. Sehr oft ist er schon eingefahren, muß dann aber wieder zurück, weil die Abfahrtszeiten der verschiedenen Linien nahen und diese Wagen ausfahren müssen. Die Anhängelwagen bleiben dahinter stehen. Hoheplanmäßig soll der Wagen 6 Uhr 23 Min. Herthastraße abfahren und 6 Uhr 53 Min. am Halleschen Tor sein. Nicht einmal traf das in den letzten 6 Wochen zu, häufig war der Wagen 5 Minuten nach 7 Uhr, also mit einer Verspätung von 12 Minuten da. Das Schlimmste auf die Angestellten wegen der Hummelst dort deshalb auf der ganzen Fahrt nicht auf. Am Halleschen Tor leert sich der Wagen bis zur Hälfte, also alles Leute, welche um 7 Uhr in Geschäften in der Nähe des Halleschen Torres sein müssen. In den meisten Geschäften kostet das Zuspatkommen Strafe. Schreiber dieser Zeilen mußte wiederholt 20 Pf. Strafe zahlen, obwohl er überreichlich Zeit hat, wenn der Wagen nur einigermaßen pünktlich eintrifft, auf 3-4 Minuten nicht man schon nicht. Bescheinigungen über das zu späte Eintreffen bekommt man auch nicht, wie es bei der Stadtbahn üblich ist, also muß man das Verschulden der reichen Straßenbahngesellschaft mit seinem sauer verdienten Geld sühnen. Die einzige Linie, welche man sonst noch benutzen könnte, ist Nr. 55; dieselbe kommt aber stets vollbesetzt aus Brigg an. An Rixdort kommen ist gar nicht zu denken. Auf meine Beschwerde bei der Straßenbahn bekam ich einfach die Antwort, der starke Verkehr von Rixdorf mit den vielen Anhängel- und Einsparwagen sei nicht so leicht zu bewältigen, es soll dem Bahnhof mal gemeldet werden, daß der Anhängelwagen zeitig genug herauskommt. Das wird aber wenig nützen wegen der Abfahrtszeiten der anderen Linien. Ferner wurde ich auf die Umbauten auf der Straße verwiesen, aber mit Unrecht; die ganzen Verschmutzungen entstehen eben am Ringbahnhof Rixdorf, so daß der Wagen, mit Anhängelwagen versehen, gewöhnlich erst 6 Uhr 40 Min. statt 6 Uhr 23 Min. abfahren kann.“

Es wäre dringend notwendig, wenn die „Große Berliner“ den unerhörten Zuständen endlich ein Ende machte.

Groß-Lichterfelde.

Eine folgenschwere Eisenbahnkatastrophe ist Montagsvormittag in Groß-Lichterfelde durch einen glücklichen Zufall verhütet worden. Gegen 11 Uhr passierte ein mit 2 Pferden bespannter Koffenwagen der Firma Sasse in Groß-Lichterfelde den Bahnübergang der Anhalter Bahn im Zuge der Wilhelmstraße, als der um 11 Uhr 6 Min. auf dem Anhalter Bahnhof fällige Schnellzug von Halle a. S. herangesaust kam. Der Kutscher, die furchtbare Gefahr erkennend, peitschte auf die Pferde ein und fuhr in rasendem Galopp über die Schienen. Die Hinterachse war kaum einen halben Meter von dem Gleis entfernt, als der Schnellzug vorbeisau. Hätte der Kutscher nicht die Weisheitsgegenwart gehabt, die Pferde anzurufen, so würde der Vorfall leicht zu einer unübersehbaren Katastrophe geführt haben. Der Uebergang ist zwar durch Schranken geschützt, doch werden diese nicht herabgelassen. Seitens der Bewohner von Groß-Lichterfelde ist schon vor längerer Zeit die Höherlegung der Anhalter Bahn gefordert worden und der gestrige Vorfall zeigt, wie dringend notwendig eine Aenderung des jetzt lebensgefährlichen Zustandes an dem Bahnübergang in der Wilhelmstraße ist.

Reinickendorf-Ost.

In der Generalversammlung des Wahlvereins am 16. d. M. referierte Genosse Störmer über die Aufgaben des diesjährigen Parteitag und des internationalen Kongresses. Die Versammlung schloß sich den Ausführungen des Referenten in allen Punkten an, besondere Anträge wurden nicht gestellt.

Dem Vorstandsbericht war zu entnehmen, daß im letzten Halbjahr ein Mitgliedszuwachs von 76 Personen zu verzeichnen war, dem jedoch leider ein Abgang von 47 Personen gegenüberstand, und zwar waren 23 Mitglieder verzogen, 4 ausgetreten, 1 gestorben und 19 mußten wegen rezidierender Beiträge gestrichen werden. Der Mitgliederbestand beträgt zurzeit 395.

Im allgemeinen war das Bericht-Halbjahr nach den Reichstagswahlen ohne besondere Ereignisse.

Derassenbericht wies einen Barbestand von 151,85 M. auf, an den Kreisbezirk wurden abgeführt 881,00 M. Auf Listen für die Reichstagswahl wurden 311,20 M. gesammelt. Das Stiftungsgeld, verbunden mit Anstaben, ergab einen Ueberschuß von 42,85 M.

An Stelle der ausgeschiedenen Redizoren Gen. Lüders und Eske wurden die Gen. André und Nielsen gewählt.

Spandau.

Der Wahlverein hielt am 16. Juli seine Generalversammlung ab. Den Bericht vom letzten Quartal erstattete Genosse Piese. Derselben ist etwa folgendes zu entnehmen: Nach dem Wahlkampf, der eine große Anstrengung der Genossen erforderte, sei eine Periode der Ruhe eingetreten. Diese Ruhe müsse jedoch jetzt wiederum einer gesteigerten Parteithätigkeit weichen, da beinahe zum Herbst die Stadtverordnetenwahlen stattfinden. In der Zwischenzeit habe der Vorstand die Arbeit gehabt, eine Protestversammlung einzuberufen weil der Magistrat 600 M. aus dem städtischen Steuerfödel aus Anlaß des Gauernfestes der bürgerlichen Vereine bewilligt hatte. Die Ausführung dieses Vorhabens sei jedoch durch verschiedene Umstände durchkreuzt worden. Der Redner mißbilligte, daß bei solchen Feierlichkeiten auch noch ein Teil Parteigenossen eine Statistenrolle spielen. Merkwürdig sei auch, daß bei dieser Feier den Wirten die Erlaubnis erteilt worden ist, bis morgens 4 Uhr offen zu halten, während bei sozialdemokratischen Festlichkeiten anders verfahren werde. Es haben stattgefunden 2 Versammlungen, 3 Sitzungen der erweiterten Parteileitung und 3 Vorstandssitzungen. Derauf gab Genosse Schuster den Kassenericht und die Abrechnung von der Parteifeier. Letztere ergab eine Einnahme von 981,55 M. und eine Ausgabe von 492,70 M. Die Einnahmen des Wahlvereins betragen inklusive einem Bestand von 194,36 M. vom vorigen Quartal 1216,71 M., denen eine Ausgabe von 929,38 M. gegenüberstand. Hieron wurden an den Kreis 731,38 M. abgeliefert. Derauf gab Genosse Wötcher einen längeren Bericht des Arbeiterbildungsausschusses. Wenn der Ausschuh nicht mehr geleistet habe, so sei die Interesslosigkeit der gewerkschaftlich und politisch organisierten Genossen daran Schuld. Schon die beiden Versammlungen mit wissenschaftlichen Vorträgen seien sehr schlecht besucht gewesen. Man habe deshalb von weiteren Arrangements für diesen Sommer abgesehen, jedoch treffe der Ausschuh bereits seine Vorbereitungen für den Herbst. Eine ausgedehnte Debatte rief die eventuelle Verlegung des Jahlabends auf den zweiten Mittwoch nach dem Ersten jeden Monats hervor. Beschlossen wurde mit einer Stimme Majorität, es bei dem jetzigen Modus zu belassen. Ueber die bevorstehende Kreisgeneralversammlung referierte Piese. Er gab zunächst den Bericht von den Verhandlungen der Stedener-Kommission, soweit sie sich mit dem Antrag Spandaus — „Gründung eines Kreisorgans für die Partei“ — beschäftigt hat. Man habe die Angelegenheit nach jeder Seite hin geprüft. Insbesondere habe die Kommission die Gründung eines Kopfbüros in Erwägung gezogen, wofür er, Redner sich nicht recht habe begeistern können. Schließlich sei die Kommission, unterstützt durch das Sachverständigenurteil der Genossen Sidow und Wolf von der „Brandenburger Zeitung“ zu der Ueberzeugung gekommen, daß ein Kopfbüro zu große Kosten und Schwierigkeiten verursachen würde. Die Kommission sei jedoch der Ansicht gewesen, mit einem entsprechenden Antrag an den Parteitag zu geben. Nachdem sich mehrere Redner für die Notwendigkeit der Schaffung

eines eigenen Organs für den Kreis ausgesprochen, wurde einstimmig demgemäß beschlossen. Die Formulierung eines diesbezüglichen Antrages wurde dem Vorstand überwiesen. Als Delegierte zur Kreisgeneralversammlung wurden die Genossen Gröberchen, Böhle und Rührmund gewählt. Der vorgeschrittenen Zeit wegen wurden die nicht erledigten Punkte der Tagesordnung der nächsten Versammlung überwiesen.

Leser- und Diätierklub „Züdos“. Heute abend 8 1/2 Uhr bei Toldsdorf, Ostfischstr. 33: Vortrag: Gäste willkommen.

Vermischtes.

Rachistörbe im Juli. Im südlichen Thüringer Wald vernichteten, wie aus Sonneberg gemeldet wird, Rachistörbe die Gurken- und Kartoffelernte. Die Temperatur sank bis 2 Grad unter Null.

Ueber einen Eisenbahnunfall wird amtlich aus Stendal gemeldet: Gestern nachmittag um 5 Uhr ist auf hiesigem Bahnhof der auf der Durchreise befindliche Arbeiter Johann Jima aus Obernib in Böhmen beim verbotswidrigen Ueberschreiten der Gleise durch eine Rangiermaschine überfahren und getötet worden. Es liegt eigenes Verschulden des Verunglückten vor.

Abgestürzt. Nach einer Meldung aus Kleinscheidegg wogte sich vorgestern ein junger Mann, vermutlich ein Deutscher, dessen Namen und Herkunft noch nicht ermittelt sind, trotz mehrfacher Abmahnungen der auf Station Eismeer stationierten Bergführer allein zum Rönchshock hinauf und fiel dabei in eine tiefe Gletscherspalte. Erst im Laufe des gestrigen Tages wurde der Verunglückte von einer Rettungskolonne in einer Tiefe von 40 Metern aufgefunden. Die Bergung der Leiche war sehr schwierig. Die Identität des Verunglückten konnte noch nicht festgestellt werden; er soll ein Hamburger sein. — Wie eine spätere Meldung aus Kleinscheidegg besagt, heißt der verunglückte Tourist Karl Otto Wüchel und ist ein Schulamtskandidat aus Hamburg. Die Leiche lag auf dem Grund einer 50 Meter tiefen Gletscherspalte. Der Tod muß infolge schwerer Schädelverletzung sofort eingetreten sein. Der Führer Stenci war schon vorgestern abend 20 Meter tief hinabgestiegen, ohne die Leiche entdecken zu können. In Ermangelung längerer Seile konnte die Bergung erst gestern früh erfolgen. Die Leiche wurde durch die Jungfraubahn, welche durch Anschlag an der Station Eismeer ausdrücklich vor dem leichtfertigen Betreten des Gletschers warnt, und welche zur Hilfeleistung alles tat, was möglich war, sofort per Extrazug nach Station Eiger-Gletscher hinabgeführt. — Auch vom Schneeberg im Passauer Gebirge ist ein Pankier aus Frankfurt a. M. abgestürzt und wurde schwer verletzt nach Meran übergeführt.

Der Untergang der „Columbia“.

Die neue Schiffskatastrophe, über die wir bereits in der gestrigen Nummer berichteten, hat späteren Meldungen zufolge zum Glück nicht so viel Opfer gefordert wie zuerst angegeben. Immerhin ist die Zahl der Ertrunkenen beträchtlich. Aus Californien wird gemeldet: Man schätzt die Opfer des Unterganges der „Columbia“ jezt auf 60 Personen; 144 Ueberlebende sind gelandet, und es wird berichtet, daß vier Rettungsboote aufgesperrt worden seien, von denen drei im ganzen 46 Schiffbrüchige enthielten.

Wie aus New York gemeldet wird, spielten sich beim Untergang der „Columbia“ herzerregende Szenen ab. Von den an Bord befindlichen Frauen soll, wie ein gestriges Telegramm bereits besagt, keine einzige gerettet worden sein. Viele wurden durch den Zusammenstoß selbst getötet, die übrigen stürzten in ihren Nachigewändern verzweifelt an Deck, wo sich schreckliche Szenen der wildesten Panik abspielten. Die Offiziere verloren den Kopf und rannten hilflos umher. Der Kapitän Moran stand auf der Brücke und versuchte vergeblich, mit dem Sprachrohr Ordnung herzustellen. Er ging mit dem Schiff in die Tiefe. Zum Plottmachen der Boote war keine Zeit, da das Schiff rapide sank. Fünf Minuten nach dem Zusammenstoß schlugen die Wellen über dem Deck zusammen. Mehrere Männer waren auf den „San Pedro“ gesprungen, während der Zusammenstoß stattfand. Andere versuchten hinüberzuschwimmen, doch erreichten viele von denen, die ins Wasser gesprungen waren, den „San Pedro“ nicht. Als die „Columbia“ unterging, war ihr Verdeck voller Männer und Frauen. Der „San Pedro“ war schwer beschädigt, hielt sich aber durch seine Holzabung über Wasser; er trieb zwei Stunden hilflos umher, ehe der Dampfer „Moanate“ die Ueberlebenden an Bord nahm.

Eine entsetzliche Tragödie. Einer Kopenhagener Meldung zufolge erlag im Dorfe Tois bei Holstebro eine Frau drei Kinder eines Häusers, dem sie die Wirtschaft führte, darauf ihre eigenen drei Kinder und schließlich sich selbst. Das Motiv war Verzweiflung oder Rache, weil ihr zum 1. August gefündigt war.

Gefentert. Gestern mittag ist bei Jelenka während eines Gewitters ein Bot mit fünf Insassen gefentert. Ein Matrose rettete sich, eine Dame konnte durch ein Kriegsschiff gerettet werden. Drei Personen ertranken.

Auch in Jelenka in Dalmatien kenterte während eines furchtbaren Gewitters ein Boot, in welchem sich die Frau des Professors Kriese aus Serajewo, ihr Sohn nebst seiner Frau und Schwester befanden. Kriese und seine Frau wurden gerettet, die beiden anderen Damen ertranken.

Eingegangene Druckschriften.

Neue Gesellschaft. Heft 4. (Herausgeber Dr. Heinrich Braun und Alf Braun.) Verlag Berlin NW. 6, Charlottenstr. 2.

Wasserwerkbuch. Handbuch für den gesamten Bau-, Grundstücks- und Hypothekensachver. 3 B. Verlag: G. Seemann Neßig, Berlin NW. 87.

Deutsches Eisenbahn-Kunststoffbuch von G. Fischer. Großformat 80 Bl. Verlag: G. A. Glöckner in Leipzig.

Briefkasten der Expedition.

Patienten in Veclig. Buch usw. Diejenigen unserer Abonnenten, die noch während des ganzen nächsten Monats in der Heilstätte bleiben wollen und wegen der Ueberweisung von Exemplaren sofort ihre Adresse einreichen, da bei verspäteter Bestätigung die ersten Nummern des neuen Monats von der Post nicht geliefert werden. Alle Adressen müssen jeden Monat neu eingeleitet werden.

Witterungsübersicht vom 23. Juli 1907, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometrischer Stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C. Tag- u. N.	Stationen	Barometrischer Stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C. Tag- u. N.
Emmende.	758,2	SW	2	wolkig	15	Dabaranda.	757,0	SW	4	bedeckt	11
Hamburg.	758,2	SW	3	heiter	12	Peteraburg.	749,0	ND	1	Regen	13
Berlin.	758,2	SW	1	wolkig	14	Seitz.	758,0	D	1	wolkig	17
Frankfurt a. M.	758,2	SW	2	bedeckt	15	Nürnberg.	761,0	SW	2	bedeckt	10
München.	760,0	SW	2	wolkig	17	Paris.	760,0	SD	1	Regen	15
Wien.	761,0	SW	1	wolkig	15						

Wetter-Prognose für Mittwoch, den 24. Juli 1907. Zeitweile aufklarend, vorwiegend trübe mit leichten Regenschauern und schwachen südwestlichen Winden; Temperatur wenig verändert.

Berliner Wetterbureau.

Wasserstand am 23. Juli vom Elbe bei Dresden 14 Sp. — Elbe bei Magdeburg 3,14 Meter. — Oder bei Ansbach 3,11. — Oder bei Breslau 1,88 Meter. — Oder bei Breg 3,06 Meter. — Rheinhöhe bei 3,88 Meter. — Rhein bei Raut 2,99—0,9 Meter. — Rheinhöhe bei Straburg 3,11—0,06 Meter.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Mittwoch, den 24. Juli.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues Igl. Operntheater. Wiener Hof.
Anfang 8 Uhr.
Deutsches. Der Kongleur.
Schiller O. (Walner-Theater.)
Der Troubadour.
Schiller N. (Friedrich Wilhelmstädtisches Theater.)
Styrisch-Böhm. Neues Schauspielhaus. Kaffees. Kleines. Vater und Sohn.
Neues. Ein seltsamer Fall.
Komische Oper. Hoffmanns Erzählungen.
Deutsches. Die lustige Witwe.
Festspielhaus. Die Welt ohne Männer.
Bernhard Rose. Der große Unbekannte. Anfang 8 1/2 Uhr.
Nachmittags 4 1/2 Uhr: Ein toller Ghemant. Ne seine Nummer.
Die Gauflerin.
Dieroyol. Der Teufel lacht dazu.
Apollo. Der Hochzeitsgast. Spezialitäten.
Walhalla. Spezialitäten.
Folies Caprice. Geisterhaus. Paris. Anfang 8 1/2 Uhr.
Reichshallen. Winter-Tanzman. Passage. Spezialitäten.
Sternwarte. Spezialitäten. 67/68.
Urania. Lindenstraße 18/19.
Im Lande der Mitternachtssonne.

Schiller-Theater O.
(Walner-Theater.)
Mittwoch-Oper.

Mittwoch, abends 8 Uhr:
Gastspiel Heinrich Bütel:
Der Troubadour.
Gr. Oper in 4 Akten von G. Verdi.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Zum erstenmal: **Jessonda.**
Freitag, abends 8 Uhr:
Gastspiel der großh. Hofopernsängerin
Gertraud Runge:
Traviata. (Die Kamellendame.)

Schiller-Theater N.
Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater.
Abends 8 Uhr: **Lyrik-Phyrik.**

Kleines Theater.
Anfang 8 Uhr.

Vater und Sohn.
Morgen und folgende Tage:
Vater und Sohn.

Theater des Westens.
Abends 8 Uhr:
Die lustige Witwe.
Operette in 3 Akten v. Franz Lehár.

Lustspielhaus.
Anfang 8 Uhr.

Die Welt ohne Männer.

Metropol-Theater
Anfang 8 Uhr.

Der Teufel lacht dazu.

Große Jahresrevue in 7 Bildern
von Viktor Hollander. Dirigent Max
Roth. In Szene gesetzt von
Direktor Richard Schultz.
Rauchen überall gestattet.

Apollo Theater

Ab 8 Uhr: Das große unüber-
treffliche komische Programm.
u. a.: Jean Paul, Humorist.
Jean Clements' Hilarisch-Parodie
Barnum u. Beiseid.
10 Uhr:
Der Glau der Sommerkasson!
Hartstein
in seiner Barocke
„Der Hochzeitsgast“
als Crisvorwieher Lehmann.

BERNHARD ROSE-THEATER

Gr. Reinfurterstr. 192.
Im Garten, Anf. 4 1/2 Uhr:
Das erstklassige
Juli-Programm.
Spezialität 50 Pf. Entree 30 Pf.
Im Theater abends 8 1/2 Uhr:
Zum 50. Male:
Der große Unbekannte.
Sommerpreise.

Neue Welt
Gartenstraße 108-114.
Jeden Mittwoch:

Ernte-Fest.

Kinderbelustigungen jeder Art.
Gratiosverteilung:
1. Preis für Mädchen: 1 goldene
Damenuhr.
2. Preis für Knaben: 1 goldene
Herrenuhr.
Gr. Doppel-Konzert
Spezialitäten-Vorstellung.
Tanz-Reunion.
Anfang 4 Uhr. Entree 15 Pf.

Landes-Ausstellungs-Park.
Neu erbaut: Festäle, Café und Konditorei, ge-
deckte Gartenhallen, Fontaine lumineuse.
Dejourners von 2,50 Mark an bis 2 Uhr nachmittags.
Diners und Soupers von 4 Mark an. 32/13*
Doppelkonzert. Illuminationsabende großen Stils.

Urania.

Wissenschaftliches Theater.
Abends 8 Uhr:
Im Lande der Mitternachtssonne

ZOOLOGISCHER GARTEN

Täglich ab nachm. 5 Uhr:
Großes Militär-Doppel-Konzert.
Eintritt 1 Mk. von abends
6 Uhr ab 50 Pf. Kinder unter
10 Jahren die Hälfte.

Passage-Theater.

Jeden Abend 8 Uhr:
Der große Verwandlungskünstler
Arturo

Bernardi.

Berlins schickste Sourette
Ida Perry
14 Variété-Sensationen 14

W. Noacks Theater.

Direktion: Rob. Dill. Blumenstr. 16.
Täglich großer Erfolg!
9 1/2 Uhr: **Die Reesburger**
oder: Ein Stück Mit-Berlin.
Donnerstag, den 27. Juli: Benefiz
für die Handpelle: Ein treues
Menschenberg.
Bei schlechtem Wetter: Vorst. im Saal.

Brunnen-Theater

Badstraße 68. Direk.: Berah. Rose.
Täglich: Mit großem Erfolge:
Carmen.

Die 3 Miltons. P. Vendaro.

Robert Comp. Neitzel-Luri-Trio.
Gehr. Damm, kom. Akrobaten.
Arthur Wolff, Ringkamp-Parodist.
Stoffeneröffnung 2 Uhr. Anf. 4 1/2 Uhr.
Montag, 5. August: Benefiz für
den Oberregisseur Heinrich Richter.

Fröbels Allerlei-Theater

fröh. Puhlmann, Schönk. Allee 148.
Weltliches Volkstheater Berlins.
Heute sowie täglich:
Großes Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung.
20 durchweg erstklass. Kunstkräfte 20
Schlager auf Schlager!
Bermer: Nur noch kurze Zeit:
Großstadtzauber.
Im Saale: Täglich 30.
Anfang 4 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.
Am 25. Juli: Benefiz für den
Kapellmeister Sommerfeld.
Achtung! 8. Somm-
abend, den 27. d. M.: Gr. Sommer-
nachtsfest! Alle ausgegebenen Ehren-
und Freikarten haben Gültigkeit.

Schweizergarten

Am Königstor. Am Friedrichshain.
Straßenbahn 1, 2, 4, 17, 59, 62, 63 u. 74.
Täglich:
Theater-Vorstellung.
Neue Spezialitäten.
Kinematograph und Ball.
Freier Damentanz.
Anfang 5 Uhr. Entree 30 Pf.

Prater-Theater.

Kastanien-Allee 7/9.
Flotte Weiber.
Spezialitäten 1. Ranges.
Auffreten der Löwenbraut
Tilly Böhé mit ihren drei Löwen.
Konzert und Ball.
Anfang 4 1/2 Uhr.

Max Kliems

Sommer-Theater
Gartenstraße 13/15.
Wöchentliche Leitung: Paul Milbitz.
Täglich: Gr. Konzert, Theater
u. Spezialitäten-Vorstellung.
Jeden Montag: Sommerfest.
Jeden Mittwoch:
Die beliebtesten Kinderfeste.
Jeden Donnerstag: Gütig-Tag.
Die Kaffeeküche ist täglich von
2 Uhr ab geöffnet.

Walhalla- Varieté-Garten

Weinbergsweg 19/20, Hotelstr. 1. u. 2.
15 Juli-Spezialitäten.
Promenaden-Konzert.
Anf.: Konzert 5; Vorstellung 7 Uhr.
Bei unangenehmem Wetter
Vorstellung im Theater 8 Uhr.
Keine Sommerpreise.

Volksgarten-Theater.

Bad-Beckstraße — Bahnhof Gesund-
brunnen — Belfermannstraße.
Der rechte Weg.
Original-Vollstück mit Gesang und
Tanz in 4 Bildern von B. Gerde.
Hierzu:
Das neue
Riesen-Spezialitäten-Programm.
Volkbelustigungen.

Reichshallen-Theater.

Gastspiel des
berühmten
Winter-Tymian
mit seiner Herren-
gesellschaft.
Anfang 8 Uhr.
1. Aug.: Wieder-
beginn der Solisten
der Stadt-Sänger.

Sanssouci, Kottbus er

Straße 6.
Direktion Wilhelm Reimer.
Der Garten ist geöffnet.
Sonntag, Montag,
Donnerstag:
Hoffmanns Norddeutsch-Sänger
u. Tanzkränzchen.
Stets hochinteressantes
Programm.
Sonntag Beginn 5, wochentl. 8 Uhr.

Diez' Spezialitäten-Theater.

Landsberger Allee 76-79.
Direkt a. d. Ringbahnstation. Dequante Jagdgesellschaft u. allen Stadtblidh.
Ob schön! Täglich im herrl. Garten oder gr. Saal: **Ob Regen!**
The Reros **Heinz Hener**
phänomenale, gymnastische Reueheit! der bel. Bekundendart. ist wieder da!
Ohne jede Konkurrenz.
Selli Geldern
Atlantic Pauli Trio. die brill. Vortragskünstlerin prolong.
und das vollständig neue **brillante Juli-Programm.**
Anf. 8 Uhr. Kaffeeküche. Volkbelustig. aller Art. Entree 20 Pf., Sonnt. 30 Pf.

Wirtschaftsproblem gelöst!

Hochinteressant und von unermesslichem Wert 43/1*
für die Nationalökonomien.
Das Wirtschaftsproblem der Gegenwart und der Zukunft
ist zu beziehen durch alle Buchhandlungen (Kommissionär: Otto Weber,
Leipzig). Broschüre A, vollständige Ausgabe, Mk. 2.— Teil- und Volks-
ausgabe, 60 Pfg. Gegen Einsendung von Mk. 2.10, bzw. 65 Pfg. für das
Inland, Mk. 2.20 bzw. 70 Pfg. für das Ausland, werden die Broschüren
portofrei vom Verfasser Kaufmann Michael Proestler in Würzburg ver-
sandt, wenn in Buchhandlungen nicht erhältlich.
Man verlange ebendasselbe Flugschriften und Prospekte.

Neu-Erscheinungen:

Verbrechen und Prostitution
als soziale Krankheitserscheinungen
von Paul Girich.
Zweite, völlig umgearbeitete und vermehrte Auflage.
Preis brosch. 2.— M., geb. 2.50 M.
ferdinand Lassalles
„Offenes Antwortschreiben“.
Durchgesehen, mit Einleitung und Anmerkungen versehen von
Eduard Bernstein.
Preis 40 Pf.
in besserer Ausstattung 1.— M.
Patriotismus und Sozialdemokratie
von Karl Kauffmann. Preis 20 Pf.
Die Agrarfrage in Rußland
Die bäuerliche Wirtschaftsform und die Arbeiter.
Eine Untersuchung von Peter Wakhon.
Preis brosch. 2.50 M., geb. 3.— M.
Die Kolonialpolitik und der Zusammenbruch
von Parvus. Preis 1.— M.
In der russischen Bastille
während der Revolution.
Eindrücke, Stimmungen und Betrachtungen von Parvus.
Preis brosch. 1.— M., geb. 1.50 M.
Viermal entflohen
von Leo Deutsch.
Verfasser von „Sechzehn Jahre in Sibirien“.
Preis brosch. 1.50 M., geb. 2.— M.
Der Neue Weltkalender für 1908.
Preis 40 Pf.
Zu beziehen durch:
Expedition des „Vorwärts“,
Berlin SW. 68, Linden-Str. 69, Laden.



**Drei Dinge sind nötig zur Her-
stellung bester Cigaretten:**
1. Umfassendes Verständnis
der Fabrikation.
2. Allerbeste Rohmaterialien.
3. Technisch vollkommenste
Fabrikeinrichtung.
Dafür zu sorgen ist unsere Sache.
Eins nur ist nötig zum Einkauf
besten Cigaretten: darauf zu achten,
dass die Cigaretten die Marke

Josetti

tragen.
Dafür zu sorgen ist Ihre Sache.
Diese vier Faktoren gewähr-
leisten Ihnen den Einkauf denk-
bar bester Cigaretten.
Die Marke **Josetti** ist die
Garantie.
Dass wir die besten Ciga-
retten fabrizieren, können Sie
selbst feststellen bei einem Ver-
such mit irgend einer Sorte
deren Vorzüglichkeit durch die
Marke Josetti garantiert ist.
Josetti Juno 10 St. 20 Pf.
Josetti Vera 10 St. 30 Pf.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau:
Hof I. Amt 3, 1200. Charitéstraße 3. Hof III. Amt 3, 1907
Mittwoch, den 24. Juli, abends 8 1/2 Uhr:
Allgemeine Versammlung
der Rohrleger und Helfer Berlins u. Umg.
in Frankes Festsälen, Sebastianstr. 39.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Kollegen Bahu über: Nationale Ehre — Standes-
ehre. 2. Diskussion: 3. Verbandsangelegenheiten. 122/11
Die Kollegen werden ersucht, recht zahlreich und pünktlich zu
erscheinen.

Verband der freien Gast- und Schankwirte

Deutschlands. (Zahlstelle Berlin.)
Freitag, den 26. Juli 1907, nachmittags 5 Uhr,
bei Becker, Weberstr. 17:
General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Kostenbericht und Bericht der Revisoren. 2. Beratung der zum
Verbandsstag gestellten Vorschläge. 3. Verbandsangelegenheiten.
Mitgliedsbuch und Wahlvereinsbuch legitimiert.
Die Ortsverwaltung.
70/7

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Charlottenburg.
Donnerstag, den 25. Juli, abends 8 1/2 Uhr, im „Volkshaus“,
Kosinerstr. 3:
General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom 2. Quartal 1907. 2. Verbandsangelegenheiten.
3. Gewerkschaftliches und Verschiedenes.
Mitgliedsbuch legitimiert.
90/20
Die Ortsverwaltung.

Restaurant „Hungrierer Wolf“ Strausberg II.

Herrlich an Wald und Wasser gelegen. — Tanzsaal, Regalbahn,
Kaffeeküche.
Es ladet die geachteten Ausflügler, Vereine und Radfahrer ergebenst ein
Paul Carow.
0636*

Schwarzer Adler
Friedrichsberg. Frankfurter
Bernspiecher Str. 8. Chaussee 5.
Heute Mittwoch:
Große Soiree
der Willy Walde-Sänger.
Nach der Vorstellung: Familien-Kränzchen.
Sonntag, d. 21. Juli: Unter Mitwirkung des Sängervereins
„Friedrichsberger Liedertafel“, Dirigent P. Glasow: Künstler-
Konzert und Spezialitäten.

Gebr. Herrnfeld-Theater.
57 Kommandantenstraße 57.
Sonnabend, den 3. August:
Wieder-Eröffnung.
Premiere von
Madame Wig-Wag.
Operetten-Burleske von Anton u. Donat Herrnfeld. Musik v. R. Thal.
Dazu die Separée-Mühe
Es lebe das Nachtleben!

Prot.: S. K. K. H. d. deutsche Kronpr. u. S. H. Herz. Joh. Albr. z. Mecklbg.

Deutsche Armee, Marine u. Kolonial-Ausstellung
Wannsee-Bhf. Friedenau.
Großindustrie-Tropenbahn.
Heer- und Seewesen.
Kolonial-Diorama.
Luftsport-Modelle.
Hallen u. 8. Oct. 12 U. geöffnet.
Große Konzerte, Leuchtfontäne
Vergnügungspark
Heute Eintr. 50 Pf.
Militär u. Kinder 25 Pf.
Ausstellungslose à 1 Mark
berechtigten täglich zum Eintritt.

Belle-Alliance-Garten
6 Uhr: Konzert und Variété.
Ringkampf.
Konturren. **3000 Mk.**
Gesamtpreis:
Belohnungen von Albert Sturm,
Schner, Belling, Kardinoski,
Deblé, von Duf usw. usw.

Ostbahn-Park
Am Küstrinerplatz, Rüdersdorferstr. 71
Hermann Imbs.
Täglich:
Großes Konzert,
Theater- und Spezialitäten-
Vorstellung.

Otto Pritzkow
Münzstraße 16.
Welt-Ausstellungs-Biograph (St. Louis)
Theater lebender Photographien.
Täglich Eingang von Neuheiten.
Den ganzen Tag Vorstellung.

Steinarbeiter!
Berlin I.
Mittwoch, 24. d. M., abends 7 1/2 Uhr, im „Englischen Garten“, Alexanderstr. 27 c:
Wahl des Gesellen-Ausschusses.
Es ist Pflicht jedes in einem Innungs-geschäft arbeitenden Kollegen, zu erscheinen.
Donnerstag, den 25. d. M., abends 8 1/2 Uhr, ebenfalls im „Englischen Garten“, Alexanderstr. 27 c:
Mitglieder-Versammlung.

Steinarbeiter!
Berlin I.
Mittwoch, 24. d. M., abends 7 1/2 Uhr, im „Englischen Garten“, Alexanderstr. 27 c:
Wahl des Gesellen-Ausschusses.
Es ist Pflicht jedes in einem Innungs-geschäft arbeitenden Kollegen, zu erscheinen.
Donnerstag, den 25. d. M., abends 8 1/2 Uhr, ebenfalls im „Englischen Garten“, Alexanderstr. 27 c:
Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Robert Fandel über: „Die Bedeutung des Internationalen Kongresses“. 2. Abrechnung vom zweiten Quartal. 3. Gewerkschaftliches.
Mitgliedsbuch legitimiert. — Kollegen, welche ihre statistischen Fragebogen noch nicht abgeliefert haben, werden ersucht, dies in der Versammlung zu erledigen. — Zahlreiches Erscheinen erwartet.
Die Ortsverwaltung.

Bauhandwerker-Krankenkasse für Berlin und Umgegend.
(Eingeschriebene Hilfskasse Nr. 118.)
Freitag, den 26. Juli, abends 8 Uhr, bei Wilke, Brunnenstraße 188:
Außerordentliche General-Versammlung.

Täglich (außer Sonntags) Billige Dampferfahrten mit Musik.
Voigts Krampenburger (Berliner Brücke nach Altona).
Abfahrt vorm. 9 1/2, und nachm. 2 1/2 Uhr, ab Café Aisen 1/2 St. später.
Fahrpreis hier und zurück vorn. 75 Pf., nachm. 50 Pf., Kinder 25 Pf.
Reederei L. Kahn, Tel.-Amt VII, 590 u. 19 359.

Täglich (außer Sonntags) Billige Dampferfahrten mit Musik.
Voigts Krampenburger (Berliner Brücke nach Altona).
Abfahrt vorn. 9 1/2, und nachm. 2 1/2 Uhr, ab Café Aisen 1/2 St. später.
Fahrpreis hier und zurück vorn. 75 Pf., nachm. 50 Pf., Kinder 25 Pf.
Reederei L. Kahn, Tel.-Amt VII, 590 u. 19 359.

Achtung!
Zentralverband der Maurer Deutschlands
Zweigverein Berlin.
Freitag, den 26. Juli cr., abends 8 1/2 Uhr, bei Freyer, Koppenstraße 29:
General-Versammlung
allerz. Zweigverein gehörigen Zahlstellen u. Bezirke d. Maurer.
Tagesordnung: Der Stand unserer Bewegung. 142/10*
Mitgliedsbuch legitimiert. Die Verbandsleitung.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands.
Zweigverein Berlin. Sektion der Putzer.
Achtung!
Putzer!
Achtung!
Mittwoch, den 24. Juli, nachmittags 5 Uhr, in Freyers Festsälen, Koppenstr. 29, großer Saal:
Mitglieder-Versammlung
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom zweiten Quartal 1907. 2. Situationsbericht. 3. Verschiedenes. — Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, in der Versammlung zu erscheinen.
Mitgliedsbuch legitimiert. Ohne dasselbe kein Zutritt.
Die örtliche Verwaltung. J. H. E. Schulze.
134/10*

Achtung!
Maurer!
Achtung!
Freie Vereinigung der Maurer Deutschlands
Ortsverein Berlin.
Donnerstag, den 25. Juli, abends 8 1/2 Uhr, bei Boeker, Weberstr. 17:
Außerordentliche General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
Der Stand unserer Lohnbewegung.
Kollegen! In dieser Versammlung soll ein wichtiger Beschluss gefasst werden und ist es Pflicht, zahlreich und pünktlich zu erscheinen.
Mitgliedsbuch legitimiert.
Der Vorstand.

Zentralverband der Schmiede.
Bureau: Stralauerstr. 48. Zahlstelle Berlin. Telephon: Amt I, 7779.
Donnerstag, den 25. Juli 1907, abends 8 1/2 Uhr:
Große öffentliche Versammlung
aller bei Innungsmeistern beschäftigten Schmiede Berlins und Umgegend
in „Dräsel's Festsäle“, Neue Friedrichstraße 35.
Tages-Ordnung: 176/13
1. Das neue Arbeitsnachweis-Reglement auf dem Arbeitsnachweis der Innung, Mulastr. 9. Referent: Kollege W. Siering. 2. Diskussion.
Kollegen! Das neue Arbeitsnachweis-Reglement in der Mulastr. 9 ist geeignet, uns auf das empfindlichste zu schädigen. Die ganzen hauptsächlichsten Bestimmungen sind nur zum Vorteil der Arbeitgeber und zum Schaden der Arbeitnehmers gemacht worden.
Den Wünschen und Vorschlägen des Gesellenausschusses gegenüber hat sich die Innung ablehnend verhalten, deshalb ist es jetzt unsere Pflicht, zu der ganzen Angelegenheit Stellung zu nehmen. Der Vorstand der Innung sowie der Herbergswirt der Innung, Herr Poffehl, werden zu dieser Versammlung eingeladen werden.
Deshalb, Kollegen, erscheint in Massen. Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Zahlstelle Berlin.
Achtung!
Kammacher.
Achtung!
Mittwoch, den 24. Juli, abends 8 1/2 Uhr, in Boekers Festsälen, Weberstr. 17:
Branchen-Versammlung
der Kammacher und aller Zelluloid-Haarschmuckbranche beschäftigt. Arbeiter u. Arbeiterinnen.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Kollegen M. Schmalbach über: „Wissen ist Macht!“ 2. Diskussion. 3. Berichtsangelegenheiten. 4. Verschiedenes.
Der sehr wichtigen Tagesordnung wegen ist es Ehrenpflicht eines jeden Kollegen, in dieser Versammlung zu erscheinen.
Die Kommission.

Achtung!
Bodenleger.
Achtung!
Mittwoch, den 24. Juli, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Arter 15 (Saal I):
Versammlung.
Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben. Es ist unbedingt nötig, dass alle Vertrauensmänner sowie sämtliche Kollegen pünktlich erscheinen. In dieser Versammlung gelangt der neue Tarif zur Ausgabe.
Die Kommission.
Donnerstag, den 25. Juli, abends 8 Uhr,
Branchen-Versammlung der Stellmacher
im „Rosenhaller Hof“, Rosenhallerstr. 11-12.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Kollegen H. Späthe über: „Die wahre Gestalt des Christentums.“ 2. Bericht der Kommission vom zweiten Quartal 1907. 3. Verhandlungsangelegenheiten. 4. Verschiedenes. 91/1
In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist das Erscheinen sämtlicher Kollegen sehr erwünscht.
Die Kommission.

Todes-Anzeige.
Nach langem schwerem Leiden verschied sanft am 21. d. M. mein lieber Mann, unser guter Vater, Großvater, Bruder, Schwager und Onkel, der Schloffer 1902/5
August Weser
im 64. Lebensjahre.
Die Beerdigung findet heute Mittwoch, den 24. d. M., nachmittags 1/2 5 Uhr, von der Halle des Thomas-Kirchhofes aus statt.
Die trauernden Hinterbliebenen.

Zentral-Franken- und Sterbekasse der Zimmerer.
Zentrale Schöneberg.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kamerad
Friedrich Klein
verstorben ist.
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 25. d. M., nachmittags 6 Uhr, von der Leichenhalle in der Magstraße aus statt.
250/8 Der Vorstand.

Verein der Zimmerer Berlins und Umgegend.
Todes-Anzeige.
Am Montag, den 22. Juli, starb unser langjähriges Mitglied
Friedrich Klein
(Zahlstelle Schöneberg).
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 25. d. M., nachmittags 6 Uhr, von der Leichenhalle des Schöneberger Kirchhofes in der Magstraße aus statt.
Kege Beteiligung erwartet.
257/17 Der Vorstand.

Verein der Zimmerer Berlins und Umgegend.
Todes-Anzeige.
Am Montag, den 22. d. M., um 9 Uhr vormittags, verschied sanft nach schwerem Leiden mein lieber Bruder, der Tischler
Rudolf Leyfeld
im 47. Lebensjahre. 1906/8
Im Namen der trauernden Hinterbliebenen
Richard Leyfeld.
Die Beerdigung findet statt am Freitag, den 26. Juli, um 2 Uhr nachmittags von der Leichenhalle des Mariendorfer Kirchhofes.

Danksagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Dahinscheiden meines lieben Sohnes
Richard Moritz
sage ich allen Verwandten, Freunden und Bekannten und besonders dem Sparverein „Vorwärts“ meinen herzlichsten Dank. 1906/8
Frau Leben geb. Moritz.

Danksagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Vaters, unseres guten Vaters, des Gastwirts
Albert Fincke
sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten unseren tiefgefühltesten Dank. 5500/2
Auguste Fincke u. Söhne,
Sohlstr. 19.

Danksagung.
Für die vielen Beweise herzlicher und inniger Teilnahme bei der Beerdigung meines geliebten Vaters
Johannes Werner
sage ich allen, insbesondere dem Herrn Grünwald für seine trostreichen Worte, und den Mitgliedern des Gesangsvereins „Vorgewort“ meinen tiefgefühltesten Dank. 5508/2
Frida Werner geb. Schäfer,
Friedenau, Krausstr. 11.

Danksagung.
Allen denen, die uns tröstend umstanden, als wir das schwerste durchkämpfen mußten, unser einziges liebes Kind hingabenden, sagen wir unseren herzlichsten Dank. 5507/2
Die trauernden Eltern
Edmund Pawolleck und Frau.

Danksagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Vaters
Wilhelm Simon
sage ich allen Freunden, Bekannten und Verwandten sowie den Kollegen der Hausverwaltung A. G. G., Herderstraße, meinen besten Dank. 5500/2
Blume Simon nebst Kindern.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, Moritzplatz,
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

Sozialdemokrat. Wahlverein
für den
4. Berliner Reichstagswahlkreis
(Stübenider Viertel).
Den Mitgliedern hiermit zur Kenntnis, daß unser Genosse, der Gastwirt
Johann Baum
wohnhaft Brangelstr. 12, Stadtbezirk 99
gestorben ist. 262/13
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 25. Juli, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Thomas-Kirchhofes in Rixdorf, Hermannstraße aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein
des
6. Berliner Wahlkreises.
Todes-Anzeige.
In voriger Woche verstarb durch Unfall unser Mitglied
August Heidepriem
Schönhauser Allee 57.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Mittwoch, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Bethlehems-Kirchhofes in Nordend aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
265/2 Der Vorstand.

Verband der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands.
Zahlstelle Köpenick.
Am Sonntag, abends 8 1/2 Uhr, verschied unser Kollege, der Schankwirt
Jakob Moll
im Alter von 46 Jahren.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, nachmittags 5 Uhr, vom Trauerhause, Grünauerstr. 7, aus statt. 70/8
Zahlreiche Beteiligung erwartet.
Der Vorstand.

Köpenick. Deutscher Zimmerer-Verband.
Den Kollegen zur Nachricht, daß der Genosse, Gastwirt
Jakob Moll
am Sonntag verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 25. Juli, nachmittags 5 Uhr, vom Trauerhause, Grünauerstr. 7, aus statt.
Die Kollegen werden ersucht, sich recht zahlreich daran zu beteiligen. 502/12
Der Vorstand.

Gewerkschaftskartell Köpenick.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser langjähriger Vereinswirt, Genosse
Jakob Moll
im Alter von 46 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, nachmittags 5 Uhr, vom Trauerhause, Grünauerstr. 7, aus statt. 202/11
Um recht zahlreiche Beteiligung ersucht
Der Obmann.

Deutscher Holzarbeiter-Verband
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege, Maschinenarbeiter
Franz Wagner
am 20. Juli verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 24. Juli, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Vins-Kirchhofes in Köpenick-Schönhauser aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
91/2 Die Ortsverwaltung.

Stettin-Kopenhagen
Haben Sie Stoff?
Ich fertige davon Anzug od. Paletot nach Maß, schnell, dauerhaft. Zusteln, von 20 Mark an. Moritz Laband, Oranienburger Straße 4, 1.

Stettin-Kopenhagen
fotoie Stettin - Gothenburg - Christiania und West-norwegen (bis Drontheim) direkt ohne Umsteigen mit den großen, schnellen, äußerst elegant und komfortabel eingerichteten Passagierdampfern „Kong Haakon“, „Dronning Mand“, „W. G. Melchior“, „E. V. A. Koch“ usw.
44/1*
Preisliste gratis und franco durch
Gustav Metzler, J Stettin.

Stettin-Kopenhagen
fotoie Stettin - Gothenburg - Christiania und West-norwegen (bis Drontheim) direkt ohne Umsteigen mit den großen, schnellen, äußerst elegant und komfortabel eingerichteten Passagierdampfern „Kong Haakon“, „Dronning Mand“, „W. G. Melchior“, „E. V. A. Koch“ usw.
44/1*
Preisliste gratis und franco durch
Gustav Metzler, J Stettin.

Stettin-Kopenhagen
fotoie Stettin - Gothenburg - Christiania und West-norwegen (bis Drontheim) direkt ohne Umsteigen mit den großen, schnellen, äußerst elegant und komfortabel eingerichteten Passagierdampfern „Kong Haakon“, „Dronning Mand“, „W. G. Melchior“, „E. V. A. Koch“ usw.
44/1*
Preisliste gratis und franco durch
Gustav Metzler, J Stettin.

Stettin-Kopenhagen
fotoie Stettin - Gothenburg - Christiania und West-norwegen (bis Drontheim) direkt ohne Umsteigen mit den großen, schnellen, äußerst elegant und komfortabel eingerichteten Passagierdampfern „Kong Haakon“, „Dronning Mand“, „W. G. Melchior“, „E. V. A. Koch“ usw.
44/1*
Preisliste gratis und franco durch
Gustav Metzler, J Stettin.

Stettin-Kopenhagen
fotoie Stettin - Gothenburg - Christiania und West-norwegen (bis Drontheim) direkt ohne Umsteigen mit den großen, schnellen, äußerst elegant und komfortabel eingerichteten Passagierdampfern „Kong Haakon“, „Dronning Mand“, „W. G. Melchior“, „E. V. A. Koch“ usw.
44/1*
Preisliste gratis und franco durch
Gustav Metzler, J Stettin.

Stettin-Kopenhagen
fotoie Stettin - Gothenburg - Christiania und West-norwegen (bis Drontheim) direkt ohne Umsteigen mit den großen, schnellen, äußerst elegant und komfortabel eingerichteten Passagierdampfern „Kong Haakon“, „Dronning Mand“, „W. G. Melchior“, „E. V. A. Koch“ usw.
44/1*
Preisliste gratis und franco durch
Gustav Metzler, J Stettin.

Stettin-Kopenhagen
fotoie Stettin - Gothenburg - Christiania und West-norwegen (bis Drontheim) direkt ohne Umsteigen mit den großen, schnellen, äußerst elegant und komfortabel eingerichteten Passagierdampfern „Kong Haakon“, „Dronning Mand“, „W. G. Melchior“, „E. V. A. Koch“ usw.
44/1*
Preisliste gratis und franco durch
Gustav Metzler, J Stettin.

Stettin-Kopenhagen
fotoie Stettin - Gothenburg - Christiania und West-norwegen (bis Drontheim) direkt ohne Umsteigen mit den großen, schnellen, äußerst elegant und komfortabel eingerichteten Passagierdampfern „Kong Haakon“, „Dronning Mand“, „W. G. Melchior“, „E. V. A. Koch“ usw.
44/1*
Preisliste gratis und franco durch
Gustav Metzler, J Stettin.

Stettin-Kopenhagen
fotoie Stettin - Gothenburg - Christiania und West-norwegen (bis Drontheim) direkt ohne Umsteigen mit den großen, schnellen, äußerst elegant und komfortabel eingerichteten Passagierdampfern „Kong Haakon“, „Dronning Mand“, „W. G. Melchior“, „E. V. A. Koch“ usw.
44/1*
Preisliste gratis und franco durch
Gustav Metzler, J Stettin.